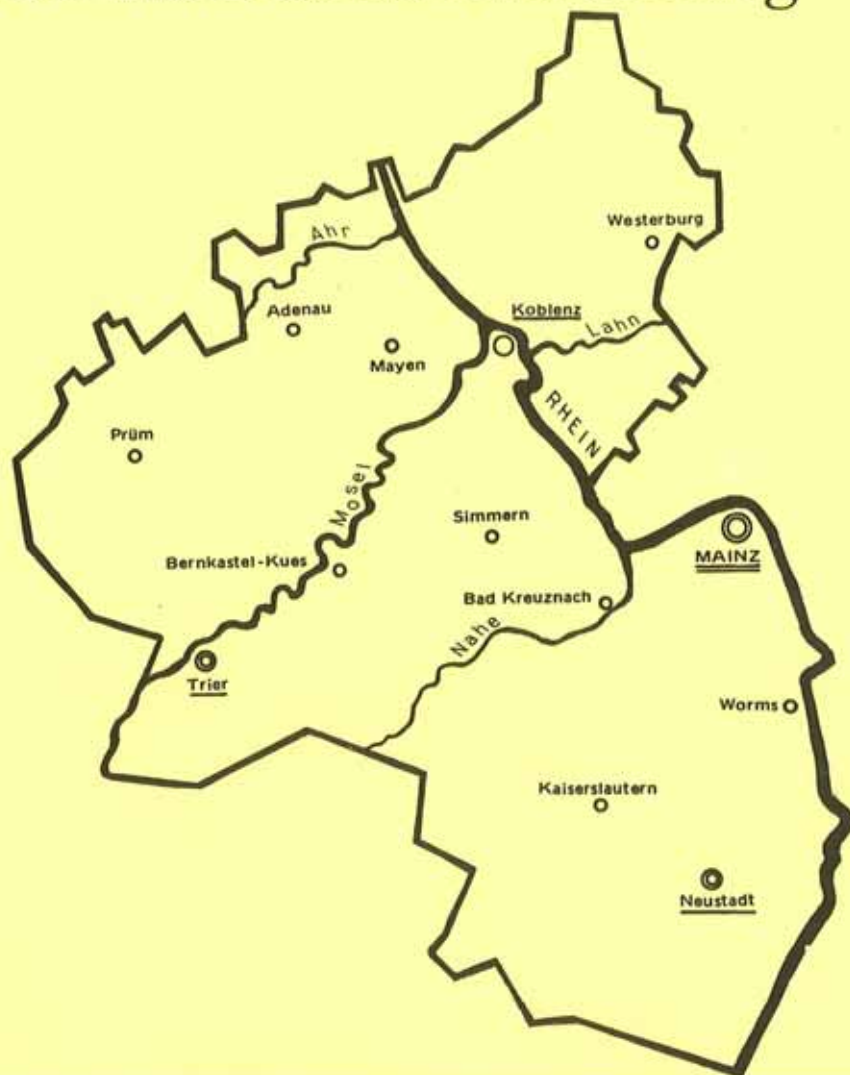


RheinlandPfalz

Ministerium für
Landwirtschaft, Weinbau und Forsten



Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung



Herausgeber: Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Rheinland-Pfalz - Abteilung Landeskultur, Große Bleiche 55, 6500 Mainz

Schriftleitung: Vermessungsdirektor A. Lorig (verantwortlich)
und Oberamtsrat H. Jens,
Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Große Bleiche 55, 6500 Mainz

**Gestaltung,
Reproduktion
und Vertrieb:** Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz, Bauhofstr. 4, 6500 Mainz

Druck: Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Große Bleiche 55, 6500 Mainz

Ständige Mitarbeiter: Vermessungsdirektor Müllen (Bezirksregierung Koblenz)
Regierungsdirektor Meyer (Bezirksregierung Trier)
Regierungsdirektor Wulf (Bezirksregierung Rhh.-Pf.)
Ltd. Regierungsdirektor Dr. Fleck (Kulturamt Prüm)
Obervermessungsrat Lichtenthal (Kulturamt Trier)
Regierungsdirektor Senftleben (Kulturamt Bernkastel-Kues)
Obervermessungsrat Epping (Kulturamt Westerbург)
Verwaltungsangestellter Dr. v. Saucken (Kulturamt Mayen)
Regierungsdirektor Kraffert (Kulturamt Worms)
Obervermessungsrat Neumann (Kulturamt Neustadt)
Verwaltungsangestellter Dr. Meier (Kulturamt Kaiserslautern)
Obervermessungsrat Klaus Wagner (Kulturamt Simmern)
Vermessungsdirektor Bossenmaier (KA SIM, Nst. KH)
Vermessungstechnische Angestellte Dorothee Heidenreich
(Luftbild- und Rechenstelle, Mainz)

Erscheint: halbjährlich

Abgabe: 1. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten der Landeskulturverwaltung
2. Im Schriftenaustausch der ArgeFlurb
3. An andere Interessenten, Stellen und Bibliotheken im Abonnement gegen Ersatz der Auslagen

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A. Lorig: In eigener Sache - eine Zwischenbilanz - 10. Heft der Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung . . .	1
Im Blickpunkt	3
A. Lorig: Wechsel in der Leitung der Landeskulturverwaltung .	3
D. Ziegler: Leiter der Abteilung Landeskultur im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Ministerialdirigent Dr. Otto Jestaedt im Ruhestand	4
W. Rumpf: Rede anläßlich der Amtseinführung von Herrn MR Berg-Winters, Herrn Ltd. Reg. Dir. Zillien und Herrn Min.Dirig. Dr. Ueing als Abteilungsleiter am 01. Juli 1988 in das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten	9
Fachbeiträge	14
H. Frischkorn: Gedanken zur parlamentarischen Erörterung des Flurbereinigungsgesetzes vom 11. Juni 1953 und der 1. Novelle vom 16.03.1976	14
T. Hahn: Stand der Arbeiten der Landeskulturverwaltung vor 40 Jahren	20
D. Dörr: Erwerb von Grundstücken für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege in Bodenordnungsverfahren	26
R. Greib: Die Erläuterung der neuen Feldeinteilung nach § 59 Abs. 1 Satz 2 FlurbG im beschleunigten Zusammenlegungsverfahren	28
L. Müller: Nutzung leerstehender Bausubstanz	33
S. Poschmann: Beiträge nach Flurbereinigungsrecht	36
F. Zillien: Dorferneuerung - Chancen und Gefahren -	40
A. Lorig: Zum Abschluß der Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum	42
W. Kraffert: Weinbergräumung - Flurbereinigung - Wiederaufbau .	46

	Seite
Aus der Rechtsprechung	49
H. Staab: Aus den Entscheidungen des Flurbereinigungsgerichts Koblenz	49
H. Staab: Aus der Praxis der Spruchstelle	53
Buchbesprechungen	54
Literaturübersicht	56
Fachprüfungen	59
Personalveränderungen	60
Informationen aus der LKV	63
K. Bottler: Neuerungen bei der Zusammenarbeit der Vermes- sungs- und Katasterverwaltung mit der Landeskultur- verwaltung	63
A. Lorig: Einsatz der Photogrammetrie in der Landeskulturver- waltung Rheinland-Pfalz	69
H. Durben: Einsatz der Photogrammetrie in der Landeskulturver- waltung Rheinland-Pfalz	72
A. Lorig: Stand und Perspektiven der dezentralen Datenverar- beitung in der Landeskulturverwaltung	75
H. Durben: Neuerungen in der zentralen und dezentralen Daten- verarbeitung der Landeskulturverwaltung	77
A. Lorig: Internationale Grüne Woche 1989 in Berlin	78
A. Lorig: Neue Broschüre "Für den ländlichen Raum - Waldflur- bereinigung"	79
R. Dielmann: Neue Technische Vorschrift für den landwirtschaft- lichen Wegebau - ZTV - LW 87	80
H. Peters: Aus dem Jahresbericht 1987	81
B. Scholz: 11. Fußballturnier der Kulturämter des Landes Rhein- land-Pfalz	82
Kurzinformationen	84

Gezeichnete Beiträge stellen die Ansicht des Verfassers dar, nicht aber unbedingt die der Schriftleitung oder des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Leserbriefe besteht kein Recht des Abdrucks.

In eigener Sache - eine Zwischenbilanz -

10. Heft der Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung

Aufmerksame Leser können dem Titelblatt dieses Heftes entnehmen, daß nun die 10. Schrift der Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung (NLKV) vorgelegt worden ist.

Nach einer Anlaufzeit von 3 Jahren fand die Schrift eine Form, die sich bewährt hat und die nun auf Dauer beibehalten werden soll.

Gemeinsam mit den ständigen Mitarbeitern und vielen Autoren hat sich die Schriftleitung bemüht, das Nachrichtenblatt hinsichtlich des äußeren Erscheinungsbildes, des Inhalts, des Umfangs und der Auflagenhöhe so zu gestalten, daß es auch über den Bereich der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz gelesen, beachtet und zitiert wird.

Für diese gemeinsame Arbeit entbietet die Schriftleitung allen, in erster Linie aber 89 Autoren, die in 7 zurückliegenden Jahren Aufsätze, Beiträge aus der Rechtsprechung, Leserbriefe, Buchbesprechungen, Nachrufe, Informationen aus der Landeskulturverwaltung oder anderes beigesteuert haben, besonderen Dank.

Nur durch diese gemeinsame, von der Basis der Kulturämter getragene Arbeit war es möglich, über neuere Entwicklungen im Verwaltungsbereich praxisnah zu berichten. Das Ministerium und die Oberbehörden haben den Dialog innerhalb der Verwaltung durch Begründungen ihrer Entscheidungen ergänzt und die Tätigkeit der Landeskulturverwaltung damit auch für Außenstehende transparenter gemacht.

In der ersten Ausgabe im Jahre 1982 hatte MD Dr. Otto Jestaedt sich von der Schrift auch eine Stärkung des Zusammenarbeitsgefühls aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Amts- und Bezirksgrenzen hinweg erhofft. Die Resonanz in der Landeskulturverwaltung hat diese Hoffnung bestätigt.

Die Schriftleitung stellt sich daher mit Freude weiterhin der interessanten Aufgabe, möglichst breitgefächerte, informative Beiträge zu gewinnen und für die Fortbildung und Information der Verwaltung nutzbar zu machen.

Axel Lorig

IM BLICKPUNKT

Wechsel in der Leitung der Landeskulturverwaltung

Am 30.06.1988 schied der Leiter der Abteilung 4 - Landeskultur - im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Ministerialdirigent Dr. Otto Jestaedt, aus dem aktiven Dienst aus.

In einer Feierstunde am 05. Mai 1988 wurde er von Staatsminister Ziegler verabschiedet.

Die Schriftleitung hat bereits unter der Rubrik "Ehrungen" im 9. Heft der NLKV über die Verabschiedung berichtet.

Dem scheidenden Abteilungsleiter ist die Schriftleitung sehr zu Dank verpflichtet, war er es doch, der die Idee zu einem derartigen Nachrichtenblatt hatte und sich nachhaltig für ein regelmäßiges Erscheinen dieser Schrift einsetzte. So war es auch sein Wunsch, daß sich diese Nachrichten zu einem Diskussionsforum für wichtige Sachthemen unserer Verwaltung entwickeln sollten.

Die Schriftleitung stellt den Wechsel in der Leitung der Landeskulturverwaltung in den Blickpunkt dieses 10. Heftes und druckt nachfolgend die Rede ab, die Staatsminister Ziegler anläßlich der Verabschiedung gehalten hat. Diese Rede würdigt die Leistung des bisherigen Abteilungsleiters und ist auch eine Bilanz der Leistungen unserer Verwaltung.

Die Schriftleitung dankt dem scheidenden Abteilungsleiter und wünscht ihm für den Ruhestand Gesundheit, Glück und viele erfüllte Jahre an der Seite seiner Gattin und im Kreise seiner Kinder und Enkel.

Am 01. Juli 1988 wurde Herr Ltd. Reg.Direktor Felix Zillien, Kulturamtsvorsteher des Kulturamtes Worms, in einer Feierstunde gemeinsam mit zwei weiteren neuen Abteilungsleitern von Herrn Staatssekretär Prof. Dr. Rumpf in sein Amt eingeführt. Die Einführungsrede wird ebenfalls an dieser Stelle abgedruckt.

Herr Zillien ist bereits vielen Lesern unseres Nachrichtenblattes durch engagierte Beiträge bekannt.

Die Schriftleitung gratuliert ihm an dieser Stelle zur Ernennung als Abteilungsleiter und wünscht ihm Erfolg und Glück für die Übernahme dieser schwierigen Aufgabe.

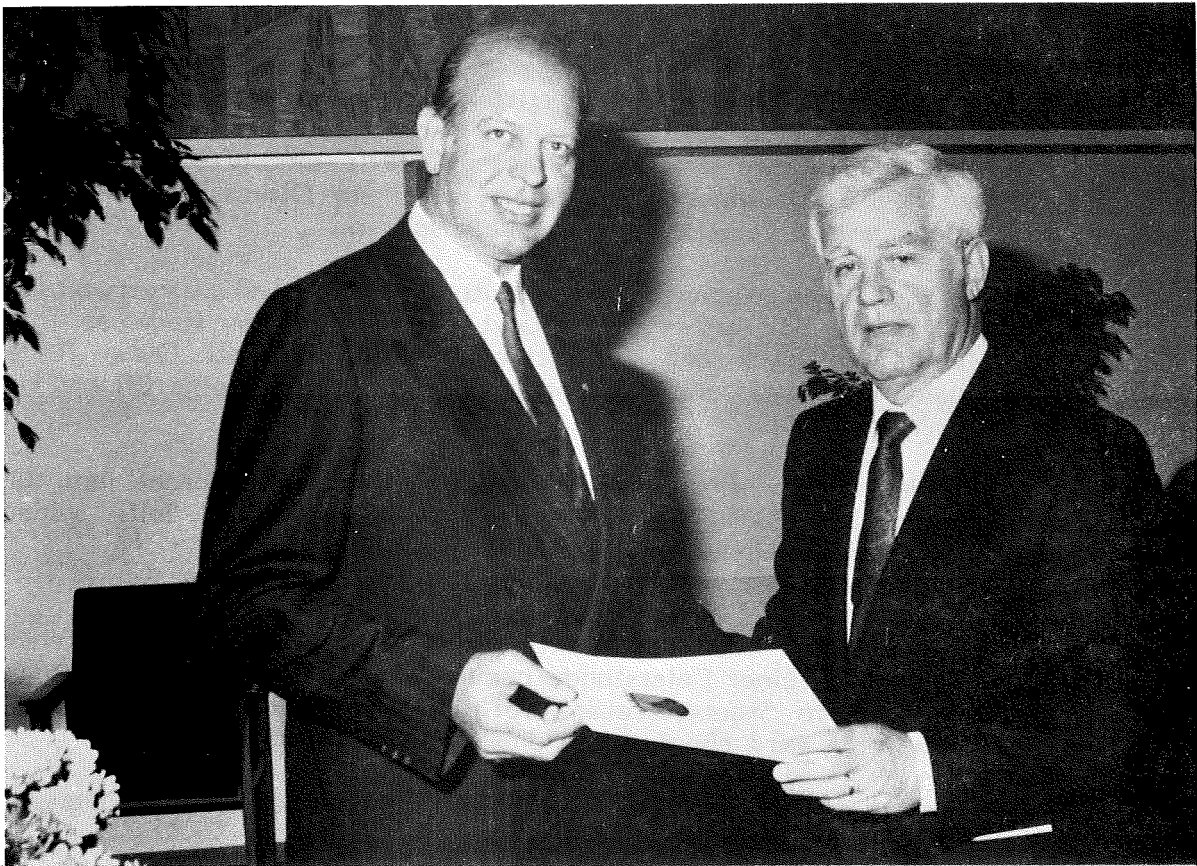
Axel Lorig

Leiter der Abteilung Landeskultur im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Ministerialdirigent Dr. Otto Jestaedt im Ruhestand

von Staatsminister Dieter Ziegler, Mainz

Sehr geehrter Herr Dr. Jestaedt,
verehrte gnädige Frau,
meine Damen und Herren,

der Eintritt in den Ruhestand ist für einen Beamten der normale Abschluß seines beruflichen Lebensweges.



Dieser Vorgang verdient aber besondere Beachtung, wenn die berufliche Tätigkeit so erfolgreich gestaltet wurde, wie dies bei Ihnen, Herr Dr. Jestaedt, der Fall war.

Die Beendigung Ihrer aktiven Dienstzeit war für mich ein angemessener Anlaß, Sie meine Damen und Herren, zur heutigen Verabschiedung einzuladen.

Der heutige Tag ist aber nicht nur für Sie, Herr Dr. Jestaedt, ein Tag, der Ihren künftigen Tagesablauf entscheidend ändert, er ist auch für die Landeskulturverwaltung, die Sie in den vergangenen 15 Jahren in guten und schwierigen Zeiten erfolgreich und mit Engagement geführt haben, ein Markstein.

Aus diesem Grund danke ich den anwesenden Repräsentanten der verschiedenen Institutionen und Organisationen für ihr Kommen.

Sie haben durch ihre Anwesenheit bestätigt, daß sich heute ein wichtiger Vorgang vollzieht.

Im einzelnen begrüße ich die zahlreichen Gäste

- Die Vertreter aus Politik, Justiz und Verwaltung
- die Vertreter der landwirtschaftlichen Berufsverbände und sonstigen landwirtschaftlichen Organisationen
- die Interessenverbände der Landeskulturverwaltung
- die große Zahl der übrigen Gäste
- insbesondere aber Sie, Herr Dr. Jestaedt und Ihre Gattin.

Eine Verabschiedung hat, wie Sie alle wissen, etwas Zwiespältiges.

Man weiß nicht, ob man den Betreffenden beneiden soll, oder ob es bei dem viel zitierten lachenden oder weinenden Auge bleibt.

Wahrscheinlich beides, denn man kann ja das eine nicht haben ohne das andere zu lassen.

In jedem Fall ist die Verabschiedung für mich eine angemessene Gelegenheit, nochmals die beruflichen Daten von Herrn Dr. Jestaedt in Erinnerung zu bringen.

Ihr Geburtstag am 12.01.1925 in der Bischofsstadt Fulda verrät, daß Sie einer Generation angehören, die den zweiten Weltkrieg in seiner Schlußphase noch aktiv miterlebt und erlitten hat.

Das Los der Kriegsgefangenschaft ist auch Ihnen nicht erspart geblieben.

Nach der Entlassung aus der Gefangenschaft begannen Sie 1947 nach einer landwirtschaftlichen Lehre mit dem Studium an der Universität Gießen, das Sie 1950 als Diplom-Landwirt abschlossen, dem 1952 die Promotion zum Doktor der Agrarwissenschaften folgte.

Ihre berufliche Tätigkeit begann im Jahre 1953 mit einer Anstellung bei der Landsiedlung Rheinland-Pfalz in Koblenz, die sie in Kontakt mit der damaligen Agrarverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz in Berührung brachte.

Es verwundert nicht, daß die Landeskulturverwaltung schon bald auf Ihre hervortretenden Leistungen aufmerksam wurde und Sie noch 1953 als sogenannten Kulturamtsanwärter in das Beamtenverhältnis berufen hat.

Nach Abschluß Ihrer Ausbildung in der Landeskulturverwaltung folgte ein kurzes Zwischenspiel beim damaligen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, das damals noch Räume am Fischtorplatz belegte.

Nach Stationen bei den Kulturämtern Neustadt/Weinstraße und Bernkastel-Kues wurden Sie dann 1957 zum Leiter des Kulturamtes Prüm bestellt.

Zwischen der Einstellung als Regierungsassessor und Ihrer Berufung zum Leiter des Kulturamtes Prüm lagen nicht mehr als 3 Jahre, was deutlich werden läßt, welches Vertrauen schon damals in Ihre dienstlichen Leistungen gesetzt wurde.

1966 übernahmen Sie die Leitung des Kulturamtes Trier, das Sie ebenso erfolgreich führten wie schon vorher das Kulturamt Prüm.

Wahrscheinlich war nicht nur Ihre Qualifikation als Amtsleiter, sondern auch Ihr besonderes Interesse, das Sie an den Agrarförderungsmaßnahmen zeigten, der Grund, warum Ihnen am 01.08.1969 die kommissarische Leitung der Unterabteilung IV D - Siedlung und Bodenreform - im Ministerium übertragen wurde.

Auch in diesem Abschnitt Ihrer dienstlichen Laufbahn haben Sie im Bereich der einzelbetrieblichen Förderung mit dem Schwerpunkt Aussiedlung und bauliche Maßnahmen die Dinge mit Fleiß und Energie vorangetrieben.

Besonderer Erwähnung bedarf hier Ihre Hilfe für die notleidenden Betriebe, deren Sanierung und Umgestaltung nicht nur schwierige finanztechnische Probleme aufwarf, sondern auch wegen der menschlichen Aspekte viel Fingerspitzengefühl erforderte.

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Verlegung Ihrer Dienstorte von Prüm nach Trier und von Trier nach Mainz jeweils mit dem Verkauf eines Wohnhauses verbunden war, so daß Sie gezwungen waren, an 3 Standorten ein Haus für Ihre große Familie zu bauen.

Sie haben diese Mühen ohne Murren auf sich genommen und Ihre persönlichen Belange stets ohne zu zögern den dienstlichen Notwendigkeiten untergeordnet.

Dies ehrt Sie in besonderem Maße und kann für viele junge Kräfte in der Verwaltung als Beispiel dienen.

Am 01.05.1974 wurde Ihnen sodann die Leitung der Abteilung 4 und damit eine neue verantwortungsvolle Aufgabe übertragen.

Die nachfolgenden Jahre waren im wesentlichen durch Schwerpunktverlagerungen in der Bodenordnung bestimmt.

Die steigenden wirtschaftlichen Belastungen der landwirtschaftlichen Betriebe, der härter werdende Kampf um die Märkte und das veränderte Umweltbewußtsein der Bevölkerung, das weitere Einschränkungen von der Landwirtschaft fordert, waren auch für die Strukturpolitik Zeichen, ihr Instrumentarium neu zu orientieren.

Auf der Grundlage des 1976 neugefaßten Flurbereinigungsgesetzes, das nicht mehr die Steigerung der Produktion, sondern die Verbesserung der Arbeits- und Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft als neuen gesetzlichen Auftrag formulierte, wurde der Umfang der Ausbaumaßnahmen in den Flurbereinigungsverfahren zurückgenommen und die landschaftsschonenden Verfahrensarten zu Lasten der klassischen Flurbereinigung ausgedehnt.

Hierbei hatten Sie, Herr Dr. Jestaedt, besonderen Anteil, da Sie die sogenannten beschleunigten Zusammenlegungsverfahren mit ihrem geringeren Anteil an Ausbauräumen nachhaltig gestützt und gefördert haben.

Unter Ihrer Leitung wurden auch im Bereich der Landespflege alte Vorstellungen aufgegeben und neue Wege beschritten.

Ihren Bemühungen ist es zu verdanken, daß Personal der Fachrichtung Landespflege in die Kulturämter integriert wurde, auf dessen Mitwirkung heute nicht mehr verzichtet werden kann und das dazu beigetragen hat, die landespflegerische Bonität der Wege- und Gewässerpläne deutlich zu verbessern.

Auch Ihre Bemühungen, wissenschaftliche Erkenntnisse an der Schnittstelle von Flurbereinigungs- und Landespflegemaßnahmen zu gewinnen, verdienen Anerkennung.

Ein besonderer Schwerpunkt Ihrer Tätigkeit war schließlich die Dorferneuerung.

In Kombination mit Maßnahmen der Bodenordnung, aber auch außerhalb von Flurbereinigungsverfahren ist sie unter Ihrer Anleitung zu einem wichtigen Tätigkeitsfeld der Kulturämter geworden.

Sie haben auf diese Weise dazu beigetragen, die Qualität des ländlichen Raumes als Wohnstandort zu verbessern und gleichzeitig die Akzeptanz der Flurbereinigung und das Ansehen der Kulturämter zu steigern.

Hierfür sei Ihnen von dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Leider hat sich Ihr und auch mein Wunsch, dieses Arbeitsfeld für die Landeskulturverwaltung künftig weiter auszubauen, trotz aller Bemühungen bisher nicht erfüllt.

Bei den verschiedenen Schwerpunkten Ihrer Tätigkeit haben Sie gleichwohl nie die Gesamtleistung der Landeskulturverwaltung aus dem Auge verloren.

Welche Ergebnisse insgesamt die Landeskulturverwaltung unter Ihrer Leitung erbracht hat, belegen die folgenden Zahlen eindrucksvoll.

So wurden von 1975 - 1987 einschließlich

- 180.000 ha LN neu geordnet (davon 12.000 ha WG)
- 12.000 km auch als Wander- und Radwege nutzbare Wirtschaftswege ausgebaut (davon rd. 8.000 unbefestigt)
- 50 ha Seen, Weiher und Teiche ausgewiesen
- 500 km Reihenpflanzungen erstellt
- 260 ha für Gehölzpflanzungen bereitgestellt und bepflanzt
- 510.000 m³ Weinbergsmauern gebaut und
- ca. 12.000 Bauplätze für ländliche Gemeinden bereitgestellt.

Daneben wurden in weiteren Arbeitsbereichen

- 410 Gemeinden mit Dorferneuerungsmaßnahmen verbessert

- ca. 4.200 ha in 163 Verfahren durch rationelle Bewirtschaftungseinheiten neu geordnet
- 1.400 Aussiedlungen und bauliche Maßnahmen im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung finanziert und
- 613 Nebenerwerbsstellen für Vertriebene errichtet bzw. Vollerwerbsbetriebe nachfinanziert.

Ich glaube, daß sich diese Bilanz sehen lassen kann.

Sicher sind diese Leistungen das Ergebnis der Arbeit der Gesamtheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskulturverwaltung.

Als langjähriger Leiter dieser Sonderverwaltung haben Sie daran jedoch entscheidenden Anteil.

Herr Dr. Jestaedt, Sie waren, was man an einer Führungspersönlichkeit schätzt, zwar ein kritischer und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fordernder Vorgesetzter, der sich jedoch, wenn es galt, auch für die Interessen und das Fortkommen der ihm Anvertrauten nachhaltig eingesetzt hat.

Dieses Verhalten wird Ihnen den Dank Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über diesen Tag hinaus sichern.

Sie haben in Ihrer Funktion mehreren Staatssekretären und Ministern vorbildlich gedient; ein erfülltes Berufsleben liegt hinter Ihnen, das Ziel einer effizienten Verwaltungstätigkeit ist erreicht.

Sie waren mir gegenüber stets ein loyaler Partner, wobei Sie sich nie gescheut haben, auch im größeren Kreis mit Temperament abweichende Standpunkte vorzutragen und wie ich weiß, nicht immer zur Freude derer, die es betraf.

Aber, Herr Dr. Jestaedt, hier gilt der einfache Grundsatz, wer keinen Anstoß erregt, kann auch keinen Anstoß geben.

Es ist der Hauptzweck dieser Stunde, Ihnen für Ihre Leistungen als ausscheidenden Leiter der rheinland-pfälzischen Landeskulturverwaltung den Dank und die Anerkennung der Landesregierung und meinen Dank als Ressortminister auszusprechen.

Sie können mit dem Bewußtsein, Ihre Pflichten erfüllt zu haben, den wohlverdienten Ruhestand antreten.

Ich wünsche Ihnen, daß der Übergang von der aktiven Tätigkeit in den Ruhestand gelingt und sie noch viele Jahre in Gesundheit und Zufriedenheit mit Ihrer Familie verleben können.

Sehr geehrte Frau Jestaedt, Ihr Gatte hat über Jahrzehnte im Landwirtschaftsministerium an einflußreicher Stelle gewirkt. Wer so engagiert wie er seine Aufgabe wahrnimmt, hält sich nicht an den üblichen Feierabend.

Für das dauernde Engagement Ihres Gatten haben Sie viel Verständnis und Einsicht aufbringen müssen.

Ich danke Ihnen hierfür.

Ich wünsche Ihnen beiden für den kommenden gemeinsamen Lebensweg Gesundheit und Wohlergehen.

Sie, Herr Dr. Jestaedt, können in den Ruhestand treten mit der Gewißheit, dem Wohl des Landes Rheinland-Pfalz und seinen Bürgern gedient zu haben.

**Rede anlässlich der Amtseinführung von Herrn MR Berg - Winters,
Herrn Ltd. Reg. Dir. Zillien und Herrn Min. Dirig. Dr. Ueing
als Abteilungsleiter am 1. Juli 1988 in das
Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten**

von Staatssekretär Prof. Dr. Rumpf, Mainz

Ein Mensch, der dem Minister sehr nahe stand ist gestorben. So fällt mir die Aufgabe der Amtseinführungen zu, die sich ergaben:

- 1) aufgrund tragischen Todes
- 2) durch normalen Amtswechsel
- 3) durch politische Entscheidung

So sind wir heute zusammengekommen zur offiziellen Amtseinführung von drei neuen Abteilungsleitern:

- des Leiters der "Zentralabteilung" - Herrn Ministerialrat Berg-Winters
- des Leiters der Abteilung "Landeskultur", Herrn Leitenden Regierungsdirektor Zillien
- und des Leiters der Abteilung "Agrarforschung" - Herrn Ministerialdirigent Dr. Ueing.



Die Ernennung von 3 Abteilungsleitern ist ein Ereignis von ganz hoher Bedeutung für die zukünftige Arbeit unseres Ministeriums. Man bedenke, welch hohes Maß an Verantwortung hiermit übertragen wird.

Erlauben Sie mir, daß ich den bisherigen Werdegang und den künftigen Aufgabenbereich der neuen Abteilungsleiter kurz schildere:

Herr Berg-Winters, geboren am 21. November 1943, legte nach dem Studium der Rechtswissenschaften und der Referendarausbildung 1971 die zweite juristische Staatsprüfung ab.

Nach einer Geschäftsführerausbildung war er bis 1973 als Referent für Arbeitsrecht beim Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der Deutschen Chemischen Industrie tätig.

Danach folgten einige Dienstjahre bei den Kreisverwaltungen Bad Kreuznach und Mainz-Bingen.

Ab Oktober 1976 leitete Herr Berg-Winters das Referat "Kommunale Finanzen" der Kommunalabteilung des Ministeriums des Innern und für Sport.

Aufgrund dieser Tätigkeit wird er fast jedem Ortsbürgermeister in Rheinland-Pfalz in guter oder evtl. auch weniger guter Erinnerung sein, denn er war für die Zuteilung von Finanzmitteln an die Kommunen zuständig.

Diese Erfahrung kann für unser Haus von hoher Wichtigkeit und von großem Vorteil sein.

Wer die Schaltstellen im Innenministerium 12 Jahre lang kennengelernt hat und wer bei den Entscheidungsträgern Freunde hat, dem trauen wir zu und von dem erwarten wir, daß er vorhandene Reibungsflächen - beispielsweise in den Verfahren der Dorfentwicklung und Dorferneuerung - mit dem Innenministerium abbaut und neue Konflikte - z.B. bei der Neuorganisation unseres Hauses im Interesse einer Durchgängigkeit und Einräumigkeit der Verwaltung, die sowohl dem Bürger entgegenkommt als auch der Landesregierung insgesamt nutzt und gut ansteht - daß er solche Konflikte früh erkennt und durch Vertrauen und Überzeugungskraft gar nicht erst entstehen läßt.

Mit Wirkung vom 28. März 1988 wurden Sie, sehr geehrter Herr Berg-Winters, zusätzlich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des stellvertretenden Leiters der Kommunalabteilung des Innenministeriums beauftragt. Damit haben Sie bewiesen, daß man Ihnen vertraut und viel zutraut.

In all diesen Jahren konnten Sie sich den Erfahrungsschatz und das fachliche Können aneignen, das für die erfolgreiche Leitung unserer Zentralabteilung mit ihren umfangreichen Aufgaben notwendig ist.

Diese Aufgaben umfassen hauptsächlich die Bereiche Haushalt, Organisation, Personal und Recht.

Diese Aufgabenstellung macht deutlich, daß die Zentralabteilung auch tatsächlich eine zentrale Rolle in unserem Ministerium einnimmt.

Ich habe der Zentralabteilung schon unter Ihrem Vorgänger - dem unvergessenen Dr. Scholz - eine ganze Reihe von weiteren Aufgaben übertragen, die bisher dem Staatssekretär vorbehalten waren.

Damit sollte die zentrale Stellung zum Wohle des Hauses unterstrichen werden. Ich hoffe, daß dieses Vertrauen Vertrauen erzeugt und daß bei der Neuabgrenzung und dem erforderlichen Neuzuschnitt von 7 Abteilungen Egoismen nicht im Wege stehen.

Die Zentralabteilung legt die Grundlagen für die Arbeit in der gesamten Landwirtschaftsverwaltung und vertritt das Ministerium gegenüber den anderen Ressorts, vor allem der Staatskanzlei und dem Finanzministerium.

Eine Aufgabe, die auf die Abteilung 1 und damit auf Sie, Herr Berg-Winters, zukommt, ist die Reform der Landwirtschaftsverwaltung.

Diese Reform ist dringend notwendig, weil es zwischen

- den Schulen, Beratungsstellen und Lehranstalten
- der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz
- den Bezirksregierungen
- den Kulturämtern
- und den Kreisverwaltungen

zum Teil zu erheblichen Aufgabenüberschneidungen und -verschiebungen gekommen ist.

Hierüber haben wir heute Vormittag wieder diskutiert. Wir brauchen eine Verwaltung, die den Herausforderungen der Zeit gerecht wird

- die vor allem die agrarpolitischen Ziele - die durch EG-Bestimmungen und unsere regionalen Interessen gesetzt sind - in Übereinstimmung bringt und in die Praxis umsetzt
- die im hoheitlichen Bereich die umweltrelevanten Auflagen einführt, überwacht und nötigenfalls durchsetzen kann
- die in Forschung, Lehre, Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit neue Akzente setzt und modernen Anforderungen gerecht wird.

Bei der Durchführung der geplanten Veränderungen müssen wir davon ausgehen, daß zukünftig ein in weiten Bereichen steigendes Arbeitsvolumen mit einer verminderten Personalkapazität zu bewältigen ist.

Dies muß bei sämtlichen Aufgaben- und Personalplanungen berücksichtigt werden.

Nun komme ich zu Ihnen, sehr geehrter Herr Zillien, Sie sind geboren am 13. September 1928, studierten Agrarwissenschaften nachdem Sie zuvor eine Landwirtschaftslehre absolviert hatten: Ein Praktiker und ein Studierender von der Pike auf.

Nach einer dreijährigen Tätigkeit als Sachbearbeiter im Siedlungsreferat des Kulturamtes Kaiserslautern leisteten Sie von 1957 bis 1959 den Vorbereitungsdienst für den höheren Verwaltungsdienst der Landeskulturverwaltung ab.

Danach gelangten Sie zum Kulturamt Worms.

Von dort aus wurden Sie 1963 an das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten versetzt.

Hier waren Sie in der Abteilung Landeskultur zuständig für die Finanzierung der Flurbereinigung und Zusammenlegung sowie für die verwaltungsmäßige Abwicklung der Verfahren mehrerer Kulturamtsbezirke.

1969 kehrten Sie nach Worms zurück und wurden zum Leiter des dortigen Kulturamtes ernannt. So stellen wir uns den Werdegang unserer Beamten in Leitungsfunktionen vor.

Sehr geehrter Herr Zillien,

Sie werden die Veränderungen in den beiden Jahrzehnten in diesem Hause schon bemerkt haben.

Aufgrund Ihrer langjährigen Tätigkeit als Referent im Ministerium und als Kulturamtsleiter sind Sie mit den vielfältigen Aufgaben der Landeskulturverwaltung bestens vertraut.

Sie haben bewiesen, daß Sie fachlich und menschlich alle Voraussetzungen für die Übernahme eines noch größeren Aufgabenbereiches mitbringen.

Der Minister hat Sie deshalb zum Leiter der Abteilung Landeskultur dieses Ministeriums bestellt.

Die Hauptaufgaben dieser Abteilung haben sich auch hier in den letzten Jahren z.T. erheblich verändert.

Besonders die Flurbereinigung hat einen deutlichen Wandel erfahren.

Sie hat sich von einer fast ausschließlich agrarstrukturell orientierten Maßnahme zu einem Instrument der Koordination umfassender Maßnahmen in Gemeinden des ländlichen Raumes entwickelt. Sie könnte dadurch zu einem zentralen Ansatz für jegliche Überlegungen der Neuorganisation führen.

Ökologie, Naturschutz und Landschaftspflege haben dabei einen hohen Stellenwert erlangt.

Jedes Bodenneuordnungsverfahren wird deshalb heute unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Zielsetzungen durchgeführt.

Bei der Durchführung der Flächenstillegungsprogramme wird der Flurbereinigung eine weitere neue wichtige Aufgabe und Dimension zufallen: nämlich ein ungeordnetes Ausscheiden und Brachfallen von Ackerflächen über die Gemarkung hinweg zu verhindern.

Diese Flächen müssen gezielt zur Gestaltung von Landschaft und Umwelt herangezogen werden.

Dem Wort "Kulturamt" kommt wieder die beste ursprüngliche Bedeutung zu - Amt zur Erhaltung und Pflege der Landeskultur, Gestaltung der Kulturlandschaft. Aber auch die erneute Zusammenlegung der verbleibenden Ackerflächen, Wiesen und Weinberge wird erforderlich werden. Wir brauchen weiterhin die Bodenneuordnung aus ökonomischen Gründen - anders ist kein Wettbewerb denkbar. Derartige Verfahren, die voraussichtlich in größerer Zahl anfallen, müssen möglichst einfach und schnell mit geringen Ausführungskosten durchgeführt werden. Sie dürfen keine 10 und 12 Jahre dauern; sie müßten in 4 Jahren abgeschlossen sein. Ich möchte Sie, sehr geehrter Herr Zillien, deshalb auffordern und ermuntern, bereits jetzt in diese Richtung zu denken und diese neuen Aufgaben in Angriff zu nehmen.

Herrn Dr. Ueing brauche ich Ihnen eigentlich nicht vorzustellen.

Ein paar Daten sollen das Gedächtnis auffrischen: geb. 31.01.1928 - Jahrgangsgleich, ein halbes Jahr älter als Herr Zillien. 1949-51 - 2 Jahre Landwirtschaftslehre mit -gehilfenprüfung. Studium der Landwirtschaft in Bonn, 1954 Diplom.

In den Weinbau arbeiteten Sie sich in Geisenheim ein und wurden 1959 staatlich geprüfter Weinbautechniker. 1958 promovierten Sie zum Dr. der Agrarwissenschaften. Sie waren Kommissar für Reblausbekämpfung und kamen 1964 in dieses Haus.

Als früherer Leiter der Abteilung Weinbau haben Sie mit der Ernennung zum Leiter der Abteilung "Agrarforschung" eine neue und zukunftsorientierte Aufgabe übernommen.

In den letzten Jahren hat die Agrarforschung eine deutliche Schwerpunktverlagerung erfahren.

Als Folge der Überschußsituation bei fast allen Agrarerzeugnissen, ist die produktionsorientierte Forschung abgebaut worden.

Dafür wurde die Forschung

- für die Erschließung von Produktions- und Verwendungsalternativen
- für umweltgerechte Landbewirtschaftung
- für die Anwendungsmöglichkeiten der Bio- und Gentechnologie wesentlich verstärkt.

Demzufolge entspricht die Neugründung der Abteilung "Agrarforschung" den Anforderungen und Notwendigkeiten unserer Zeit.

Ihre Hauptaufgabe, sehr geehrter Herr Dr. Ueing, sehe ich darin, aus rheinland-pfälzischer Sicht im Rahmen der Agrarforschung Akzente zu setzen und Initiativen zu ergreifen, die an den Bedürfnissen der Landwirtschaft orientiert sind.

Ich wünsche auch Ihnen, Herrn Dr. Ueing, viel Erfolg und Schaffensfreude in Ihrem neuen Gebiet - was Sie über viele persönliche Schicksalsschläge hinwegtrösten sollte.

An alle Abteilungsleiter richte ich zum Schluß die Forderung, die Ihnen übertragenen Aufgaben mit hoher Effektivität und mit großer Sorgfalt und außerdem fristgerecht zu erledigen.

Dazu müssen aufgrund der Veränderungen der Aufgabenbereiche die Zuständigkeiten der einzelnen Referate überarbeitet und ggf. auch neu verteilt werden.

Entscheidend ist dabei die bestmögliche Koordinierung und Durchführung der Tätigkeiten zum Wohle des gesamten Hauses, im Interesse der Landesregierung und im Dienst am Bürger.

Für Ihren zukünftigen Tätigkeitsbereich wünsche ich Ihnen, sehr geehrte Herren, die dazu notwendige Kraft, Gesundheit, viel Erfolg und die notwendige Fortune, was ja mehr ist als nur Glück.

FACHBEITRÄGE

Gedanken zur parlamentarischen Erörterung des Flurbereinigungsgesetzes vom 11. Juni 1953 und der 1. Novelle vom 16.03.1976

von Heinrich Frischkorn, Wiesbaden

Wesentliche Vorgabe zur Durchführung von Flurbereinigungsverfahren ist das am 14. Juli 1953 im BGBl. I S. 591 ff. veröffentlichte Flurbereinigungsgesetz und die durch die Novelle von 1976 ergänzte Neufassung, die im BGBl. I vom 16.03.1976 veröffentlicht wurde. Die Gesetzesvorgaben werden ergänzt durch die Vielzahl der rechtskräftigen Urteile der Gerichte: Bundesverwaltungsgericht, Bundesgerichtshof, Bayerischer Verfassungsgerichtshof und der Flurbereinigungsgerichte in den einzelnen Ländern. Die einzelnen Bundesländer haben durch die Vielzahl von Erlassen die Aufgaben der Unteren und Oberen Flurbereinigungsbehörde geregelt und die organisatorische Durchführung bestimmt neben Anpassung an den technischen Fortschritt und die Aufgabenwandlung. Ich möchte heute versuchen, aus der Sicht der Bundestagsabgeordneten, die in der parlamentarischen Diskussion hervorgetretenen Schwerpunkte aufzuführen, um den damaligen Willen der gesetzgebenden Körperschaft zum Ausdruck zu bringen.

Zur 2. und 3. Beratung des Entwurfs eines Flurbereinigungsgesetzes am 11.06.1953 lagen die schriftlichen Berichte des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und eine größere Anzahl Änderungsanträge der Gruppe der KP (Kommunistische Parteien) und der FU (Föderalistische Union) vor:

*) Nachdruck aus den DVW-Mitteilungen 1987, Landesverein Hessen, mit freundlicher Genehmigung der Schriftleitung

Herr Dr. Ehlers als Präsident eröffnete die 70. Sitzung des Deutschen Bundestages und rief zunächst die §§ 1 - 9 auf mit der Bitte, Änderungsanträge zu begründen. Der Abgeordnete Niedergall (KPD) beantragte, daß der Staat die Kosten der Bereinigung trägt und daß diese Bereinigung freiwillig und auf demokratischer Grundlage durchgeführt wird. Der Abgeordnete Lampl (FU) beantragte, daß die Flurbereinigung nur dann angeordnet werden könne, wenn mindestens ein Drittel der Beteiligten den Antrag gestellt hat und wenn diese Beteiligten mindestens die Hälfte der zu bereinigenden Fläche besitzen. Herr Dr. Müller (CDU) bemerkte in der Aussprache, daß man nicht gesonnen sei, sich mit Anträgen von Kolchosenvertretern hier zu beschäftigen, man werde deshalb die Anträge der KP ohne weitere Debatte ablehnen. Auch der Antrag der FU wurde von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt und die vorliegende Fassung des Gesetzentwurfes von der Mehrheit des Bundestages angenommen.

Zu den §§ 10 - 15 lagen keine Änderungsanträge vor. Zum § 16 wurde von der FU der Antrag gestellt, Flurbereinigungsgenossenschaften an Stelle von Teilnehmergemeinschaften zu schaffen, um die Gewähr dafür zu geben, daß das Interesse der Beteiligten angeregt und erhalten bleibe, insbesondere bei der Unterhaltung der geschaffenen gemeinschaftlichen Anlagen. Dieser Antrag der FU wurde abgelehnt und die §§ 16 - 26 mit Mehrheit angenommen, desgleichen die §§ 27 - 33. Ein Antrag der CSU zu den §§ 34 - 36 sollte bezwecken, daß die Belange der Landschaftspflege nicht vernachlässigt werden, dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen (§ 34 Nr. 3). Die §§ 37 und 38 wurden mit geringfügigen Änderungen angenommen.

Bei der Erörterung des § 40 wurden von dem Abgeordneten Niedergall (KPD) Bedenken geäußert, daß dieser Paragraph dazu dienen werde, Land für militärische Zwecke bereitzustellen. Weitere kleine Änderungsanträge, insbesondere der KPD und FU, wurden abgelehnt. Ein weiterer Antrag der FU sollte bewirken, daß das bayerische Flurbereinigungsgesetz durch das Bundesflurbereinigungsgesetz nicht berührt wird. (Hierzu kam ein Zuruf aus der Mitte des Parlaments: "Bayern kriegt auch seine eigenen Soldaten wieder!") Dieser Antrag wurde vom Plenum abgelehnt.

In der anschließenden dritten Beratung war eine einstündige Aussprache vorgesehen. Zunächst wies der Abgeordnete Funk (CDU) darauf hin, daß in Bayern eine Flurbereinigung mit neuzeitlichen Methoden im Gange sei, die durch eine bundesgesetzliche Regelung nur wieder aufgehoben und verzögert werde. Jedes Bundesland müsse unter Berücksichtigung seiner Verhältnisse und seiner jahrzehntelangen Erfahrungen diese Aufgabe selbst lösen. Herr Dr. Schmidt (Niedersachsen, SPD) bemängelte, daß es nicht gelungen sei, die bisherigen gesetzlichen Verfahren zeitlich abzukürzen und technisch zu vereinfachen. Der Vorteil des Gesetzes bestehe darin, daß die Vorlage der Rechtszersplitterung Einhalt gebiete. Außerdem habe man sich besonders im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bemüht, klare Begriffe und Formulierungen zu schaffen und das Verfahren so eindeutig wie möglich zu machen. Es war zugleich zu verhindern, die Flurbereinigung mit anderen Maßnahmen, z.B. Bodenreform, sonstige Landbeschaffungsprogramme, zu koppeln. Er begrüße es, daß die betriebswirtschaftlichen Maßnahmen mehr in den Vordergrund gerückt worden seien. Zum anderen sei im Gesetz die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der gesetzlichen Berufsvertretung verankert. Auch die übrigen Interessengruppen wie hier die Siedlung, der Naturschutz und die Landschaftspflege seien s.E. weitgehend berücksichtigt worden. Es sei eine

geistige Vorleistung der Flurbereinigungsbehörden notwendig, um den Landwirten klarzumachen, daß die Flurbereinigung letzten Endes auch in ihrem eigenen Interesse liege. Man könne die Flurbereinigung einfach nicht mit Holzhammermethoden erzwingen! Der Eingriff in die Eigentumsrechte der Bauern und der aus der Flurbereinigung entstehende erhebliche volkswirtschaftliche Nutzen rechtfertige größere Ausgaben von öffentlichen Mitteln direkter und indirekter Art und den Groß-einsatz von Maßnahmen. Zum Schluß fügte der Abgeordnete Schmidt hinzu: **"Die Flurbereinigung soll eine Maßnahme von Dauer sein!"**

Der Abgeordnete Bauknecht regte an, daß ein neues Gesetz kommen solle, das verhindere, daß zusammengelegte Fluren wieder aufs neue geteilt werden. Auch sei es zweckmäßig, durch Aussiedlung von Höfen die Entfernung Hof - Flur zu verringern; zugleich diene dies der Auflockerung der zu engen Ortslagen. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Vornahme von Ersatzpflanzungen (§ 34 (3) FlurbG), der weitgehende und unklare Begriff "Neupflanzungen" sei abzulehnen, denn er eröffne jeder Auslegung Tür und Tor.

Herr Kriedemann (SPD) führte abschließend noch einmal aus:

"Von der möglichst schnellen Durchführung der Flurbereinigung hängt für mehr als die Hälfte der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung ab, daß sie mehr Zeit auf ihrem Acker zubringen kann als sie auf den Wegen zubringen muß!" Mit der Schlußabstimmung im Ganzen, der die Mehrheit des Bundestages zustimmte, fand die 3. Lesung des Flurbereinigungsgesetzes ihren Abschluß.

Mit dem Flurbereinigungsgesetz von 1953 haben die Flurbereinigungsbehörden ca. 20 Jahre gearbeitet. Es zeigte sich, daß dieses Gesetz gut durchgearbeitet war. Für viele andere Bundesgesetze bestand die Notwendigkeit, nach kurzer Zeit durch Novellen das vorhandene Gesetz zu ergänzen und an die Weiterentwicklung in Wirtschaft, Verwaltung und Gesetzgebung anzupassen. Erst Anfang der 70er Jahre verdichtete sich jedoch die Notwendigkeit, auch das Flurbereinigungsgesetz, das im Jahre 1953 im wesentlichen zur Steigerung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung verabschiedete Gesetz, den Anforderungen anzupassen, die der in seinen strukturellen und funktionalen Bedingungen vielschichtig veränderte ländliche Raum an eine zeitgemäße Bodenordnung stellt. Die Rechtsgrundlagen waren nicht mehr ausreichend, um diese Interessenverflechtungen und Nutzungskonflikte durch entsprechende Ordnungsmaßnahmen zu lösen.

Der Entwurf des neuen Gesetzes sah eine erweiterte Aufgabenstellung der Flurbereinigung vor, um beim Einsatz dieses Instrumentariums besser als bisher dem Struktur- und Funktionswandel im ländlichen Raum Rechnung tragen zu können. Die Interessen der Land- und Forstwirtschaft sowie der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung sollten gleichrangige Bedeutung erhalten. Die Erfordernisse des Naturschutzes und der Landschaftspflege wurden unter Berücksichtigung der Erholungsfunktion und der ökologischen Ausgleichsfunktion des ländlichen Raumes stärker in den Vordergrund gerückt. Durch die Einführung des freiwilligen Landtauschs und durch die Zulässigkeit der Verbindung verschiedener Verfahrensarten miteinander wurde eine Beschleunigung der ländlichen Bodenordnung erstrebt. Schließlich sollte das Gesetz der allgemeinen Rechtsentwicklung angepaßt werden. Dieser Gesetzentwurf wurde als Bundestagsdrucksache 589/74 am 06.09. 1974 dem Präsidenten des Bundesrates zur Erörterung und Zustimmung zugeleitet (12 Seiten u. 20 Seiten Begründung). Der federführende Agrarausschuß, der für Innere Angelegenheiten, der Rechtsausschuß und der Ausschuß für Städtebau und

Wohnungswesen empfahlen dem Bundesrat in der 412. Sitzung des Bundesrates am 18.10.1974 zu den einzelnen Artikeln bestimmte Änderungen und Ergänzungen, um rechtliche Unklarheiten zu beseitigen. Diese Anträge schlossen sich manchmal gegenseitig aus, wie z.B. Nr. 25 zu § 37 FlurbG: "Maßnahmen der Dorferneuerung können durchgeführt werden" oder "Maßnahmen der Dorferneuerung sind durchzuführen". Auch gegen die Festsetzung des § 41 FlurbG gab es einen Antrag, die vorgesehene Planfeststellung zu streichen mit der Begründung, daß es zwangsläufig zu Überschneidungen und Überlagerungen des Wege- und Gewässerplanes mit Flächennutzungs- und Bebauungsplänen der Gemeinden komme.

Zur Formulierung des § 86 Abs. 1 FlurbG verbesserte der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen die bisherige Formulierung "andere Aufbaumaßnahmen" durch "der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes" in Analogie zu § 37 Abs. 2 FlurbG.

Der Bundesrat hat weiterhin allgemein angeregt, das Verfahrensrecht stärker an die Vorschriften des damals im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Verwaltungsverfahrensgesetzes und die Verwaltungsgerichtsordnung anzupassen. Durch die Drucksache 589/2/74 vom 16.10.1974 hat das Land Hessen beantragt, in den § 40 FlurbG die Worte "Naherholungseinrichtungen, Spiel- und Sportstätten" einzufügen. Bereits die Reichsumlegungsordnung sah die Bereitstellung von Land für Spiel- und Sportplätze vor. Da diese im § 40 FlurbG nicht mehr erwähnt waren, hat das Bundesverwaltungsgericht im Urteil vom 13.11.58 die Bereitstellung von Flächen für Sportstätten für unzulässig erklärt. Dies ist aber im öffentlichen Interesse geboten.

Durch die Drucksache 589/3/74 hatte das Land Hessen beantragt, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens das Verhältnis zwischen dem Planfeststellungsverfahren nach § 41 FlurbG und dem Verfahren zur Aufstellung der Bauleitpläne nach BBauG eingehend zu prüfen. In der 412. Sitzung des Bundesrates am 18.10.1974 beschloß der Bundesrat seine Stellungnahme. Er stimmte hierbei auch dem Antrag des Landes Hessen 589/2/74 zu. Aufgrund der Vorschläge des Bundesrates wurde ein überarbeiteter Gesetzentwurf aufgestellt, von der Bundesregierung beschlossen und dem Präsidenten des Bundestages zur Beschlußfassung am 23.12.1974 zugeleitet (Drucksache 7/3020). In der Anlage 3 sind die Gegenäußerungen der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates aufgeführt. Hierbei wurde unter anderem die für § 40 FlurbG vorgeschlagene Fassung "Naherholung" abgelehnt. Dieser Begriff sei zu eng, da die Flurbereinigung auch in Ferienholungsgebieten wichtige Aufgaben zu erfüllen habe. Zu § 41 wurde ausgeführt, daß eine unverträgliche Konkurrenz zu den Bestimmungen des Bundesbaugesetzes hier nicht begründet werde. Das Planungsrecht der Gemeinden bleibe - auch bei Durchführung von Maßnahmen zur Dorferneuerung - in vollem Umfang bestehen.

Der Deutsche Bundestag hat dann in seiner 141. Sitzung am 16.01.1975 in der 1. Beratung ohne Aussprache die Gesetzesvorlage den Ausschüssen für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem Haushaltsausschuß und dem Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau überwiesen. Mit der Drucksache 7/4169 hat der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 14.10.1975 seinen Bericht abgeschlossen. Der Ausschuß hatte außerdem am 21.05.1975 Vertreter der Wissenschaft, der behördlichen Praxis, der kommunalen Spitzenverbände und der Landwirtschaft gehört. Vorsitzender des Ausschusses war Herr Dr. Schmidt (Gellersen) und Berichterstatter der Abgeordnete Sauter. Ich möchte hierzu bemerken, daß Herr Dr. Schmidt-Gellersen bereits 1951 im Ausschuß für Ernährung, Landwirt-

schaft und Forsten Berichterstatter war und damit ein sehr sachkundiger Vorsitzender bei der Beratung des Gesetzes in den Ausschüssen zur Verfügung stand.

Am 27.11.1975 fand dann im Bundestag die 2. und 3. Beratung des Flurbereinigungsgesetzes statt. Hierzu gab der Abgeordnete Sauter einen kurzen Bericht und wies darauf hin, daß es ein besonderes Anliegen des federführenden Ausschusses war, eine Beschleunigung des Flurbereinigungsverfahrens zu erreichen. Als ein Mittel hierzu sah er den Freiwilligen Landtausch an. Stärker als bisher sollte das Gesetz auch den Anforderungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege dienen.

In der 3. Beratung wies der Abgeordnete Bückler auf die neue Definition des Begriffes Flurbereinigung hin durch Erweiterung der Aufgabenstellung zur Förderung der allgemeinen Landeskultur und Förderung der Landentwicklung. Dem lag die Überlegung zugrunde, daß zum einen die Erhaltung und Verbesserung der Wohn-, Wirtschafts- und Erholungsfunktion des ländlichen Raumes und damit die dauerhafte Verbesserung der Lebensverhältnisse außerhalb der städtischen Gebiete, kurzum all das, was unter dem Begriff Landentwicklung zusammengefaßt wird, bei den Maßnahmen der Flurbereinigung nicht unberücksichtigt bleiben dürfe. Die Belange der Land- und Forstwirtschaft blieben dabei erhalten. Insbesondere bleibe der verfassungsmäßig garantierte Anspruch auf wertgleiche Abfindung uneingeschränkt erhalten. Auch könnten die Teilnehmer nur insoweit mit Kosten belastet werden, als die grundlegenden Aufwendungen dem Interesse der Teilnehmer diene. Die vorliegende Fassung des Gesetzes sei ein echtes Reformvorhaben, denn die Flurbereinigung werde in Zukunft verstärkt ein Instrument zur Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum sein. Der ländliche Raum müsse in steigendem Maße neben dem landwirtschaftlichen Interesse dem allgemeinen Struktur- und Funktionswandel dienen. Der Abgeordnete Sauter wies darauf hin, daß die Flurbereinigung in den kommenden Jahren das beste Instrument zur Gestaltung des ländlichen Raumes bilden werde. Dies solle auch beachtet werden, wenn bei der Beratung des Haushaltes die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz angesprochen werde. Wenn ein zu großer Teil der Flurbereinigungskosten auf die Teilnehmergemeinschaft zukomme, bedeute dies in den meisten Fällen das Ende der Agrarstrukturpolitik, weil die Kosten für die einzelnen Bürger nicht finanzierbar seien. Unterstreichen möchte er, daß bei allem Gewicht der erweiterten Aufgabenstellung des Flurbereinigungsgesetzes die agrarstrukturelle Zielsetzung Priorität habe. Darüber gäbe es Einvernehmen im Ausschuß bei allen Fraktionen.

Die Probleme des Naturschutzes und der Landschaftspflege haben im federführenden Ausschuß umfassende Diskussionen ausgelöst. Aktiver Naturschutz und Landschaftspflege seien in der Regel ohne Bodenordnung schwierig zu vollziehen. Die berechtigten Anliegen von Naturschutz und Landschaftspflege seien im Gesetz in angemessener Weise berücksichtigt und damit deren Bedeutung unterstrichen. Immer stärker träten die sogenannten Verbundverfahren in den Vordergrund. Die entsprechenden Regelungen seien in § 86 FlurbG niedergelegt. Die Flurbereinigung sei nach diesem Gesetz das wichtigste Instrument für eine aktive Entwicklung des ländlichen Raumes. Diese Aufgabenerweiterung erfordere ein noch größeres Maß an Verantwortung von den zuständigen Ämtern. Der Abgeordnete Gallus betonte, daß es notwendig sei, Politik für die Menschen im ländlichen Raum zu machen. Dabei sei möglichst vielen Landwirten eine Chance zum Verbleiben in der Landwirtschaft als Haupt-, Zu- oder Nebenerwerbsbetriebsinhaber zu eröffnen. Es gehe

auch darum, die Rechtsgrundlagen der Flurbereinigung dem Strukturwandel im ländlichen Raum anzupassen. Besonders begrüßte er auch die neue gesetzliche Regelung des freiwilligen Landtauschs. Die Gesetzesnovelle biete eine Lösung an, die ein sinnvolles und gerechtes Ergebnis bei der Entwicklung des ländlichen Raumes ermögliche. Er erwarte, daß die Flurbereinigungsbehörde ihrer treuhänderischen Funktion im Interesse der Landwirtschaft und im Interesse des ländlichen Raumes gerecht werde. Abschließend wies Bundesminister Ertl noch darauf hin, daß die Flurbereinigung künftig verstärkt zur Verbesserung der gesamten Lebensbedingungen im ländlichen Raum beitragen solle. Sie solle also die Landentwicklung, insbesondere die Dorfentwicklung, fördern. Die Novelle schaffe darüber hinaus verbesserte Voraussetzungen für die Koordinierung aller raumbedeutsamen Maßnahmen des jeweiligen Flurbereinigungsgebietes sowohl in der Planungsstufe als auch in der Durchführung der Flurbereinigung. So sei auch ein effizienter Mitteleinsatz gewährleistet. Auf diese Weise werde in verstärktem Maße eine Bündelung der verschiedenen landwirtschaftlichen und sonstigen Förderungsmittel erreicht. Die deutsche Flurbereinigung und ihre Rechtsgrundlagen würden im Ausland einen guten Ruf genießen. Eine Reihe von Staaten ändere gegenwärtig ebenfalls ihr Flurbereinigungsrecht und orientiere sich an unseren Erkenntnissen. Um so mehr freue er sich, daß wir mit diesem Gesetz einen bedeutsamen Schritt nach vorne tun würden, um die ländliche Bodenordnung zu verbessern und auch einen Beitrag für die Chancengleichheit des ländlichen Raumes im Verhältnis zu den städtischen Bereichen zu leisten. Der ländliche Raum solle auch in Zukunft attraktiv für die Menschen bleiben. Dazu solle dieses Gesetz beitragen.

Abschließend ließ Vizepräsident Dr. Jaeger abstimmen.

Das Flurbereinigungsgesetz wurde ohne Gegenstimme und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen! Der Bunderat hat in seiner 429. Sitzung am 18.12.1975 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 27.11.1975 verabschiedeten Gesetz gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes zuzustimmen. Im Bundesgesetzblatt Nr. 27/1976 vom 19.03.1976 wurde das Gesetz zur Änderung des Flurbereinigungsgesetzes vom 15.03. und die Neufassung des Flurbereinigungsgesetzes vom 16.03. 1976 verkündet.

Der Deutsche Bundestag hat den Agrarverwaltungen die Aufgabe gestellt, mit diesen verbesserten gesetzlichen Grundlagen die Probleme im ländlichen Raum anzupacken und zur Förderung der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung zu lösen. Eine Vielzahl von Flurbereinigungsverfahren wurden nach den neuen Rechtsgrundlagen eingeleitet und durchgeführt. Auch die neuen Möglichkeiten nach § 103a FlurbG wurden ausgeschöpft. Insgesamt zeigte sich, daß mit den neuen Rechtsgrundlagen gut zu arbeiten ist. Das Gesetz hat auch zu einer Qualitätsverbesserung unserer Arbeit geführt, bedingt durch die sorgfältigere Aufstellung der Wege- und Gewässerpläne mit landschaftspflegerischen Begleitplänen. Auch die Anlagen zum Plan, die in der Regel zur Planfeststellung vorliegen sollen, haben zu einer Bündelung in der Planungsphase geführt, die den Wege- und Gewässerplan als Gesamtkonzept betonen. Aber auch die Anpassung an veränderte Situationen ist möglich, da der Wege- und Gewässerplan nach § 41 (4) FlurbG in einem vereinfachten Verfahren die rechtlichen Änderungen ermöglicht. Die Flurbereinigungsbehörde ist auf die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege im notwendigen Umfang eingegangen und hat durch die Möglichkeit der nachfolgenden Bodenordnung aktiven Naturschutz betrieben. Eine Vielzahl von neu angelegten Biotopen und landschaftspflegerischen Anlagen in den neueren Verfahren bezeugen dies. Die nach § 29 BNatSchG zugelassenen Verbände haben dies erkannt und

nutzen diese Möglichkeiten zum aktiven, nicht nur bewahrenden, Naturschutz aus. Die Zusammenarbeit mit den Bezirksdirektionen und deren Außenstellen könnte unter diesen Aspekten eigentlich besser sein.

Auch die Vorstände der Teilnehmergeinschaften haben erkannt, daß agrarstrukturelle Verbesserungen und Naturschutz in guter Zusammenarbeit möglich sind. Voraussetzung hierfür ist jedoch auch der rechtzeitige Ankauf von Flächen für diese Zwecke, um den Landwirt von einem zu hohen Flächenbeitrag zu entlasten. Dem örtlich zuständigen Gruppenleiter eröffnet das Flurbereinigungsgesetz viele Möglichkeiten, die Verhältnisse im ländlichen Raum zu verbessern. Durch das Gesetz hat er eine große Handlungsvollmacht, den ländlichen Raum zu gestalten. Er sollte das Gesetz so anwenden, daß auch alle seine Maßnahmen "dem Zwecke der Flurbereinigung" dienen. Dies erfordert immer wieder eine Vertiefung in die Gesetzesmaterie und die dazu ergangenen grundlegenden Urteile der Flurbereinigungsgerichte und der Erlasse des zuständigen Fachministers.

Mit dieser Rückblende habe ich versucht, das weite Aufgabenspektrum, das das Flurbereinigungsgesetz abdeckt, in Erinnerung zu bringen und danach zu handeln.

Quellen:

- a) Deutscher Bundestag, 270. Sitzung, Bonn, den 11.06.1953
- b) Sammelband der Änderung des Flurbereinigungsgesetzes vom 15.03.1976
Deutscher Bundestag 1974 - 1976 - Parlamentsarchiv

Stand der Arbeiten der Landeskulturverwaltung vor 40 Jahren

- Originalabdruck eines Vortrages bei der Arbeitstagung der Kulturstamtsvorsteher
am 17.03.1949 in Koblenz -

von Oberregierungsrat Theodor Hahn †

Die Landeskulturverwaltung stand nach dem Zusammenbruch 1945, wie fast alle übrigen Verwaltungen, vor der Notwendigkeit eines neuen Beginns. Nach nunmehr fast vierjähriger Arbeit, die in erster Linie Aufräumen und Aufbauen bedeutete, hat Sie der Herr Minister zu einer ersten Arbeitstagung zusammenberufen. Es ist daher notwendig, aus diesem Anlaß in kurzen Abrissen eine Standortorientierung zu geben, um für die vor uns liegenden Ziele und Aufgaben die nötige Blickrichtung zu gewinnen und die grundsätzlichen Leitgedanken unserer Arbeit festzulegen.

Nachdem sich seit Mitte des 18. Jahrhunderts die einbrechende kapitalistisch-merkantilistische Wirtschaftsordnung auch auf die Verhältnisse im agraren Sektor auswirkte, ist nicht nur bei uns, sondern wohl in ganz Europa das Bodenrecht als Objekt volkswirtschaftlicher oder staatspolitischer Erwägungen nicht zur Ruhe ge-

kommen. Mögen diese nun agrarsoziologischer Art, wie die Bauernbefreiung nach 1800 oder besitzrechtlicher Art sein, wie die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse oder die Gemeinheitsteilung, oder mag es sich um die neuzeitliche Bodenreform handeln, oder seien sie volkspolitischer Art, angefangen von der Siedlung im Osten bis zum Experiment des Erbhofrechts im Dritten Reich, oder seien sie auch produktionstechnischer Natur wie die Grundstücksumlegung mit allen ihren Folgemaßnahmen. Tragisch ist dabei nur, daß die Völker sich der im Boden und im Bauerntum schlummernden Grundkräfte des nationalen Bestandes erst dann zu besinnen scheinen, wenn eine besondere Not des Volksganzen dazu zwingt.

Die Männer, die im September 1811, also auch mitten in einer Besatzungszeit, dem König von Preussen die beiden Edikte vorlegten, die zugleich die Geburtsstunde unserer Verwaltung waren, das Regulierungsedikt und das Landeskulturedikt, wollten damit einen Strich unter eine nicht mehr zeitgemäße Agrarvergangenheit ziehen und für die zukünftige Entwicklung freie Bahn schaffen.

Die Männer um Stein mögen ähnliche Gedanken gehabt haben, wie sie uns heute bewegen und es liegt nahe, eine Parallele zu ziehen.

Während in den Rheinbundstaaten unter französischem Einfluß die letzten Reste eines gebundenen Grundeigentums schon früher abgeschafft waren, der Eigentumsbegriff durch die Einführung der grundsätzlichen agraren Realteilung sogar noch übertrieben wurde, kam es in Preussen damals darauf an, den bäuerlichen Bewirtschafter des Bodens zum vollen Eigentümer zu machen und ihn durch die Freistellung von Dienstleistungen beim Grundherren in die Lage zu versetzen, aus dem Boden höhere Erträge und damit einen besseren Lebensstandart zu erarbeiten. In den meisten Fällen bedeutete dies auch die Gewinnung der persönlichen Freiheit. Heute haben wir wohl gleiche Ziele, aber aus anderen Gründen.

Der Volleigentümer von heute hat nicht mehr die Belastung, daß er seinen Acker nicht rechtzeitig bestellen kann, weil er zunächst beim Grundherrn Fronarbeit zu leisten hat, die vielfach bis zur Grenze des Unerträglichen getriebene Besitzzersplitterung behindert ihn, von den Errungenschaften einer neuzeitlichen Landbautechnik Gebrauch zu machen. Dadurch gerät er denen gegenüber, die das können, ins Hintertreffen und das ist heute nicht mehr der Großbetrieb im eigenen Land, das ist im Zeitalter der freien Wirtschaft das weite importfreudige Ausland mit seinem riesigen Vorsprung auf dem Gebiet der Agrartechnik, vor allem auf dem der Mechanisierung des Ackerbaues.

Die Ziele unserer Arbeit sind zwar die gleichen geblieben. Doch dürfen wir nicht übersehen, daß die Motive für den Einsatz unserer Verwaltung sich verschoben haben und das muß sich zwangsläufig auf unsere Stellung im Exekutivapparat des Landes auswirken. Als man mit der Vereinheitlichung des Umlegungsrechts 1936/37 die beschleunigte Durchführung der Flurbereinigung anstrebte, war das volkswirtschaftliche Ziel: Aus Autarkiegründen den Landbau zur höchsten Leistungsfähigkeit zu zwingen, also ein reines Problem der Aktivierung. Wenn aber heute der britische Premierminister im Unterhaus erklärt, daß für Deutschland die Flurbereinigung das vordringlichste Problem auf dem Agrarsektor sei, dann mag dabei wohl auch daran gedacht sein, eine Verminderung der Lebensmitteleinfuhren zu erreichen. Der Grundgedanke für diese Erkenntnis ist jedoch, dem deutschen Landbau in seiner Defensivstellung, in die er infolge der weit niedrigeren Pro-

duktionskosten des überseeischen Landbaues geraten ist, bzw. noch weiter gerät, eine Entlastung zu geben. Bei der kürzlichen Tagung des "Kuratoriums für Technik in der Landwirtschaft" brachte der Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in der Zweizonenverwaltung diesen Gedanken auf die Formel:

"Das Wort Bodenreform müsse, meinte Schlange-Schöningen, für die westdeutsche Landwirtschaft in erster Linie Flurbereinigung bedeuten. Ohne eine vernünftige Grundstückszusammenlegung können keine erzeugungsverbessernden Maschinen auf wirtschaftlich gesunder Basis zur Verwendung kommen. Er kündigte in diesem Zusammenhang an, sich demnächst an die Öffentlichkeit zu wenden, wenn das schon längst fertiggestellte neue Flurbereinigungsgesetz immer noch nicht verabschiedet würde."

Sehr deutlich hat das auch der Landwirtschaftsminister Belgiens bei der Begründung des im vorigen Jahre dort eingeführten Flurbereinigungsgesetzes ausgesprochen.

So sind die im Dritten Reich aufgetretenen Motive für eine beschleunigte Flurbereinigung heute auf die Ebene einer mehr oder minder agrarsoziologischen Maßnahme gerückt. Und wenn heute in der deutschen Landwirtschaft und deren Presse die Alternative erörtert wird:

Entweder kollektive Wirtschaft zum Zwecke der Verbilligung der Erzeugung oder großzügige Flurbereinigung, so ist diese Fragestellung aus einer arbeitstechnischen und reinen produktionsverbilligenden Zielsetzung entstanden.

Nur noch ein kurzer Rückblick und dann möchte ich einen Ausblick geben, wie ich für unser Land die technischen Möglichkeiten für die Arbeit in der nächsten Zukunft sehe.

Bis 1850 war die Tätigkeit unserer Behörden im Osten aus der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, in der Mitte und im Westen aus der Gemeinheitsteilung im wesentlichen beendet. Dann brachte die Gesetzgebung über die Ablösung der Grundlasten aus dem Bayerischen Gesetz von 1880 und dem Preussischen von 1850 vorübergehend neue Aufgaben. Es sind jetzt also fast 100 Jahre her, daß man zunächst im Zusammenhang mit der Gemeinheitsteilung auch an die Zusammenlegung des Splitterbesitzes heranging, nachdem 1857 in Hessen, 1861 in Bayern, 1867 für Nassau und 1869 für das Rheinland rechtsrheinisch und 1872 für die Rheinprovinz linksrheinisch die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen worden waren. Von diesem Zeitpunkt an konnte dann in selbständigem Zusammenlegungsverfahren der Arbeit ein neuer Auftrieb gegeben werden. Heute wissen wir, daß der Weg, die Zulässigkeit der Verfahren von der Zustimmung eines bestimmten Teiles der Beteiligten abhängig zu machen, falsch war. Das hat gerade im Westen dazu geführt, daß wir bis zum Jahre 1920 von einigen Ausnahmen, wie dem Kreise Altenkirchen, abgesehen nur einen ganz bescheidenen Teil der Gesamtfläche erst bereinigt hatten. Bei der Beratung der Neufassung des Umlegungsrechts waren sich daher auch alle Beteiligten darüber einig, daß ein großzügiges Arbeiten nur dadurch gewährleistet ist, wenn die Einleitung der Verfahren von Amtswegen erfolgt. Dieser Auffassung sind auch die Bauernverbände geschlossen beigetreten. Im übrigen müssen wir heute mehr Vorwürfe darüber einstecken, daß wir die Verfahren nicht einleiten bzw. die eingeleiteten Verfahren nicht schneller abwickeln können als darüber, daß wir eine Umlegung überhaupt einleiten wollen. In der Praxis wird unsere Arbeit wohl verstanden.

Einen bedeutenden Aufschwung konnte die Tätigkeit der Umlegungsbehörden erst nach dem ersten Weltkrieg nehmen, nachdem durch Ländergesetze uns weitgehende Befugnisse zugestanden und die Verfahren vereinfacht und vereinheitlicht wurden. Erst die Reichsumlegungsordnung von 1937 vereinheitlichte das Umlegungsrecht fürs ganze Reichsgebiet. Obwohl sie erst 1937 erschien, ist sie keine Erfindung des Dritten Reiches, wie gelegentlich noch gewisse Außenseiter behaupten, sondern faßte die in vielen Ländergesetzen und -verordnungen niedergelegten Einzelbestimmungen zusammen. Sie ist das Ergebnis längerer, schon vor 1933 liegender Anträge und Beratungen. Was vereinzelt an NS-Gedankengut darin verstreut ist, hat mit dem Grundcharakter des Gesetzes nichts zu tun.

Aus Gründen, die ich vorhin festgehalten habe, wurden unsere Behörden vor dem Kriege personell und materiell stark ausgebaut. Auf geodätischem Gebiet hatten wir dank unserer optischen Industrie die beste Ausrüstung in der Welt! In dem Augenblick, als sie gut ausgerüstet dastanden, um nun großzügig an die Arbeit zu gehen, brach der Krieg aus. Wir haben allein bei den Behörden, die jetzt im Lande Rheinland Pfalz zusammengefaßt sind, etwa 200 junge technisch bestens vorgebildete Kräfte durch Kriegsverluste und dazu auch noch einige durch die politische Säuberung verloren. Von den jetzigen 12 Ämtern sind nur noch 2 in ihren bisherigen Diensträumen und auch diese waren schwer beschädigt. Fast alle Ämter sind vorerst nur notdürftig untergebracht. Das Arbeitsmaterial und die wertvollen geodätischen Geräte, soweit sie nicht von der Wehrmacht beschlagnahmt oder durch die Besatzung entnommen wurden, mußten wieder herbeigeschafft und instandgesetzt werden. Unter welchen Umständen, brauche ich hier nicht zu schildern. Es ist aber meine Pflicht, hier ein Wort des Dankes an die alten und meist ganz jungen Dienstkräfte, die 1945 noch da waren, zu sagen, die uneigennützig zugriffen und den Wiederaufbau ermöglichten. Aus dem Corpsgeist, der in unserer traditionsreichen Verwaltung steckt, und der auch trotz aller politischen Zeitumstände geblieben war, konnte nichts anderes erwartet werden. Ich wünsche nur, daß dieser unserer Verwaltung erhalten bleiben möge. Bei der Schwierigkeit unserer Arbeit können wir ihn nicht entbehren.

Was ist nun in den abgelaufenen drei Jahren nach dem ersten Aufräumen geschafft worden?

Es kam zunächst darauf an, die alten Sachen, in denen der Besitzübergang oft schon Jahre zurücklag, abzuwickeln. Wir haben ca. 23.000 ha ins Kataster und 38.000 ha ins Grundbuch gebracht, eine Leistung, die sich in stiller Kleinarbeit, und nicht wie der Planübergang, vor der großen Öffentlichkeit vollzog. Aber diese Arbeit war nötig. Wir mußten nach Fortfall des 2. Vermessungsbüros in Koblenz, welches früher etwa 70 Dienstkräfte beschäftigte, die Katasterabwicklungsstellen bei den Ämtern selbst einrichten und hoffen, daß wir im Laufe dieses Jahres überall soweit aufgearbeitet sind, daß die normale Arbeitsdynamik hergestellt bzw. wieder gewonnen ist. Daß wir neben diesen Aufräumarbeiten in den Jahren 46/48 insgesamt 7.800 ha zum Planübergang bringen konnten, ist eine Leistung, mit der wir an der Spitze aller Länder stehen.

Wie der Stand der Arbeiten bei den einzelnen Dienststellen zur Zeit liegt, ergibt sich aus der Übersicht, die ich habe verteilen lassen.

Nun noch ein Blick in die Zukunft. Und hier zunächst 2 Tatbestände:

Einmal die **Personalfrage**, die uns im Laufe dieses Haushaltsjahres große Schwierigkeiten bereiten wird.

rigkeiten machte. Der Haushalt von 1947 wurde auf 1948 übertragen, wir durften nur die Stellen einsetzen, die 1947 besetzt waren. Bei den Nachforderungen fanden wir beim Finanzministerium kein Verständnis und waren glücklich, als die Angelegenheit endlich dem Finanzausschuß des Landtages vorgelegt wurde, wo dann auch mehr Verständnis dafür herrschte, daß die vorhandenen technischen Kräfte, wenn auch zunächst nur im Angestelltenverhältnis, hereingeholt werden konnten.

Der zweite Tatbestand, mit dem wir rechnen müssen, ist die Finanzierungsfrage der Verfahren. Die Umlegungstätigkeit ist nun einmal weitgehend von der Bewilligung staatlicher Beihilfen abhängig. Während Nordrhein-Westfalen Beihilfen wie vor dem Kriege auswirft und Hessen beim gleichen Arbeitsvorrat im laufenden Haushaltsjahr etwa 3 x soviel ausgeben konnte als wir, sind unsere Anforderungen bei den Vorberatungen des Haushalts für 1949 seitens des Finanzministers ganz erheblich gekürzt worden. Es muß nun abgewartet werden, welche Stellung der Landtag bzw. sein Ausschuss einnimmt.

Das gleiche gilt für die Mittel für Siedlungszwecke. Das Schwergewicht der Ämter in der Grenze muß sich auf die zerstörten Gemeinden legen. Vor allem ist die Regulierung der Dorflage wegen des Wiederaufbaues notwendig. Hier aber können wir den Beteiligten nur selten größere Geldleistungen oder Arbeitsdienste abfordern. Die Landwirte sind durch den Wiederaufbau der Gehöfte und die Schäden in den Gemarkungen ohnehin schon überlastet. Es kommt hinzu, daß wir z.B. im Kreise Prüm mit der Umlegung immer größere Meliorationen, vor allem Entwässerungen und Rodungen, durchführen müssen. Ohne Staatsbeihilfen, wie sie auch früher schon selbstverständlich waren, kommen wir hier nicht weiter.

Andererseits erwarte ich von Ihnen, daß in den Gemeinden mit guten Bodenverhältnissen wegen der bekannten Lage der Staatsfinanzen die Anforderung von Beihilfen auf das Maß beschränkt wird, das man den Teilnehmern selbst nicht zumuten kann. Ich weiß, daß in diesen Gebieten Schwierigkeiten dadurch entstehen, daß z.Zt. noch keine langfristigen Kredite zu erhalten sind.

Ich erwähne diese Dinge, damit Sie daraus ersehen, mit welchen Schwierigkeiten wir oft hier zu kämpfen haben und warum es nicht immer möglich ist, die vorgelegten Anträge zu berücksichtigen.

Zunächst müssen durch die eingerichteten zweiten Vermessungsbüros die alten Sachen abgewickelt und ins Grundbuch und Kataster gebracht werden, damit die technischen Kräfte bald für neue Arbeiten frei werden.

Für die nächsten Jahre haben wir neben den bei einzelnen Ämtern recht umfangreichen Arbeiten aus der Bodenreform das Ziel, daß je Sachbearbeiter, vom Jahre 1951 an, eine Mindestfläche von 200 ha und je Referenten eine solche von mindestens 600 ha zum Besitzübergang gebracht werden. Dieses Ziel muß trotz aller Erschwernisse erreicht werden. Über die organisatorischen Voraussetzungen hierfür wird Herr Kollege Koch Ihnen heute nachmittag noch nähere Ausführungen machen. Ich will hierzu und in diesem Zusammenhang nur sagen, daß wir dieses Ziel nur dann erreichen können, wenn - neben der ökonomischen Durchorganisation der Einzelbehörde - wir uns von allen Arbeiten frei machen, die auch von anderen Stellen abgewickelt werden können, wie der Ausbau und die Katasterarbeiten. Der Grundcharakter unserer Behörde ist ein landwirtschaftlicher, das darf nicht vergessen werden, deshalb wehren wir uns auch gegen die Übernahme an-

derer Aufgaben, die diesem, unserem Aufgabenbereich nicht entsprechen, z.B. die städt. Baulandumlegung.

Die heutige erste Arbeitstagung nach dem Zusammenbruch soll auch den Zweck verfolgen, daß Sie miteinander Fühlung nehmen. Die Dienststellen waren ja früher vier verschiedenen Zentralbehörden unterstellt. Es ist unser Wunsch, daß vor allem die verschiedenen Arbeitsmethoden, die von einander abweichen, sich einander angleichen. Auch hier ist es unser Ziel, aus der in Preußen bewährten Methode, das Beste beizubehalten, die etwas stürmische und viele Schwierigkeiten verursachende Arbeitsweise in Hessen anzugleichen und auch die durch die alten Flurbereinigungsverfahren belastende Arbeit in der Pfalz zu reorganisieren. Wir haben, weil Neustadt mit viel zu vielen Verfahren belastet war, versucht, zu einem besseren Arbeitsrhythmus zu kommen und eine große Anzahl von Verfahren zunächst eingestellt.

Zu einer Frage, die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit behandelt worden ist, will ich hier kurz Stellung nehmen: Der sog. **Verwaltungsreform**. Unsere Verwaltung, für einen Spezialzweck begründet und in ihrem Aufbau darauf zugeschnitten, ist an sich verwaltungsmäßig von jeher so einfach wie möglich gegliedert gewesen. Wir hatten in jeder Provinz bzw. jedem Land eine Obere Umlegungs- und Siedlungsbehörde und Unterbehörden nach dem örtlichen Bedarf. Diese Unterbehörden mußten, um einen möglichst günstigen Leistungseffekt zu haben, eine bestimmte Mindestzahl von Fachdienstkräften aufweisen. Man kam aus reinen Leistungsgründen zu dem größeren Amt mit mindestens 60 Angehörigen. Warum das technisch notwendig ist, brauche ich in diesem Kreise nicht zu erörtern.

Würde man jetzt dazu übergehen, bei den Mittelbehörden besondere Abteilungen einzurichten, so bedeutete das, daß bei jedem Regierungspräsidium mindestens die 3 Fachkategorien (Jurist, Landwirt und Geodät) mit Referenten vertreten sein müßten. Dazu käme noch die Obere Spruchstelle und das Büro. Ich wüßte aber nicht, was diese Stellen zu bearbeiten hätten, nachdem schon seit 1920 die Kulturamtsvorsteher weitgehend die Befugnisse der Mittelinstanzen erhalten haben, und in der Spitze - beim Ministerium - wurde auch nichts gespart. Dabei sind wir hier noch einfacher gegliedert als z.B. in Nordrhein-Westfalen. Dort hat man im Ministerium bei 18 Ämtern und 1.200 Dienstkräften die Landeskulturabteilung mit einem Ministerialdirigenten, 2 Min. Räten besetzt und daneben als Zwischenbehörde je ein Landeskulturamt in Münster und Bonn geschaffen, die von Regierungsdirektoren geleitet werden. Die Wasserwirtschaft, die wir hier ebenfalls in der Landeskulturabteilung zusammenfassen und die aus rechtlichen Gründen in der Mittel- und Ortsinstanz beim Regierungspräsidenten liegt, ist zudem in unserem Nachbarland beim Wirtschaftsministerium eingegliedert. (Zum Vergleich 12 Kulturämter mit ca. 800 Kräften und 150 in Wasserwirtschaft in Rheinland-Pfalz).

Und nun zur Lokalinstanz:

Unsere Ämter haben in 2 Fällen ganze Regierungsbezirke zu betreuen, sonst wechselt der Dienstbezirk von 1 bis 5 Kreisen, je nach dem Arbeitsvorrat. Würde man bei jedem Landrat ein Referat für Flurbereinigung einrichten, so würde das eine völlige Zerschlagung unserer Verwaltung bedeuten. Eine solche mit wenigen Kräften ausgestattete Stelle hätte keine Spezialisten mehr, sie hat nicht die Möglichkeit des massierten Einsatzes und man kann sich ausmalen, wie lange ein Verfahren laufen soll, bis es fertig ist. Praktisch würde diese Zersplitterung die Stilllegung unserer gesamten Arbeit bedeuten.

Ich bitte, wo diese Frage an Sie herantritt, die nötigen technischen Erläuterungen den maßgebenden Stellen zu geben. Ich betone, daß uns keine Kompetenz-Gesichtspunkte leiten, für diese äußere Einstellung sind rein technische Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit und der Sicherung unseres Arbeitserfolges maßgebend.

Ich weiß, daß vor allem unsere jüngeren technischen Beamten über ihre Behandlung wegen der Wiedereinstellung ungehalten waren und daß sie glaubten, bei einer Verankerung in einem technischen Ministerium - Wiederaufbau - mehr Rückhalt zu haben. Diese Tendenz ist auch von einigen Stellen in der Mittelinstanz gefördert worden, die glaubten, unsere Behörden in die Baulandumlegung einspannen zu können. Hierzu ist zweierlei zu sagen:

1. Wir hoffen, daß die bisherige haushaltsmäßige Zurücksetzung unserer Abteilung nur vorübergehend ist, weil erst vordringlichere Aufgaben zu bewältigen waren und daß auch die finanziellen Verhältnisse eine Besserung erfahren. Andererseits wird die Zeit nicht fern sein, wo man uns wieder als Arbeitgeber sucht und braucht. Die Landeskulturverwaltung ist schon einmal die größte Auffangstelle für Arbeitslose geworden. Die ersten Anzeichen sind schon da.
2. Wir wollen den Grundcharakter als landw. Behörde gewahrt wissen. Unsere Arbeit ist eine landwirtschaftliche und agrarrechtliche und die Technik ist ein Mittel zum Zweck. Das wird auch allseits anerkannt und wenn einige Stellen wie in Hessen und Pfalz dies nicht begreifen, dann müssen wir sie eben überzeugen.

Erwerb von Grundstücken für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege in Bodenordnungsverfahren

**- am Beispiel des Flurbereinigungsverfahrens Herschbach
bei Selters/Westerwaldkreis -**

von Obervermessungsrat Dieter Dörr, Kulturamt Westerbürg

Herschbach ist eine zweieinhalbtausend Einwohner zählende Gemeinde der Verbandsgemeinde Selters im Westerwald. Hier ist 1982 ein klassisches Flurbereinigungsverfahren über rd. 1300 ha eingeleitet worden, um die vielfältigsten strukturellen Probleme durch Planung und Bodenordnung lösen zu helfen.

Gemeindliche Ansprüche und Entwicklungsziele, dringend erforderliche Umgehungsstraßen, Rohstoffsicherung für Quarzitbetriebe, landwirtschaftliche Interessen sowie Naturschutz und Landschaftspflege galt es zu berücksichtigen. Die Ergebnisse des Flurbereinigungsplanes sind 1987 bekanntgegeben worden.

Im folgenden soll, gemäß der Themenstellung, über den im öffentlichen Interesse hier durchgeführten Grunderwerb für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege berichtet werden.

Das Flurbereinigungsverfahren Herschbach war das erste Verfahren im Kulturamtsbezirk Westerburg, in dem der Plan nach § 41 FlurbG auf der Grundlage einer vorher durchgeführten Landschaftsbewertung aufgestellt wurde. Nicht zuletzt dieser Tatsache ist es zu verdanken, daß bezüglich der späteren Nutzung auch in landespflegerischer Hinsicht flächendeckend frühzeitig klare Vorstellungen entwickelt worden sind.

So wurden in Abstimmung mit der unteren und oberen Landespflegebehörde die für Naturschutz und Landschaftspflege als wertvoll einzustufenden Flächen in drei großen zusammenhängenden Gebieten abgegrenzt, so daß der nach Nr. 3.1.9.2.2 der "VV-Förd Flurb" mögliche Ersatzlandankauf rechtzeitig und zielbewußt in der angestrebten Größenordnung in Angriff genommen werden konnte.

Bereits mit Übersendung der Forderungszettel für die ersten Hebungen der Flurbereinigungsbeiträge wurden alle Beteiligten über die Möglichkeit der Geldabfindung an Stelle von Landabfindung informiert. In diesem Info-Blatt wurde jeder aufgefordert, sich die Höhe einer eventuellen Geldabfindung vom Kulturamt errechnen zu lassen. So konnten bereits vor den Planwunschverhandlungen viele entsprechende Erklärungen eingeholt werden. Weitere Vereinbarungen über Geldabfindung wurden im Zuge der Planwunschverhandlungen abgeschlossen.

Über die Finanzverwaltung ist mit dem Finanzministerium grundsätzlich geklärt worden, daß domänenfiskalischer Grundbesitz im Zuge von Bodenordnungsverfahren für derartige Zwecke unentgeltlich bereitgestellt werden kann. Hier hat sich das Finanzministerium lediglich im Einzelfall die Zustimmung vorbehalten.

Mit der Straßenverwaltung ist im vorliegenden Fall vereinbart worden, daß als Ersatz und Ausgleich für die Straßenbaumaßnahme "B 413", über die im Trassenbereich geplanten Maßnahmen hinaus, im Zuge der Bodenordnung an geeigneter Stelle Landespflegeflächen für 60.000,-- DM ausgewiesen werden sollen, so daß vom Straßenbaulastträger dieser Betrag in das Ankaufsprogramm mit eingeflossen ist.

Auf diese Weise konnten sämtliche landespflegerisch wertvollen Flächen im Verfahrensgebiet, soweit sie nicht aus abfindungsrechtlichen Gründen wieder privat zugeteilt werden mußten, für das Land Rheinland-Pfalz erworben werden.

Insgesamt kann folgende Ankaufsbilanz gezogen werden:

Für das Land Rheinland-Pfalz (Landesforstverwaltung - Landespflege) wurden **71,49 ha** mit einem Gegenwert von ca. **1/2 Mio. DM** ausgewiesen.

Dies entspricht insgesamt einem Preis für Boden- und Bestandswerte von 0,70 DM pro Quadratmeter bezogen auf die zugeteilte Fläche. Die entsprechenden Altflurstücke wurden zu einem Durchschnittspreis von 0,95 DM pro Quadratmeter erworben.

Die Tatsache, daß der Erwerb sich auf viele Alteigentümer und Einzelparzellen mit 53 ha Nutzfläche bezieht und nur indirekt auf ca. 72 ha ausgewiesene Schutzfläche, macht deutlich, daß eine solche Eigentumssicherung nur durch Bodenordnung mit flächendeckender Bodenbewertung entsprechend effizient erreicht werden kann, zumal dabei vermieden wird, durch ausschließlich gezielten Ankauf überhöhte Preise zahlen zu müssen.

Die im Verfahren Herschbach erzielte hohe Bodenmobilität spiegelt sich nicht nur in dem Landerwerb für Naturschutz und Landschaftspflege wieder, sondern auch darin, daß für neue Umgehungsstraßen zusätzlich 21 ha erworben und Aufstokungen in der Größenordnung von 47 ha vorgenommen wurden. Dabei konnte die Anzahl der Ord.Nrn. von 1350 auf 980 reduziert werden.

Sämtliche Flächenangaben bezüglich des Landerwerbs müssen insgesamt in Relation zu der im Verfahrensgebiet verbliebenen reinen landwirtschaftlichen Nutzflächen von nur 374 ha (ohne schutzwürdige Flächen und Abbaugelände) gesehen werden.

Dies zeigt, daß bei frühzeitiger Information und angemessenen Bodenpreisen auch heute noch die Beteiligten zu einer relativ großen Landabgabebereitschaft ermuntert werden können, ohne die vielen in Flurbereinigungsverfahren zu verfolgenden Planungen und Ziele kaum befriedigend gelöst werden können.

Die Erläuterung der neuen Feldeinteilung nach § 59 Abs. 1 Satz 2 FlurbG im beschleunigten Zusammenlegungsverfahren

von Vermessungsdirektor Rolf Greib, Prüm

1. In den einschlägigen Kommentaren zum Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) sowie in den Entscheidungen der Flurbereinigungsgerichte sind zu der Frage, auf welche Weise die neue Feldeinteilung den Beteiligten - auf Wunsch - an Ort und Stelle zu erläutern und welche Genauigkeit bei der in diesem Zusammenhang ggf. notwendigen Anzeige der neuen Grenzen erforderlich ist, keine oder nur geringfügige Hinweise enthalten.

In Flurbereinigungsverfahren werden üblicherweise die neu gesetzten Grenzsteine mit einem entsprechend beschrifteten Holzpflöckchen gekennzeichnet, so daß entweder eine weitere Erläuterung im Sinne von § 59 Abs. 1 Satz 2 FlurbG nicht erforderlich wird oder diese sehr einfach mit Hilfe der zuvor allgemein gesetzten Holzpflöckchen erfolgen kann. In beschleunigten Zusammenlegungsverfahren (bZV) muß eine andere Methode angewendet werden. Denn in bZV werden nach Möglichkeit ganze Flurstücke ausgetauscht, ohne daß eine Nachmessung in der Örtlichkeit erfolgt. Jedem Teilnehmer wird nun in einer listenmäßigen Gegenüberstellung bekanntgegeben, aus welchen alten Flurstücken die ihm ausgewiesenen neuen Flurstücke bestehen und wer die bisherigen Eigentümer sind. Wenn diese Information dem Empfänger der neuen Flurstücke noch nicht genügt, wird auf Wunsch die neue Feldeinteilung an Ort und Stelle erläutert, und zwar üblicherweise anhand der örtlich erkennbaren Besitzstände und Nutzungsartengrenzen. Ggf. wird auch von evtl. vorgefundenen Grenzsteinen aus mit graphisch ermittelten Entfernungsmaßen die betreffende Grenze "eingeschritten" oder auch - grob - angemessen; es wird jedoch keine Grenzfeststellung im katastertechnischen Sinne durchgeführt.

Diese Art der Erläuterung der neuen Feldeinteilung in bZV stößt auf große Schwierigkeiten, wenn durch private, nicht grundbuchlich und katastermäßig vollzogene Tauschvereinbarungen oder durch Pacht u.ä. die Flurstücksgrenzen in der Örtlichkeit nicht - mehr - erkennbar sind. Werden in bZV Sonderungen nach dem Katasternachweis (ohne örtliche Vermessung!) durchgeführt, so sind die auf diese Weise entstandenen Flurstücksgrenzen oft ebenfalls in der Örtlichkeit nicht anhand von Nutzungsartengrenzen bzw. Besitzstandsgrenzen erkennbar.

Spätestens hier stellt sich die Frage, ob die oben beschriebene übliche Praxis der Erläuterung der neuen Feldeinteilung in bZV ausreichend bzw. überhaupt zulässig ist. Auf die Schwierigkeiten, die sich aus manchmal um mehrere Meter falschen örtlichen Besitzstand- und Nutzungsartengrenzen ergeben, soll dabei nur am Rande eingegangen werden.

2. In einem bZV hat sich die aufgezeigte Problematik zugespitzt:

Zwei Teilnehmer erhielten in einer ca. 400 m vom Ort entfernten Feldlage zwei nebeneinanderliegende Abfindungsgrundstücke, deren gemeinsame Grenze durch eine Sonderung im bZV entstanden war. Die beiden Abfindungsempfänger hatten bei der Vorlage des Zusammenlegungsplanes keine über die oben beschriebene übliche Praxis hinausgehende Erläuterung dieser betreffenden Grenze gewünscht und auch keinen Widerspruch gegen die betreffende Grenzziehung eingelegt. Anlässlich in der Nähe dieser beiden Abfindungsgrundstücke auszuführender örtlicher Vermessungsarbeiten zur Aufstellung eines späteren Nachtrages zum Zusammenlegungsplan erschien einer der Grenznachbarn und erklärte, er wolle einen Zaun an der betreffenden Grenze errichten, und er wolle sich vom Kulturamt die Grenze zeigen lassen. Der Bedienstete des Kulturamtes wies darauf hin, daß er eine genaue Grenzfeststellung im katastertechnischen Sinne nicht durchführen könne, weil das über den Rahmen des bZV hinausgehe und dafür das Katasteramt zuständig sei; er könne nur die ungefähre Lage des Grundstückes und insofern auch der Grenze etwa zum Zwecke der Bewirtschaftung anzeigen. Damit war der Beteiligte einverstanden, und so wurde die betreffende Grenze "eingeschritten" in der oben beschriebenen Art und Weise; im Bereich der so gefundenen ungefähren Grenze wurden Holzpfähnchen (keine Abmarkungen) in die Erde gesteckt. Nach der Errichtung des Zaunes behauptete der Nachbar, der Zaun stünde auf seinem Eigentum und müsse beseitigt bzw. zurückversetzt werden. Da sich die Nachbarn nicht einigten, kam es zu einem Zivilprozeß, in dessen Verlauf ein vom Gericht mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragter Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur an drei Tagen örtliche Vermessungsarbeiten ausführte und feststellte, daß der Zaun überwiegend nicht auf dem Eigentum des Zaunerbauers, sondern auf dem des Nachbarn steht.

Der Zaunerbauer sieht die Ursache des Schadens, der ihm im Zusammenhang mit dem Zaunbau und dem Gerichtsverfahren entstanden ist, in der vom Kulturamt nach seiner Meinung falsch angezeigten Grenze. Es stellt sich die Frage, ob einer entsprechenden Schadensersatzforderung des Beteiligten stattzugeben ist.

3. Die Tätigkeit der Flurbereinigungsbehörde bzw. des betreffenden Bediensteten in dem beschriebenen Fall kann nicht als fehlerhaft angesehen werden, so daß eine Schadenersatzforderung des Beteiligten, die auf Amtspflichtverletzung wegen falschen Anzeigens der Grenze beruht, erfolglos bleiben muß. Der Gesetz-

geber hat nämlich in § 59 Abs. 1 Satz 2 FlurbG lediglich die "Erläuterung" der neuen Feld- "Einteilung" vorgeschrieben (wenn die Beteiligten dies wünschen). Daß diese Erläuterung an Ort und Stelle zu erfolgen hat, weist darauf hin, daß es sich dabei nicht nur um eine allgemeine Erläuterung der neuen Feldeinteilung handelt, etwa in bezug auf die Frage, wieso nicht eine andere Feldeinteilung vorgenommen wurde, wer die bisherigen Eigentümer sind oder die bisherigen Besitzer waren usw.; vielmehr sollen die Beteiligten in die Örtlichkeit eingewiesen werden. Die Genauigkeit der mit dieser örtlichen Einweisung (meist auch Planeinweisung genannt) verbundenen Ermittlung und Anzeige der Grenze ist der Kernpunkt der Frage, um die es hier geht.

Eine Grenzfeststellung/Grenzherstellung im katastertechnischen Sinne nach Abschnitt IV der Fortführungsanweisung II (Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern und für Sport vom 20.10.1980 über die Anweisung für das Verfahren bei den Fortführungsvermessungen - Min.Bl. S. 729 -) kann keineswegs in Frage kommen. Der hierfür zu treibende Aufwand mit den dabei entstehenden Verfahrens- und Ausführungskosten wäre nämlich nicht mehr aus dem Sinn und Zweck des beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens (bZV) ableitbar. Denn in bZV soll die angestrebte Verbesserung möglichst rasch herbeigeführt werden, und es sollen nach Möglichkeit ganze Flurstücke ausgetauscht werden. Daraus ergibt sich, daß in bZV vermessungsmäßig wirksam werdende Maßnahmen ähnlich den in § 97 FlurbG genannten Veränderungen und Neuanlagen von Wegen und Gewässern sowie den Bodenverbesserungen nur auf die nötigsten Maßnahmen zu beschränken sind. Insofern darf nicht - sozusagen durch die Hintertür des § 59 Abs. 1 Satz 2 FlurbG - eine (Grenzfeststellungs-) Vermessungstätigkeit stattfinden, die sehr schnell zu einer umfangreichen Vermessungstätigkeit wird, wenn die Beteiligten nämlich alle den Wunsch auf Grenzfeststellung äußern.

In diesem Sinne ist auch die Bestimmung in § 99 Abs. 3 Satz 2 2. Halbsatz FlurbG zu verstehen, wonach die Vorschriften des § 56 FlurbG in bZV nicht anzuwenden sind. Durch diesen Verzicht auf die Sicherstellung der Errichtung fester Grenzzeichen an der Grenze des Zusammenlegungsgebietes, der wichtigsten Grenze in einem Zusammenlegungsverfahren, wird klar, daß eine umfangreiche (etwa durch falsche Auslegung des § 59 Abs. 1 Satz 2 FlurbG erzeugte) Grenzfeststellungs- und Vermessungstätigkeit für Grenzen innerhalb des Zusammenlegungsgebietes schon gar nicht dem Sinn und Zweck des bZV entspricht.

Diesem Grundsatz tragen auch die Grundbuchordnung in § 2 Abs. 3 Buchst. b) und - daraus folgend - das rheinland-pfälzische Landesgesetz über die Abmarkung der Grundstücke vom 7.12.1959 (GVBl. S. 240, BS 219-2) in § 1 Abs. 2 Buchst. f) Satz 2 Rechnung. Die Bestimmungen des Abmarkungsgesetzes (AbmG) können und müssen hier mit in die Überlegungen aufgenommen werden. Denn käme man zu dem Ergebnis, daß in dem oben in Nr. 2. beschriebenen Fall aufgrund des Wunsches des Beteiligten eine Grenzfeststellung durch die Flurbereinigungsbehörde durchzuführen ist, so müßte auch eine Abmarkung der festgestellten Grenze vorgenommen werden. Es wäre unwirtschaftlich, ja geradezu unsinnig, wenn die in bZV meist mit einem großen Aufwand festgestellte Grenze nicht abgemarkt und dadurch das Ergebnis der Grenzfeststellung nicht dauerhaft festgehalten würde. In § 1 Abs. 2 Buchst. f) Satz 2 AbmG ist geregelt, daß der Grundsatz, wonach ein Bedürfnis zur Kenntlichmachung der Grenzen der Grundstücke durch Abmarkung stets anzunehmen ist, wenn einzelne im Grundbuch unter einer Nummer geführte, aneinander angrenzende Flurstücke abgeschrieben werden, in bZV nicht gilt. Diese

(Ausnahme-) Regelung ist nur verständlich, wenn der oben beschriebene aus dem Sinn und Zweck des bZV und aus der Regelung des § 99 Abs. 3 Satz 2 2. Halbsatz FlurbG abgeleitete Grundsatz einer möglichst geringen Vermessungstätigkeit in einem bZV angewendet wird.

4. Aus diesen Überlegungen folgt, daß in bZV keine allgemeine Verpflichtung für die Flurbereinigungsbehörde besteht, eine Grenzfeststellung im katastertechnischen Sinne durchzuführen, wenn ein Beteiligter dies nach § 59 Abs. 1 Satz 2 FlurbG wünscht. Vielmehr müßte ein entsprechendes Begehren eines Beteiligten als Forderung angesehen werden, und die Entscheidung darüber, ob dieser Forderung stattgegeben oder ob die Forderung abgelehnt wird, müßte unter Beachtung der Grundsätze, die sich aus dem Sinn und Zweck des bZV ergeben, und unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles, insbesondere unter Berücksichtigung der Wertgleichheit der Abfindung, nach pflichtgemäßem Ermessen getroffen werden. Eine solche Ermessensentscheidung (nämlich in bezug auf die Frage, ob dem Wunsch des Beteiligten nachgekommen wird oder nicht) läßt aber § 59 Abs. 1 Satz 2 FlurbG nicht zu. Auch sprechen Sinn und Zweck des bZV dagegen, der Forderung stattzugeben.

Die Forderung müßte daher von dem Beteiligten als Widerspruch im Sinne des § 59 Abs. 2 FlurbG gegen den Zusammenlegungsplan eingelegt bzw. von der Flurbereinigungsbehörde als solcher behandelt werden. In besonders gelagerten Fällen ist dann denkbar, daß eine Grenzfeststellung mit Abmarkung von der Flurbereinigungsbehörde vorgenommen wird bzw. der Beteiligte die Kosten hierfür nicht zu tragen hat.

Das entspricht genau der Regelung in § 5 des textlichen Teiles des Zusammenlegungsplanes. Dort heißt es: "Die Landabfindungen werden den Empfängern so überwiesen, wie sie vom Vorbesitzer genutzt wurden. Eine Nachprüfung der Katasterflächen durch örtliche Nachmessung und eine Abmarkung der Grenzen findet nicht statt. Grenzerstellung und Neuvermarkung sind, falls sie von den Beteiligten gewünscht werden, beim zuständigen Katasteramt zu beantragen. Die Kosten tragen, soweit nichts anderweitiges bestimmt ist, die Antragsteller".

Die Wortwahl dieser Regelung in § 5 (4) des in Rheinland-Pfalz gebräuchlichen Zusammenlegungsplantextes ist an die Wortwahl der Regelung in § 59 Abs. 1 Satz 2 FlurbG angelehnt. Diese Bestimmung kann daher nur so verstanden werden, daß sie u.a. regelt, wie die Erläuterung der neuen Feldeinteilung im Sinne von § 59 Abs. 1 Satz 2 FlurbG zu erfolgen bzw. nicht zu erfolgen hat. Weder für die Beteiligten am bZV noch für die Flurbereinigungsbehörde ist danach noch eine andere als die oben in Nr. 3. beschriebene Auslegung möglich. Dem Beteiligten, der in dem unter Nr. 2. beschriebenen Beispiel den Zaun errichtete, muß daher vorgehalten werden, daß er nicht der vom Gesetzgeber vorgegebenen und im Zusammenlegungsplan enthaltenen Regelung erfolgt ist und beim zuständigen Katasteramt (oder bei einem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur) die Feststellung der betreffenden Grenze vor der Errichtung des Zaunes beantragt hat. Oder er hätte dem Zusammenlegungsplan widersprechen und eine Grenzfeststellung und Abmarkung innerhalb des bZV fordern müssen, was dann von der Flurbereinigungsbehörde im Rahmen des § 60 FlurbG zu prüfen und zu entscheiden gewesen wäre.

Eine Schadenersatzforderung wegen Amtspflichtverletzung muß daher insofern erfolglos bleiben.

Sofern jedoch eine Schadenersatzforderung darauf gegründet werden würde, daß der Bedienstete der Flurbereinigungsbehörde dem Beteiligten gegenüber durch - wenn auch grobes - Anmessen der Grenze und Kenntlichmachen dieser ungefähren Grenze durch Holzpfähle den Anschein einer genauen Grenzfeststellung erweckt habe und der Beteiligte dies als amtliche Grenzfeststellung verstanden habe, so müssen dem formelle Argumente und Grundsätze der allgemeinen Lebenserfahrung entgegengehalten werden. Die Teilnehmer bzw. die Beteiligten am bZV werden nämlich bei der Aufklärungsversammlung und bei ähnlichen Terminen darauf hingewiesen, daß Grenzfeststellungen und Abmarkungen im bZV grundsätzlich nicht erfolgen. Im Zusammenlegungsplantext ist dies ebenfalls so festgesetzt; und schließlich wurde der Beteiligte an Ort und Stelle von dem Vermessungsbeamten ausdrücklich nochmals hierauf hingewiesen. Aber auch aus der allgemeinen (Lebens-) Erfahrung heraus muß es einem Grundstückseigentümer bekannt sein, daß eine ordnungsgemäße Grenzherstellung und Grenzabmarkung von der dafür zuständigen Vermessungsstelle auszuführen und mit einem entsprechend hohen Zeit- und Kostenaufwand verbunden ist. (Die Erläuterung der neuen Feldeinteilung durch den Bediensteten der Flurbereinigungsbehörde in dem angegebenen Beispiel dauerte etwa 20 Minuten; der im Rahmen des Zivilprozesses gutachtlich tätig gewordene Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur hat an 3 Tagen örtliche Vermessungsarbeiten ausgeführt). Auch muß ihm bekannt sein, daß eine ordnungsgemäße Grenzabmarkung keineswegs durch ein kleines Holzpfählchen erfolgen kann. Daß ein Grundstückseigentümer dies wissen muß, folgt übrigens auch aus den Bestimmungen des Abmarkungsgesetzes. Denn nach § 3 AbmG hat der Grundeigentümer u.a. die (Grenz-) Marken sorgfältig zu schonen und erkennbar zu halten und aus ihrer Lage gekommene Marken wiederherstellen zu lassen, wobei nach § 18 AbmG u.a. fahrlässiges Zuwiderhandeln als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden kann. Also selbst für den Fall, daß der Beteiligte nicht von dem Vermessungsbeamten darauf hingewiesen worden wäre, daß eine amtliche und genaue Grenzfeststellung nicht erfolgt, hätte er dies selbst erkennen müssen. Unterstellt man dennoch seine Unwissenheit, so hätte spätestens in dem Zeitpunkt, als der Nachbar mit der Position des Zaunes nicht einverstanden war, der Zaunerbauer eine - genaue - katasteramtliche Grenzfeststellung durchführen lassen können (siehe hierzu auch § 919 BGB) und müssen, und er durfte sich spätestens dann nicht länger auf die von ihm angeblich angenommene Richtigkeit und Genauigkeit der Lage der Holzpfähle verlassen. Diese konnten übrigens jederzeit von irgend jemanden in ihrer Position verändert worden sein. Auch unter diesem Gesichtspunkt muß daher eine Schadenersatzforderung erfolglos bleiben.

5. Wenn auch die Gesetzeslage und die entsprechenden Regelungen des Zusammenlegungsplanes eindeutig sind, so bleibt doch ein negativer Beigeschmack. Wie oft kommt es doch vor, daß örtliche Grenzen tlw. um mehrere Meter falsch sind oder Flurstücksgrenzen wegen privatem Tausch, Pacht o.ä. örtlich nicht mehr erkennbar sind; bei weiterem Rückgang der Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe wird dies noch zunehmen. Auch die Zahl der örtlich vorgefundenen Grenzsteine ist wegen entsprechendem Maschineneinsatz auf zusammengetauschten/zusammengepachteten Flächen gering. Wie soll unter diesen Voraussetzungen in einem bZV eine "Planeinweisung" im Sinne des § 59 Abs. 1 Satz 2 FlurbG erfolgen? Und wie soll man den Beteiligten klarmachen, daß die evtl. von einem Vermes-

sungsfachmann ohne katastertechnische Grenzfeststellung vorgenommene Planeinweisung dann doch nicht so genau ist, wie dies allgemein von einem "Landmesser" zu erwarten ist?

In die im Rahmen der Agrarstrukturellen Vorplanung für Bodenordnungsverfahren nach dem FlurbG (AVPFlurb) durchzuführenden Untersuchungen und Abwägungen hinsichtlich der geeigneten Verfahrensart müssen daher auch der Grad der Übereinstimmung zwischen Kataster und Örtlichkeit und die örtliche Erkennbarkeit von Grenzen einbezogen werden. Bei den Vorüberlegungen und Vorbesprechungen und in der Aufklärungsversammlung muß darauf hingewiesen werden, daß Vermessungen, Grenzfeststellungen, Abmarkungen usw. in bZV grundsätzlich nicht durchgeführt werden, wobei Ausnahmefälle nur bei Vorliegen besonderer Umstände möglich sind.

Es muß den Beteiligten - und zwar nicht nur den Beteiligten im Sinne des § 10 FlurbG - klar sein bzw. klar gemacht werden, daß eine vereinfachte und beschleunigte Verfahrensart in zeitlicher und kostenmäßiger Hinsicht zwar Vorteile hat, denen aber gewisse Nachteile gegenüberstehen, die den Vorteilen in einer sachgerechten und an den Umständen des Einzelfalles orientierten Abwägung auch tatsächlich gegenüberzustellen sind, damit die sachlich richtige Verfahrensart nach dem FlurbG gefunden wird.

Nutzung leerstehender Bausubstanz

von TA Lorenz Müller, Kaiserslautern

Die Ursachen für die Krise der Dörfer sind ebenso bekannt wie vielfältig. Zu erinnern ist an den Strukturwandel in der Landwirtschaft mit Auswirkungen auf die agrarabhängigen Gewerbe, an den Funktionswandel der Dörfer zu Wohnstandorten, an den Funktionsverlust durch die Gebietsreform, an mangelnde Infrastruktur und an fehlende außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze.

Dies und die Überbewertung von Modernität schlechthin führte zu dem allseits bekannten Phänomen der Entleerung der Ortskerne und damit als Folgeerscheinung zu aufgegebenen und leerstehenden Wohn- und Wirtschaftsgebäuden.

Es ist eine zentrale Aufgabe der Dorferneuerung, sich dieser Problemlage anzunehmen und tragfähige Lösungen anzubieten. Diese Aufgabe stellte hohe und höchste Ansprüche an die Kompetenz des Planers, da die leerstehenden Gebäude meist wegen der Lage und der Baugestalt unverzichtbare Elemente des ortstypischen Erscheinungsbildes darstellen.

Die Deutsche Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum, Landesgruppe Bayern, hielt die Thematik für wert, ihr eine eigene Fachtagung zu widmen, und zwar am 05. und 06. Oktober 1987 in Augsburg.

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Es wurde festgestellt, daß die Anzahl von leerstehenden Gebäuden in dem Maße anwachsen wird, als weitere Landwirte (30 %) durch die äußeren Rahmenbedingungen gezwungen werden, ihren Betrieb aufzugeben. Es wurde aufgezeigt, daß der Anteil von ungenutzter Bausubstanz mit der Entfernung von den wirtschaftsstarken Zentren zunimmt.
2. Die Erhaltung von leerstehenden aber Ortsbildprägenden Gebäuden kann langfristig nur erreicht werden, wenn es gelingt, neue Nutzungsformen anzubieten und rechtlich abzusichern. Der baurechtliche Grundtatbestand beim Finden neuer Nutzungen ist der Begriff der Nutzungsänderung. Der überwiegende Teil der Nutzungsänderungen ist nach der Bauordnung genehmigungspflichtig.

Bauplanungsrechtlich entscheidend ist für die Genehmigungsfähigkeit einer Nutzungsänderung, in welcher bauplanungsrechtlichen Gebietskategorie das umzunutzende Gebäude liegt. Das Baugesetzbuch kennt als planungsrechtliche Kategorie den Bereich des Bebauungsplanes, den unverplanten Innenbereich und den Außenbereich. Innerhalb des Dorfes sind also die Forderungen des Bebauungsplanes oder des § 34 Baugesetzbuch - Einpassung in die nähere Umgebung - zu erfüllen. Diese Einpassung richtet sich auch nach dem Maß der baulichen Nutzung (Grund- oder Geschoßflächenzahl). Gleichfalls sind die Anforderungen des Bauordnungsrechts an Nutzungsänderungen, z.B. hinsichtlich der Abstände und der Erschließung, zu erbringen.

Die vorgesehene Umnutzung sollte daher frühzeitig auf ihre bauordnungsrechtliche Verträglichkeit überprüft werden.

3. Wirtschaftlichkeitsüberlegungen dürfen bei Umnutzungsvorhaben nicht fehlen. Es muß in den Dorferneuerungsplänen aufgezeigt werden, daß ein schonender Umbau vorhandener Bausubstanz nicht unbedingt teurer wird als der Neubau in Ortsrandlage.

Des weiteren müssen die Nutzungsmöglichkeiten herausgearbeitet werden. Da die Grundrisse vorgegeben sind, müssen bei der neuen Nutzung Kompromisse im Wohnungszuschnitt eingegangen werden. Bei den Wirtschaftsgebäuden (Stall und Scheune) ist die Gestaltung der Wohnräume variabler, da nur eine kleine Anzahl von Zwangspunkten vorhanden sind. Als Lagergebäude, Einstellgebäude, Werkstätten usw. sind die Wirtschaftsgebäude auf Grund ihres Volumens meistens sehr gut geeignet.

4. Es wurde die Forderung erhoben, für Umnutzungen stärkere finanzielle Anreize zu geben, auch um Kompromißlösungen akzeptabel zu machen. Dies bedeutet, daß die Fördermittel verstärkt im Bereich der Umnutzung eingesetzt werden müssen. Dabei sollte auch die Möglichkeit der Umnutzung als ein handwerkliches Betriebsgebäude kein Hinderungsgrund sein.
5. Die Wieder- bzw. Umnutzung leerstehender Bausubstanz ist auch ein psychologisches Problem, wonach ein Altbau als minderwertig - ein Neubau aber als Statussymbol gilt. Nach jahrzehntelanger Werbung für das "Haus im Grünen" ist noch große Informationsarbeit für ein Umdenken zu leisten. Dies bedeutet, daß eine Wertdiskussion in die Bevölkerung gebracht werden muß. Dies kann

durch die Information über den geschichtlichen Werdegang, Aktionen in Schulen (Gebäude im Dorf) oder aber durch die Diskussion über Gestaltwert von Bauteilen (Haustür) geschehen.

Der Wille der Bürger zur Erhaltung alter Bausubstanz muß geweckt werden; das ist die entscheidende Voraussetzung für die Umnutzung. Die beste Hilfe ist dabei die "Kraft des Beispiels".

6. Die Rahmenbedingungen für das Dorf müssen generell verbessert werden, um eine Revitalisierung der Ortschaften, insbesondere der Ortskerne, zu ermöglichen. Dazu ist die Schaffung von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen unabdingbar; besondere Hoffnungen liegen dabei auf den neuen Kommunikationstechnologien. Dies bedeutet, dem Dorf seine Lebensadern zurückzugeben - Wohnen **und** Arbeiten im Dorf. Ferner muß das Ortsbild durch öffentliche und private Maßnahmen der Dorferneuerung aufgewertet werden. Nur unter diesen Voraussetzungen wird es gelingen, Umzugs- und Umnutzungswillige zu interessieren und zu binden.
7. Da ein Überangebot an leerstehender Bausubstanz besteht, müssen die Nachfragebedingungen analysiert werden. Entscheidende Bedeutung für die Verwertbarkeit eines Anwesens kommt in erster Linie seiner Lage zu. Mögliche Nutzungen entsprechen den gängigen Wohnformen: Freizeitwohnen, Hauptwohnen und Wohnen mit Arbeiten.

Ein Großteil der Bevölkerung ist am Wochenende bereit, zur Erreichung von Freizeitzielen bis zu 2 Stunden Fahrt in Kauf zu nehmen. Damit wird fast die gesamte Bundesrepublik abgedeckt. Es gibt also nahezu kein Objekt, das von der Entfernungslage für eine Umnutzung zum Freizeitwohnen ungeeignet wäre.

Bei der Hauptwohnung liegt die Schmerzgrenze bei täglich 1 Stunde Zeitentfernung zum Arbeitsplatz. Das entsprechende Einzugsgebiet deckt aber immer noch die Hälfte der Bundesrepublik ab.

Das Wohnen mit Arbeit dagegen ist überall möglich. Voraussetzung ist, daß der Umnutzer beruflich nicht an einen bestimmten Standort gebunden ist. Daraus ergeben sich viele Möglichkeiten für Künstler, Vertreter u.ä. Berufsgruppen. Auch die Rentner könnten bei diesem Personenkreis einbezogen werden - Altersruhesitz -.

Der Geist des Dorfes muß neu geweckt werden, d.h. das Dorf muß wieder mit Leben (Dorfgemeinschaft) wie auch Arbeit und nicht mit Schlaf (Schlafgetto) erfüllt werden. Denn den Ursachen der Entleerung zu begegnen, also die Landflucht zu reduzieren, und gleichzeitig neue Anreize für das Leben im Dorf zu schaffen, ist die wichtigste Aufgabe der Dorferneuerung. Die Baugestaltung ist von sekundärer Bedeutung. Es gibt viele Möglichkeiten der Nutzung leerstehender Bausubstanz im privaten, öffentlichen und halböffentlichen Bereich. Diese müssen aber am Einzelfall überprüft werden.

Auf der einen Seite gibt es ein großes Angebot an leerstehender Bausubstanz (mit möglicher Eigentumsveränderung). Demgegenüber ist bei einer gezielten Ansprache eine große Nachfrage möglich. Dies ist aber nur dann der Fall, wenn die sonstigen Rahmenbedingungen erfüllt werden.

Durch eine gezielte Ansprache der entsprechenden Personenkreise kann über ein zu bildendes Management ein großes Nachfragepotential erschlossen werden.

Beiträge nach Flurbereinigungsrecht

von Amtsrat Siegfried Poschmann, Trier

Ich will mich mit einem Teilaspekt aus dem Beitragsrecht nach § 19 FlurbG auseinandersetzen. Nämlich mit der Frage, wie Flurbereinigungsbeiträge, die im Geldausgleich aus der Verwendung des Masselandes enthalten sind, bei der Ausgleichshebung behandelt werden müssen.

Anlaß sind die Ausführungen in der Zusammenfassung der Diskussion zu lfd. Nr. 5 der Niederschrift 1) über die Fortbildungstagung des gehobenen nichttechnischen Dienstes am 20.07.1987 in Emmelshausen. M.E. ist das dort festgehaltene Besprechungsergebnis nicht im Einklang mit dem FlurbG. Es wird auch keine praktikable Verfahrensweise aufgezeigt.

Entscheidend ist die Beantwortung der Frage, ob die Empfänger von Masselandgrundstücken für diese Beiträge nach § 19 Abs. 1 Satz 2 FlurbG zu entrichten haben.

Hier sind zwei Fallgruppen zu unterscheiden 2), nämlich die Zuteilung des infolge von Geldabfindungen nach § 52 FlurbG zur Abfindung der Teilnehmer nicht benötigten Landes im Flurbereinigungsplan (vorgezogene Masselandverwertung im Plan) und das in einem Nachtrag zuzuteilende Land, das nach §§ 46, 47 Abs. 1 und 52 FlurbG entstanden und im Flurbereinigungsplan der Teilnehmergemeinschaft vorläufig übertragen worden ist (Masselandvergabe im Nachtrag).

Bevor ich auf die zwei Fallgruppen eingehe, möchte ich zunächst darauf hinweisen, daß das FlurbG zwischen "Abfindungsland" (vgl. z.B. § 46 FlurbG) und "neuen Grundstücken" (vgl. z.B. § 68 Abs. 1 Satz 2 FlurbG) unterscheidet.

"Abfindungsland" 3) und "neue Grundstücke" sind im Sinne des Flurbereinigungsgesetzes unterschiedlich Gegenstand bestimmter Rechtsfolgen.

1. Vorgezogene Masselandvergabe im Plan

Aus der Verwendungsmöglichkeit des zur Abfindung nicht benötigten Landes in einer dem Zweck der Flurbereinigung entsprechenden Weise nach § 54 Abs. 2 FlurbG wird hier der Landesabfindungsverzicht nach § 52 Abs. 1 FlurbG "zugunsten eines anderen Teilnehmers" abgeleitet.

Dem Bewerber wird in einem geordneten Verfahren 4) gerade in der Phase der Entwicklung des Flurbereinigungsplanes 5) eine bestimmte Fläche im Altbestand zugeteilt, für die dann eine wertgleiche Abfindung im Plan zu geben ist, wenn auch der abschließende rechtliche Vollzug erst mit dem Flurbereinigungsplan erfolgt. Damit liegt auch die Beitragspflicht nach § 19 FlurbG bei dem Landempfänger.

Um es deutlich zu sagen, hier stellt sich die Frage der Teilnehmergeinschaft nach § 10 Nr. 2 e) FlurbG als Voraussetzung für die Beitragspflicht nicht, weil es sich bei dieser "vorgezogenen Masselandverwertung" um einen Verzicht auf Landabfindung zugunsten eines anderen Teilnehmers handelt, was unstreitig zulässig ist 6).

Es ist die Frage zu prüfen, ob der landabgebende Teilnehmer die von ihm bis dahin gezahlten Vorschüsse von der Teilnehmergeinschaft zurückverlangen kann. In Rechtsprechung und Literatur 7) wird die Frage der Rückzahlung von Vorschüssen in den Fällen, in denen ein Teilnehmer durch rechtsgeschäftliche Verfügung über ein Grundstück aus dem Verfahren ausscheidet, einhellig verneint.

Der Rückzahlungsanspruch wird im wesentlichen deshalb versagt, weil der Veräußerer über den Kaufpreis Vorteile durch den Vorausbau, für den die Vorschüsse entrichtet werden mußten oder auch nur durch die Tatsache, daß er zwar noch getrennt liegende Grundstücke, die aber im Flurbereinigungsplan zusammengefaßt werden können, insgesamt verkauft, ausgleichen kann. Demgemäß könne die Teilnehmergeinschaft die bis zum Eigentumswechsel fälligen Vorschüsse nicht von dem Erwerber fordern und folglich auch nicht auf Kosten des alten Eigentümers bereichert sein.

Anders verhält es sich, wenn der abgebende Teilnehmer nach § 52 FlurbG in Geld abgefunden wird. Hier findet keine freigestaltbare Vereinbarung statt, vielmehr erhält er eine angemessene Geldabfindung (§ 54 Abs. 1 Satz 1 FlurbG). Die von dem abgebenden Teilnehmer erhobenen Beitragsvorschüsse sind folglich diesem zurückzuzahlen 8).

Weil - wie oben ausgeführt - ein Abfindungsanspruch auf den Erwerber übergeht und diesen demgemäß auch die volle Beitragslast trifft, werden bezüglich der Ausgleichshebung in diesen Fällen die neuen Grundstücke, die im Flurbereinigungsplan an die Stelle der übernommenen alten Grundstücke treten, wie die übrigen Landabfindungen nach § 44 FlurbG behandelt; Probleme entstehen also nicht.

2. Masselandvergabe im Nachtrag

Das aus §§ 46, 47 Abs. 1 und 52 FlurbG entstandene "freie Land" wird der Teilnehmergeinschaft vorläufig übertragen, womit aber für diese nicht die Eigenschaft als Teilnehmerin 9) im Sinne von § 10 FlurbG begründet wird. Während ihres Zwischenerwerbs bleibt die Teilnehmergeinschaft selbstverständlich frei von einer Vorschußpflicht. Der Empfänger erhält neue Grundstücke (§ 54 Abs. 2 FlurbG), kein Abfindungsland. Er wird damit bis zum Eintritt des neuen Rechtszustandes (§ 61 Satz 2 FlurbG) gemäß § 10 Nr. 2 e) Nebenbeteiligter. Daraus folgt, daß der Landempfänger gemäß § 19 Abs. 1 Satz 1 FlurbG nicht zu Beiträgen herangezogen werden kann. Es sei denn, es handelt sich um aufzubringende Eigenleistungen der Teilnehmergeinschaft zu solchen Kosten, die erst nach Eintritt des neuen Rechtszustandes entstehen.

Die von Kraffert 10) gegen die letztgenannte Feststellung vorgebrachten Argumente sind m.E. nicht zwingend. Zum einen ist die amtliche Begründung zur Änderung des § 10 FlurbG 11) hierzu eindeutig. Zum anderen ist diese Rechtsfolge auch sachgerecht.

Unbestritten nimmt dieser Masselandempfänger an dem Verfahren - mit allen damit verbundenen Folgen - nicht teil; er ist nicht Teilnehmer. Er hat als Nebenbeteiligter keinen Anspruch auf Zuwegung (§ 44 Abs. 3 Satz 3 FlurbG) des ihm nach § 54 zugeteilten Aufstockungslandes 12). Es ist eine daraus abzuleitende vernünftige Folge, daß der Masselandempfänger nicht zu den vorher entstandenen Flurbereinigungskosten herangezogen werden kann. Der Hinweis darauf, daß die Beitrags- und Vorschußpflicht als öffentliche Last auf den im Flurbereinigungsgebiet liegenden Grundstücken ruht (§ 20 FlurbG) spricht auch nicht gegen die Beitragsfreiheit, weil in § 20 FlurbG nur die Beiträge angesprochen sind, die rechtlich bestehen, anderenfalls ginge die Regelung der Beitragsbefreiung (§ 19 Abs. 3 FlurbG) ins Leere.

Schließlich führt auch der Hinweis darauf, daß Geldausgleiche gegen Beiträge verrechnet werden können (§ 54 Abs. 1 Satz 3 FlurbG) nicht weiter, weil § 54 Abs. 1 FlurbG ausdrücklich die Geldansprüche allgemein (alle) regelt 13), also u.a. auch den Fall, in dem ein Teilnehmer z.B. Geldabfindung aus dem Obstbaumausgleich (§ 50 Abs. 2 FlurbG) zu erhalten, andererseits aber noch Beiträge nach § 19 FlurbG zu zahlen hat.

Im übrigen ist es durchaus angemessen, wenn nach Eintritt des neuen Rechtszustandes auch die Empfänger neuer Grundstücke zu solchen Kosten im Beitragswege herangezogen werden, die erst nach diesem Zeitpunkt entstehen. Denn bezüglich weiterer Maßnahmen in diesem Verfahrensstadium stehen die Masselandempfänger den Abfindungsempfängern rechtlich und auch wirtschaftlich durchaus gleich.

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß bei Übernahme der Massegrundstücke die allgemeinen Flurbereinigungserfolge bereits eingetreten sind. Diese sind auch aus Eigenmitteln der Teilnehmergemeinschaft anteilig zu finanzieren. Demgemäß ist zu Recht in den Verwendungsrichtlinien festgelegt worden 14), daß in dem Flurbereinigungsplan (Nachtrag) der Hinweis aufzunehmen ist, daß in den für die Massegrundstücke festgesetzten Geldausgleichen die Flurbereinigungsbeiträge nach § 19 FlurbG enthalten sind, obwohl eine derartige Formulierung ohne weitere Erläuterung irritiert. Denn mit dem Hinweis soll keineswegs eine Beitragspflicht begründet werden, wie sich aus den weiteren Festlegungen der Verwendungsvorschrift eindeutig ergibt 15).

Handelt es sich bei den Geldausgleichen also nicht (auch nicht anteilig) um Flurbereinigungsbeiträge, dann folgt daraus bindend, daß diese Massegrundstücke mit ihren Wertseinheiten an der Ausgleichshebung nicht teilnehmen. Damit entstehen auch hier keine Probleme.

Im Plantext müßte festgelegt werden, daß diese Masselandgrundstücke wie beitragsfreie Grundstücke behandelt werden.

Bei der Ermittlung von Verwertungserlösen (§ 46 FlurbG) und Verwertungsgewinnen (§ 52 FlurbG) dürfen folgerichtig die "anteiligen Beiträge" im Geldausgleich nicht von den Geldausgleichen abgesetzt werden.

Sämtliche bei der Teilnehmergemeinschaft eingehenden Geldausgleiche sind in der dafür vorgesehenen Spalte des Kassengegenbuches zu vereinnahmen und dürfen nicht (auch nicht anteilig) zu den Beiträgen verbucht werden.

Sowohl bei der vorgezogenen Masselandverwertung im Plan als auch bei der Masselandverwertung im Nachtrag ist nach dem aufgezeigten Verfahren eine Gleichbehandlung der landaufnehmenden Masselandempfänger sichergestellt.

Ich hoffe, mit diesen Ausführungen die Diskussion zu diesem Thema erneut angefaßt zu haben und wäre über Äußerungen zu dem Problem dankbar.

3. Literaturnachweis

- 1) Tagungsniederschrift übersandt mit Erlaß des Landwirtschaftsministeriums vom 30.09.1987 - 741 - 01.50 -
- 2) VV des Landwirtschaftsministeriums über die Verwendung des in Bodenordnungsverfahren nach dem FlurbG zur Abfindung der Teilnehmer nicht benötigten Landes vom 03.03.1982 (MinBl. 1982, S. 225), berichtigt gemäß MinBl. 1982, S. 377
- 3) Seehusen, RdL 1976, S. 60 ff.
- 4) Ziffer 2.1 Verwendungs-VV a.a.O.
- 5) Kraffert, RdL 1981, S. 200
- 6) Steuer, FlurbG, 2. Auflage, § 54, Anm. 14
- 7) Seehusen-Schwede, FlurbG, 4. Auflage, § 19, Anm. 13
- 8) Ziffer 4.1 Verwendungs-VV a.a.O.
- 9) Hess. VGH, RzF, § 10, Nr. 1, S. 5 ff.
- 10) Kraffert, RdL 1981, S. 201 (zitiert bei Kraffert a.a.O.)
- 11) BR Drucks. 589/74, S. 20
- 12) Seehusen-Schwede, FlurbG, a.a.O., § 10, Anm. 22
- 13) Seehusen-Schwede, FlurbG, a.a.O., § 54, Anm. 1
- 14) Ziffer 4.2 Verwendungs-VV, a.a.O.
- 15) Ziffer 2.2.1 Verwendungs-VV, a.a.O. und Ziffer 10 der Zuteilungsbedingungen zur Ziffer 2.2.2 dieser VV

Dorferneuerung - Chancen und Gefahren -

von Ltd. Regierungsdirektor Felix Zillien, Mainz

Das Dorferneuerungsprogramm der Landesregierung verfolgt die Zielsetzung einer kontinuierlichen, zukunftsorientierten Fortsetzung der Dorferneuerung. Zahlreiche Gemeinden sind bereits durch die zuständigen Bezirksregierungen als Dorferneuerungsgemeinden anerkannt worden und haben dadurch die Chance erhalten, mit kräftiger Hilfe des Landes in überschaubarem Zeitraum ihre Dörfer als Arbeits- und Lebensraum funktionsfähig zu erhalten und zu gestalten. Eine Vielzahl von Gemeinden warten aufgrund aufgestellter Dorferneuerungskonzepte auf ihre Anerkennung als Dorferneuerungsgemeinde. Die damit verbundenen Erwartungen der kommunalen Träger, aber auch vieler privater Antragsteller sind hoch gesteckt!

Weiter Förderkatalog und Ganzheitsprinzip

Der Förderkatalog bei der Dorferneuerung ist weit gefaßt: Er reicht von der Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse bis hin zur Abwehr von Hochwassergefahren für die Ortslage, von der Erhaltung und Gestaltung des dörflichen Charakters mit Gebäuden land- und forstwirtschaftlicher Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe mit ortsbildprägender Bausubstanz bis hin zu Neu-, Aus- und Umbauten von land- und forstwirtschaftlichen Gemeinschaftsanlagen. Aber auch die Errichtung und Instandsetzung von Dorfbrunnen, Torbögen, Bildstöcken, Einfriedungen fallen ebenso unter die Förderungsmöglichkeiten wie die Neuanlage und Gestaltung von Dorfplätzen und Vorplätzen für Schulen, Gemeinschaftshäusern, Kirchen, Kindergärten und Friedhöfen bis hin zur Herstellung und Verbesserung von Grünanlagen auch am Ortsrand.

Bei der Dorferneuerung im Rahmen des skizzierten Förderkatalogs geht es - wohlverstanden - um eine möglichst umfassende Planungskonzeption, nicht hingegen nur um punktuelle Einzelmaßnahmen. Ein flächendeckender, interdisziplinärer Planungsansatz ist dabei ebenso gefordert wie auch eine breite Bürgerbeteiligung. Die Flurbereinigung als wichtiges Bodenordnungsinstrument mit ihren vielfältigen Möglichkeiten zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie zur Förderung der allgemeinen Landeskultur und Landentwicklung kommt den Zielen der Dorferneuerung in besonderem Maße entgegen.

Es ist daher eine ausdrückliche Aufgabe der Landeskulturverwaltung, in verstärktem Umfang Ortslagen oder Teile von solchen in den Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz einzubeziehen, um raum- und ortswirksame Maßnahmen der Flurbereinigung mit den Belangen der Dorferneuerung aufeinander abzustimmen. Die räumliche, zeitliche und finanzielle Abstimmung und Zusammenfassung von Dorferneuerungs- und Bodenordnungsmaßnahmen in einem ganzheitlichen Verfahren führen zu einem starken und zugleich erwünschten Bündelungseffekt. Insbesondere bei der ländlichen Bodenordnung wird das Prinzip flächendeckender, ganz-

heitlicher Erhaltung und Gestaltung des Dorfes auf der Basis einer breiten Bürgerbeteiligung am ehesten gewährleistet.

Gefahren der Dorferneuerung

Neben den kurz skizzierten Chancen der Dorferneuerung dürfen jedoch die möglichen Gefahren bei der Dorferneuerung nicht unbeachtet bleiben. Diese Gefahren hängen unmittelbar mit der derzeitigen Krise in der Landwirtschaft eng zusammen. Es muß zum wesentlichen Inhalt unserer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Erkenntnis werden, daß untrennbare Zusammenhänge zwischen der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum bestehen. Diese Zusammenhänge sind derart elementar, daß ohne Übertreibung festgestellt werden kann: Stirbt die Landwirtschaft, dann stirbt auch der ländliche Raum, dann stirbt letztlich auch das Dorf, dann veröden vor allem die historischen, durchweg landwirtschaftlich geprägten Ortskerne! Wenn unsere Dörfer infolge der Krise der Landwirtschaft als Arbeits- und Lebensraum im agrarischen Sinne aussterben und die landwirtschaftliche Bausubstanz in den alten Ortskernbereichen entleert und zweckentwidmet wird, dann nützt auch die heute stark propagierte und bislang kräftig geförderte Dorferneuerung nicht mehr viel. Denn die Dorferneuerung lebt nicht nur von der Förderung öffentlicher Maßnahmen, sie kann mittel- und langfristig nicht von der Gestaltung und Erhaltung öffentlicher Plätze und/oder Gebäude mitgetragen werden. Langfristig hat die Dorferneuerung nur Bestand, wenn private Bürgerinteressen mit ihr gekoppelt werden. Es gehört zum geistigen Inhalt der richtig verstandenen Dorferneuerung, wenn dieses Bürgerinteresse vorwiegend im landwirtschaftlichen Berufsstand verankert ist. Dorferneuerung ohne integrale Einbeziehung der Landwirtschaft würde sich in dorf-musealen Kategorien erschöpfen und daher über kurz oder lang totlaufen.

Deshalb ist die grundlegende Voraussetzung für das langfristige Gelingen der Dorferneuerung eine Neuausrichtung der Agrarpolitik, deren Kernanliegen es sein muß, daß der Erhaltung existenzsicherer Arbeitsplätze in der Landwirtschaft höchste Priorität eingeräumt wird. Gelingt dies trotz aller agrarpolitischen Bemühungen und Programmen auf Landesebene in absehbarer Zeit nicht, dann endet die Dorferneuerung zwangsläufig in einer tragischen Sackgasse! Dann hilft auch die vom Europarat beschlossene "Kampagne für den ländlichen Raum", die mit Ausstellungen, Veranstaltungen und Vorträgen auf die Probleme der Dörfer aufmerksam machen will, letztlich nicht aus dem gegenwärtigen Dilemma der Landwirtschaft.

Zug aus der Krise

Nachdem unsere Dörfer infolge der derzeitigen Agrarnot ebenfalls vom Sog der Krise erfaßt worden sind, müssen vor allem in Brüssel baldmöglichst die Weichen für die Landwirtschaft in die richtige, zukunftsorientierte Richtung gestellt und von der Bundes- und den Landesregierungen der agrarpolitisch "schwerbeladene Eisenbahnzug" behutsam, aber nachhaltig in Fahrt gebracht werden. Innerhalb dieses Zuges ist vor dem Hintergrund der engen und vielfältigen Verflechtungen von Landwirtschaft und Dorf ein ganz wichtiger "Waggon" mit den Chancen und Gefahren der Dorferneuerung befrachtet. Denn ohne intakte Landwirtschaft verliert auch die Dorferneuerung ihre eigentliche Zielsetzung und ihren Wurzelbereich!

Ein wesentlicher Gesichtspunkt für die Dorferneuerung ist naturgemäß auch das Förderungspotential. Ohne ausreichende Finanzdecke erreicht auch das beste Dorferneuerungskonzept nichts. Geradezu fatal wäre die einsetzende "Bumerang-Wirkung" angesichts der mannigfaltigen Erwartungen, die von Gemeinden und privaten Antragstellern an die Dorferneuerung geknüpft worden sind, wenn der "Dampf" des Gesamtzuges aus der Krise (sprich: das Geld zur Befriedigung der Dorferneuerungserwartungen) kurz- oder mittelfristig erlöschen würde. Dann wäre die Krise in der Landwirtschaft und damit auch in unseren Dörfern perfekt! Dann wäre das Dorferneuerungsprogramm trotz aller guten Ideen auf Fließsand gebaut!

Zum Abschluß der Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum

von Vermessungsdirektor Axel Lorig, Mainz

Mitte Oktober 1988 wird in Lübeck-Travemünde europaweit und für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland die Europäische Kampagne für den ländlichen Raum (EKL) abgeschlossen. Während diese Kampagne in Rheinland-Pfalz einen eigenständigen Beginn hatte, ist ein besonderer rheinland-pfälzischer Abschluß nicht geplant.

Über die Ziele der Kampagne wurde schon viel geschrieben. Es ist daher angebracht, nur noch einige kritische Bemerkungen und Aussagen über die Erwartungen an eine derartige Kampagne anzufügen.

Die Europäische Kampagne für den ländlichen Raum liegt in der Tradition zweier gleichartiger Veranstaltungen, davon die erste 1975 für den Denkmalschutz, die andere einige Jahre später für die Stadterneuerung.

In weiten Kreisen der Bevölkerung Europas war 1975 kein Bewußtsein und kein Verständnis für die Belange der Denkmalpflege vorhanden. Die Kampagne, ein sog. Europäisches Denkmaljahr, gab entscheidende Impulse und die Denkmalpflege ist heute überall ein anerkannter Faktor bei allen Veränderungen. Die Denkmalpfleger denken voller Befriedigung an diese Kampagne zurück, wie man heute, über 13 Jahre später, einschlägigen Fachzeitschriften entnehmen kann.

Die Europäische Kampagne zur Stadterneuerung war, schon aus finanziellen Gesichtspunkten, auf wenige Beispielstädte beschränkt. Sie wurde daher nur im Umfeld dieser Städte, z.B. Hillesheim/Eifel, richtig bekannt. Auch sie hat einiges im Bewußtsein der Bevölkerung bewegen können, was heute in vielen Städten allmählich ablesbar wird. Es darf jedoch angenommen werden, daß für diese Veränderungen in den Städten nicht allein und auch nicht in bedeutendem Umfang die Europäische Kampagne zur Stadterneuerung Ursache war.

Die Europäische Kampagne für den ländlichen Raum sieht auf den ersten Blick wie ein Kontrapunkt zur "Stadterneuerungskampagne" aus. Sie hat jedoch völlig

andere Ansätze. In den beiden vorhergegangenen Kampagnen hatten nahezu ausschließlich bauliche und gestalterische Fragen dominiert. Die EKL dagegen umfaßt schon begrifflich alles, was den ländlichen Raum ausmacht. Sie war nicht auf irgendein politisches "Teilgebiet" bezogen, sondern im Gegenteil, so weit gespannt, daß kaum ein politischer Bereich ausgespart werden konnte.

Hier lagen sowohl Chancen, als auch große Gefahren. Niemand war so richtig, wie bei den vorhergehenden Kampagnen das Kultus- bzw. das Finanzressort, für die Abwicklung der EKL berufen; es gab niemanden, dem man ganz selbstverständlich diese Aufgabe in Erfüllung seiner Funktionen übertragen konnte.

Schließlich ist kein Ressort, keine Dienststelle, kein Verband speziell für den ländlichen Raum in seiner Gesamtheit zuständig. Der ländliche Raum hat nicht einmal eine Lobby.

Es mußten sich daher alle zusammenfinden, ihre Ziele spezifizieren und daraus eine EKL gestalten. Dabei wurden weit über 100 zündende, politisch hochaktuelle Ideen zur Ausgestaltung der Kampagne zusammengetragen.

Ein von allen Ressorts und dem Ministerrat getragenes Programm wurde als Ergebnis der Vorbereitungen der EKL vorgelegt.

Der Ministerrat entschied jedoch auch, keine zusätzlichen finanziellen Mittel für die Kampagne bereitzustellen, vielmehr sollte die Kampagne mit vorhandenen Mitteln abgewickelt werden.

Die Begeisterung der Ressorts war in der Folge sehr gedämpft, viele Projekte waren naturgemäß hinfällig.

Gleichwohl überrascht es, wieviele Projekte zum Beispiel in den Sektoren "ÖPNV", "Telekommunikation im ländlichen Raum" oder "Frau und Familie" auch ohne zusätzliche Mittel abgewickelt wurden.

Wer aber will es einigen Ressorts verdenken, deren aktuellste Arbeit oft gerade in diesen Projekten lag, daß sie die nun nicht über besondere EKL-Mittel geförderten Projekte auch nicht unter der Überschrift "EKL" presse-"vermarkteten".

Der Umfang der tatsächlichen "EKL-Projekte" ist daher nur eingeweihten Beobachtern, die die Protokolle der Staatssekretärskonferenzen studieren, bekannt.

Das Resultat in diesem Sektor der EKL mit "greifbaren" Ergebnissen lautet: eigentlich ist viel mehr geschehen, als von Optimisten erwartet, aber kaum einer hat es gemerkt, weil die Presse nicht darüber berichtete.

Hier liegt ein wichtiges Problem und die größte Gefahr für eine Kampagne.

Es sind die Anlaufschwierigkeiten der Öffentlichkeitsarbeit bei einem neuen, bislang völlig unbekannten Projekt. Der Irrglaube, Presse, Rundfunk und Fernsehen müßten an einer derartigen Kampagne Interesse finden, oder sie hätten vielleicht nur auf eine derartige Kampagne gewartet, um über Probleme des ländlichen Raumes zu berichten, war wohl gleichermaßen auf europäischer, bundesdeutscher und rheinland-pfälzischer Ebene verbreitet.

Es gab erfahrene "Weissager", die von vorneherein wußten, daß die Medien sich an einer Bewußtseinskampagne nicht erwärmen würden.

So scheiterte auch folgerichtig die in Rheinland-Pfalz im Schnittpunkt aller Überlegungen eingeplante, selbständig agierende Arbeitsgruppe "Medien", die aus Vertretern der Landesregierung (z.B. einige Pressesprecher), einigen größeren Verbänden (z.B. Deutscher Heimatbund, Landkreistag) und der Landespressekonferenz bestehen sollte. Sie scheiterte insbesondere, weil die Medienvertreter von ihrem Selbstverständnis her keine "gemeinsame Sache" mit der Landesregierung machen wollten.

Man erwartete Hinweise, Programme, konkrete Projekte - diese fanden aber dann doch kaum mehr Beachtung, als wenn alles ohne EKL publiziert worden wäre.

Da durch die Gespräche mit der Landespressekonferenz eine gewisse "Sensibilisierung für die EKL" erreicht wurde, nahmen sich einige Redakteure des Themas EKL gleichwohl an, vermieden aber diesen "bürokratischen Begriff", wie sich ein hierauf angesprochener Fernsehredakteur ausdrückte.

Erfreulich ist eine beachtliche Anzahl von Broschüren, die von den unterschiedlichen Ressorts mit Hinweisen auf die EKL bzw. mit Vorworten zur EKL gestaltet wurden.

Hier und bei den Ausstellungen wurde allseits gute Zusammenarbeit geleistet. Die bereits vorhandenen und ergänzten Ausstellungen der Landeskulturverwaltung und die neuen Broschüren übernahmen eine wichtige Leitfunktion.

Beachtlich ist, was landauf, landab in Veranstaltungen der verschiedenartigsten Träger unter dem Gesichtspunkt EKL vorgetragen, diskutiert und in Exkursionen besichtigt wurde.

Auch innerhalb unserer Verwaltung ist hier eine, im übrigen noch nicht abgeschlossene, sehr wirksame Arbeit geleistet worden.

Die rund 40 Veranstaltungen der Kulturämter mit den Verbandsgemeinden, die Tage der offenen Tür, die Veranstaltungen in Bonn und die Grüne Woche in Berlin waren ein beachtliches Gesamtprogramm.

Diese Veranstaltungen haben unserer Verwaltung sehr genutzt, denn sie haben unsere Verwaltung an vielen Stellen wieder ins Gespräch gebracht. Sie haben aber auch vor Ort gezeigt, daß die Behörde "Landeskulturverwaltung" für viele Probleme des ländlichen Raumes einer der wichtigsten Ansprechpartner ist.

Davon ging sicherlich auch die Staatskanzlei aus, als sie uns den Auftrag "EKL" übertrug.

Wenn man Bilanz zieht, so sollte man auch das Unerfreuliche erwähnen. Im Zusammenhang mit einigen Großveranstaltungen anderer Ressorts wäre da sicher einige "schmutzige Wäsche zu waschen". Es ist aber hier nicht der geeignete Platz, nachzuerörtern, ob bei diesen Veranstaltungen die EKL-Plakate richtig plaziert oder der Begriff und Inhalt der EKL überhaupt erwähnt oder sachgerecht genug herausgestellt wurden. Tatsache ist, daß die EKL bei eigens hierfür initiierten

Großveranstaltungen oft "so am Rande" mitlief, daß nicht einmal der Begriff EKL, seltener noch die Ziele oder gar Hintergrundinformationen in Presse, Rundfunk und Fernsehen gelangten.

Der wissenschaftlich orientierte Teil der Kampagne hat Langzeitcharakter; er ist daher zur Zeit Beurteilungen noch kaum zugänglich.

Es darf aber angenommen werden, daß z.B. die Ergebnisse der "Differenzierenden Analyse ländlicher Räume" ein wichtiger Eckpfeiler für die Förderansätze des ländlichen Raumes der kommenden Jahrzehnte sein werden.

Nicht zuletzt, sondern von der Medienwirkung und Anerkennung eher an erster Stelle steht das rheinland-pfälzische Demonstrationsprojekt "Weinkulturelles Zentrum St. Nikolaus Hospital Bernkastel-Kues". Es wurde nicht nur in verschiedenen Schriften und Büchern an hervorragender Stelle plazierte und von Bundesbauminister Dr. Oskar Schneider bei einem Hubschrauberrundflug mit Pressevertretern aufgesucht, sondern wird auch das Land bei der Abschlußveranstaltung in Travemünde vertreten.

Zieht man unter der Kampagne nun einen Schlußstrich, so ist nach dem politischen Ergebnis der Kampagne zu fragen.

Daß einiges an Bewußtsein geschaffen wurde, scheint klar und war ein wichtiges Ziel.

Wesentlicher erscheint aber, daß sich nun einiges auf politischer Ebene zu bewegen beginnt, von innen und von außen.

Ob natürlich das Landwirtschaftsministerium schon in absehbarer Zeit zum "Ministerium für den ländlichen Raum" wird, wie einige unken und wie bekanntlich in Baden-Württemberg bereits geschehen, bleibt offen.

Wichtig ist, daß im Fall einer derartigen "Umwidmung" genügend Geld und Handlungsinstrumente mit bereitgestellt und bis zu diesem Zeitpunkt die wenigen vorhandenen nicht weiter ausgetrocknet werden.

Die EKL hat versucht, die Probleme des ländlichen Raumes herauszuarbeiten und in Richtung einer "Gesamtschau" zusammenzuführen.

Ob sie, wie frühere Kampagnen, ein Markstein in der Bewältigung eines europäischen Themas wurde, kann frühestens in 10 bis 20 Jahren beurteilt werden.

Weinbergsräumung - Flurbereinigung - Wiederaufbau

von Regierungsdirektor Wolfram Kraffert, Worms

Die folgenden Ausführungen sind nicht als umfassende Darstellung der mit dem Thema gegebenen Problematik gedacht. Sie befassen sich nur mit einem Gesichtspunkt:

In letzter Zeit sind im Zusammenhang mit Rechtsmitteln gegen Räumungsbeschlüsse von Aufbaugemeinschaften (unveröffentlichte) Urteile und Beschlüsse verschiedener Gerichte bekannt geworden, deren tragende Argumentation sich wie folgt zusammenfassen läßt:

Ein Räumungsbeschluß, dessen Begründung auf die Notwendigkeit einer Veränderung der Zeilenrichtung, Änderungen des Wegenetzes und von Grundstücksformen abhebt sei rechtswidrig, weil er den Aufgabenrahmen verlasse, den § 1 WAG setze. Die genannten Ziele seien nämlich typische Ziele einer Flurbereinigung. Deshalb diene ein derart begründeter Abräumbeschluß nicht im Sinne vom § 1 Abs. 3 WAG der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Weinbaus, sondern der Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens.

Dieser Argumentation kann nicht gefolgt werden.

1) Jede derartige Interpretation, bei der Abräumung und Wiederaufbau als Folge der Flurbereinigung gesehen werden, widerspricht der jetzigen grundsätzlichen Konzeption der rechtlichen Regelung:

Alle diesbezüglichen Aussagen des WAG gehen davon aus, daß der planmäßige Wiederaufbau die Hauptform der "Förderung des Weinbaus" im Sinne des WAG ist ("insbesondere" laut § 1 Abs. 2 WAG), der in diesem Gesetz als eigenständige Aufgabe festgeschrieben ist.

Dabei wird gesetzessystematisch wie folgt verfahren:

§ 1 Abs. 3 WAG definiert den Inhalt des Begriffs "planmäßiger Wiederaufbau" als die "zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Weinbaus erforderlichen Maßnahmen der Umstellung von Rebflächen". Für diese "Umstellung" werden zwei Stoßrichtungen ins Auge gefaßt: "erzeugungswirtschaftliche" und "absatzwirtschaftliche".

Für solche Maßnahmen sind Ordnungsmaßnahmen nach dem FlurbG nicht zwingend erforderlich.

Für absatzwirtschaftliche Maßnahmen liegt dies auf der Hand.

Es wäre aber auch denkbar, die typischen erzeugungswirtschaftlichen Umstellungsmaßnahmen (Zusammenlegungen, neue Wege, Rebzeilenverschwenkung, Planierungen, Dränagen, usw.) im Satzungswege zu beschließen, grundsätzlich zu regeln

und durch Vereinbarungen zwischen den Mitgliedern einer Aufbaugemeinschaft zu regeln, von dieser die erforderlichen Arbeiten durch Werkverträge zu vergeben usw.; Denkbar wäre ferner, daß das Land ein solches Vorgehen finanziell bezuschussen könnte, d.h. also, für diese Umstellungsmaßnahmen ein Verfahrenskonzept *sui generis* hätte schaffen können.

Da all dies aber Maßnahmen umfaßte, die ganz eindeutig den Charakter dessen haben, was man üblicherweise unter "ländlicher Bodenordnung" versteht, und da diese ein durch 150-jährige Erfahrung perfektioniertes Instrumentarium im FlurbG gefunden haben, wäre es wenig sachdienlich, ja, höchst befremdlich, wenn der Gesetzgeber des WAG nicht auf die Möglichkeit zurückgriffe, die Flurbereinigung in den Dienst des planmäßigen Wiederaufbaus zu stellen.

Deshalb "soll" der Wiederaufbau (= Kann-Vorschrift!) "vornehmlich" (also in erster Linie) i.V.m. der Flurbereinigung durchgeführt werden, in zweiter Linie auf flurbereinigten Rebflächen und nur in dritter Linie ohne Flurbereinigung.

Bereits diese Regelung zeigt für den Bereich des planmäßigen Wiederaufbaus deutlich den Primat des Wiederaufbaus **in systematischer Hinsicht** von der Flurbereinigung. Diese wird hier deutlich genug als dienendes Instrument eingesetzt, um die umständliche Lösung über eine Satzung zu vermeiden, für die all das "neu erfunden werden" müßte, was im FlurbG schon fertig vorhanden ist.

2) Daß trotzdem auch in diesem Zusammenhang die Auffassung entstehen konnte, daß die Flurbereinigung dominiere, kann vor allem drei Gründe haben:

- a) Die Alternativen 2 und 3 kommen in der Praxis - jedenfalls in Rheinhessen - so gut wie niemals vor.
- b) Häufig gibt es noch nicht das Trägerorgan der Aufbaugemeinschaft (AG), wenn - i.d.R. durch die zunächst privatrechtlichen Zusammenschlüsse der Winzer, nämlich die Bauern- und Winzervereine - die Durchführung einer Flurbereinigung gefordert wird. Dadurch entsteht der Eindruck, als folge der Wiederaufbau mit der Gründung der AG der Flurbereinigung. Das ist aber nicht so. Vielmehr geschieht alles nur in einer möglichst sinnvollen Abfolge, die aber der Flurbereinigung ihre Rolle als dienendes Instrument auch da nicht nimmt, wo sie zeitlich vorgeht. Das wird schlaglichtartig in den Fällen deutlich, in denen nach Gründung der Aufbaugemeinschaft diese die zeitlichen Vorgaben des früher tätigen Winzervereins ändert. Tatsächlich folgen viele Weinbergs-Flurbereinigungsverfahren präzisen Zeitplänen der Aufbaugemeinschaften für den Weinbergsumtrieb, die zum Teil weit in die ersten Jahrzehnte des nächsten Jahrhunderts reichen.
- c) Unter der Geltung des rheinland-pfälzischen Ausführungsgesetzes zum FlurbG von 1954 wurde der Abräumbeschluß i.V.m. einer Entschädigungsregelung durch den Flurbereinigungsplan getroffen (§ 3 AG FlurbG A.F.). Dadurch wurde der Flurbereinigung ein wesentlicher Teil der Maßnahmen des planmäßigen Wiederaufbaus übertragen.

Das ist jetzt aber gerade **nicht mehr** der Fall.

3) Die hier vertretene Auffassung von der dienenden Rolle der Flurbereinigung wird unterstrichen durch § 12 WAG, nämlich bei der Regelung der Gründung von Aufbaugemeinschaften als Träger des Wiederaufbaus:

Ganz klar wird hier gesagt, die AG - Gründung sei zu beantragen, "wenn ein Bedürfnis für den Wiederaufbau vorliegt".

Der folgende Halbsatz in § 12 Abs. 1 WAG "insbesondere, wenn im Aufbaubereich eine Maßnahme nach dem FlurbG bevorsteht" hat nach den allgemein anerkannten Regeln der Gesetzesinterpretation nur die Bedeutung eines vom Gesetzgeber gewählten besonders wichtigen Beispiels für das Vorliegen der geforderten Voraussetzung. Er ist mithin wie folgt zu lesen: Die Frage, ob ein Bedürfnis für den Wiederaufbau vorliegt, ist - sofern nicht ganz konkrete Umstände dagegen sprechen - immer dann zu bejahen, wenn Maßnahmen der Flurbereinigung bevorstehen. Das heißt: Wenn solche Maßnahmen **nicht** bevorstehen, muß besonders begründet werden, warum ein Bedürfnis nach Wiederaufbau besteht. **Wenn** Maßnahmen nach dem FlurbG bevorstehen, kann begründet werden, warum dennoch kein Bedürfnis nach Wiederaufbau besteht.

Es ist hier darauf zu verweisen, daß dieser Zusammenhang nur etwas darüber aussagt, wann die Gründung einer Aufbaugemeinschaft in die Wege zu leiten ist.

4) Gegen die hier vertretene Auffassung spricht auch nicht § 14 Abs. 4 Satz 3 WAG: Diese Regelung ist gewissermaßen der "Schulterschuß" des WAG mit dem FlurbG, das in seinem § 34 an den Flurbereinigungsbeschluß eine Veränderungssperre bindet. Nach dessen Abs. 1 Ziff. 3 dürfen "...Rebstöcke..." nur "mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde beseitigt werden".

Da Bundesrecht Landesrecht vorgeht, **mußte** das WAG, wenn es schon die FlurbG als Instrument verwenden wollte, auf die Existenz dieser Vorschrift eingehen.

Diese Regelung im FlurbG ist unstreitig eine Schutzvorschrift für die Beeinträchtigungsfreiheit der Flurbereinigungsplanung: Da die Flurbereinigungsbehörde die Pflicht hat, nicht nur Abstimmungen mit anderen Planungsträgern herbeizuführen, sondern auch, die Rechte der beteiligten Grundstückseigentümer zu schützen, muß sichergestellt sein, daß örtliche Veränderungen unterbleiben, die die Entscheidungsgrundlagen der Flurbereinigungsbehörde verfälschen könnten.

Diese Interpretation wird dadurch bestätigt, daß das FlurbG selbst seinerseits wiederum den Anschluß an andere Gesetze als Entscheidungsgrenze einführt. "Andere gesetzliche Vorschriften über die Beseitigung von Rebstöcken bleiben unberührt" (§ 34 Abs. 1 Ziff. 3, letzter Satz FlurbG).

Das WAG ist eine solche "andere gesetzliche Vorschrift", was bedeutet, daß die Flurbereinigungsbehörde dem Träger des Wiederaufbaus seine Abräumverfügung nicht blockieren darf, wenn es dafür keinen die Verwirklichung der Flurbereinigung hindernden Grund gibt: Das Prinzip des Primats der Aufbauregelung bleibt also gewahrt. Es wird nur sichergestellt, daß das Instrument "Flurbereinigung" einwandfrei, d.h. ohne Rechtsverkürzung gegenüber den den Bodenordnungsmaßnahmen unterworfenen Eigentümern, angewendet werden kann. Dabei muß eines ganz klar gesehen werden:

Die Durchführung einer Flurbereinigung im Weinbergsbereich braucht um ihrer selbst willen die Totalabräumung der Weinberge nicht. Sofern nämlich keine Planierungen erforderlich sind, kann der Zusammenlegungseffekt auch im bestockten Bereich geschehen. Instrument hierzu wäre eine zeitlich versetzte Besitzübergangsregelung, die vom neuen Eigentum so lange abweichen könnte, bis die bestehenden Rebanlagen abgängig sind.

Der Verfasser hat allerdings bei Verhandlungen mit Widerspruchsführern die Erfahrung gemacht, daß die Akzeptanz unter den Praktikern für eine derartige Regelung gering ist. Es mag sein, daß sie größer würde, wenn die Aufbaugemeinschaften von vornherein einen Wiederaufbau in solcher Art ansteuern und ihre Mitglieder entsprechend motivieren würden, daß jüngere Weinberge trotz geänderter Eigentumsverhältnisse und Grundstücksgrößen und -formen bis zu einem zu vereinbarenden Abgängigkeitszeitpunkt vom Alteigentümer genutzt werden.

Es wäre sinnvoll, einmal in einer der vielen Gemarkungen, in denen die Besitzzersplitterung groß und die Notwendigkeit einer Flurbereinigung grundsätzlich anerkannt, die Investitionsfähigkeit der Winzer aber gering ist, ein Pilotprojekt auf der zuletzt genannten Basis durchzuführen.

AUS DER RECHTSPRECHUNG

von Ministerialrat Herbert Staab, Mainz

Aus den Entscheidungen des Flurbereinigungsgerichts Koblenz

1. Geldabfindung für Gebäude (§ 50 Abs. 4 FlurbG)

- Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 1. Juni 1988 - 9 C 21/86 - -

Aus den Gründen:

Dagegen ist der hilfsweise gestellte Klageantrag zu einem Teil begründet. Denn nach § 50 Abs. 4 FlurbG ist jeder Flurbereinigungsteilnehmer für wesentliche Bestandteile von Einlagegrundstücken, insbesondere für Gebäude, die nicht wieder zugeteilt worden sind, in Geld abzufinden. Der Beklagte hat es bisher unterlassen, eine derartige Geldabfindungsregelung in den Zusammenlegungsplan aufzunehmen. Entgegen seiner Auffassung ist ein Geldabfindungsanspruch für den im Altbesitz hinterlassenen Schafstall nicht deshalb zu verneinen, weil das genannte Gebäude nicht mehr als Stall, sondern lediglich als Gerätehütte genutzt worden sei. Ein solcher Umstand mag zwar die Bauaufsichtsbehörde dazu berechtigen, eine baupolizeiliche Nutzungsuntersagung zu verfügen, da die genannte Nutzung ohne Zweifel mit der am 4. Dezember 1968 ausgesprochenen Baugenehmigung, die sich

lediglich auf den Neubau eines "Schafstalles" bezog, in Widerspruch steht. Der Anspruch nach § 50 Abs. 4 FlurbG wird jedoch dadurch nicht berührt, da er an den Verlust eines -legalen- Bauwerkes anknüpft. Diese Anspruchsvoraussetzung läßt sich im vorliegenden Fall nicht ernsthaft bestreiten, da die Klägerin berechtigt war, die genannte Holzhütte jedenfalls als Schafstall - wie genehmigt - zu nutzen.

Der Senat hält allerdings lediglich einen Geldabfindungsanspruch in Höhe von 540,-- DM für den Verlust des im Altbesitz aufstehenden Schafstalles für gerechtfertigt. Nach den Feststellungen der Spruchstelle für Flurbereinigung stellt sich der Stall als eine Holzhütte mit einer Grundfläche von 4 m x 3 m dar. Der Stall besteht aus einem Holzbalkengerüst, das mit überlappenden Brettern verschalt und mit einer Eternitplattendecke versehen ist. Mit Rücksicht auf diese Bauweise hält es der Senat für angemessen, für die Ermittlung des Geldabfindungsanspruchs einen Kostenansatz von 30,-- DM/cbm umbauten Raumes anzunehmen. Bei einer Grundfläche von 3 m x 4 m und einer Höhe des Gebäudes von rund 3 m ergibt sich somit ein umbauter Raum von 36 cbm. Unter Zugrundelegung des genannten Kostensatzes von 30,-- DM/cbm umbauten Raumes stellt sich somit der Kostenaufwand für die Herstellung des genannten Schafstalles auf 1.080,-- DM dar. Da das Gebäude jedoch bereits nahezu 20 Jahre alt ist, ist ein Abschreibungsabschlag von mindestens 50 % der Erstellungskosten erforderlich. Der Geldabfindungsanspruch beläuft sich demnach auf lediglich 540,-- DM.

Anmerkung:

Das Flurbereinigungsgericht setzte eine Geldabfindung für ein als Schafstall genehmigtes Gebäude fest, obwohl dieses seit Jahren nicht mehr als Schafstall genutzt, sondern als Gerätehütte umfunktioniert wurde. Bei der Festsetzung der Geldabfindung ließ das Flurbereinigungsgericht unberücksichtigt, daß das Gebäude legal nur als Schafstall genutzt werden konnte und für eine solche Nutzung kein Interesse mehr bestand.

2. Anforderungen an einen Vorschußbescheid (§ 19 Abs. 1 FlurbG)

- Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 29. Januar 1988 - 9 C 45/86 - -

Aus den Gründen:

Das Beitragsverfahren ist im Flurbereinigungsgesetz nicht näher geregelt. Aus den allgemeinen Grundsätzen des Verwaltungsverfahrens ergibt sich indessen, daß der Beitragsbescheid alle Angaben enthalten muß, die den Schuldner in die Lage versetzen, die Rechtmäßigkeit der Forderung und ihre Berechnung nachzuprüfen (vgl. Ernst/Zinkahn/Bielenberg, BBauG, Bd. III, Stand: 1. August 1986, Rd.Nr. 12 zu § 134; OVG Lüneburg, Beschluß vom 21. März 1978 - IX OVG B 45/77 - in: Kommunale Steuerzeitschrift - KStZ - 1978, S. 195). Nach § 39 Abs. 1 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) vom 25. Mai 1976 (BGBl I, S. 1253) sind in der schriftlichen Begründung des Verwaltungsaktes die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gründe mitzuteilen, die die Behörde zu ihrer Entscheidung bewogen haben. Das bedeutet für die Heranziehung zu Vorschüssen von Flurbereinigungsbeiträgen, daß der Bescheid der Teilnehmergemeinschaft die nicht ge-

deckten Ausführungskosten für den Veranlagungszeitraum, den festgesetzten Beitragsmaßstab, bei einem Flächenmaßstab die beitragspflichtige Fläche des Gesamtverfahrens sowie die Fläche des einzelnen Besitzstandes, für den der jeweilige Teilnehmer veranlagt wird, enthalten muß, um die Grundlagen der Vorschußforderung nur in groben Zügen nachvollziehen zu können.

Anmerkung:

Im entschiedenen Fall entsprach der Vorschußbescheid nicht diesen Mindestanforderungen. Dennoch führte die Klage nicht zum Erfolg, da die Behörde keine andere Sachentscheidung hätte treffen können (§ 46 VwVfG).

3. Zusage über die Kostenbefreiung (§ 19 III FlurbG)

- Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 29. Januar 1988 - 9 C 65/87 - -

Aus den Gründen:

Im übrigen können sich die Kläger auch nicht auf eine behördliche Zusage berufen, nach der sie von der Leistung der Flurbereinigungsbeiträge grundsätzlich freigestellt worden seien. Für die Wirksamkeit einer solchen Zusicherung fehlt es bereits an der gesetzlich vorgeschriebenen Schriftform (§ 38 Abs. 1 Satz 1 VwVfG). Aber selbst wenn eine solche Zusage schriftlich erteilt worden wäre, so müßte sie als rechtswidrig angesehen werden. Denn die Flurbereinigungsbehörde ist nicht befugt, schon vor der Aufstellung des Flurbereinigungsplanes endgültige Entscheidungen über die Befreiung von Flurbereinigungsbeiträgen nach § 19 Abs. 3 FlurbG zu treffen, da ihr die Beurteilung in diesem Verfahrensstadium, ob keine oder nur geringfügige Vorteile für einen Besitzstand vorliegen, gar nicht möglich ist.

Anmerkung:

Diese Entscheidung entspricht der herrschenden Meinung in Literatur und Rechtsprechung der Flurbereinigungsgerichte. Bei Zusagen zur Ausräumung bzw. Rücknahme von Widersprüchen gegen den Anordnungsbeschuß nach § 4 FlurbG (Beitragsbefreiung, Abfindung in alter Lage) ist äußerste Zurückhaltung geboten, denn solche Zusagen sind von wenigen Ausnahmefällen abgesehen, in der Regel rechtswidrig und unzulässig.

4. a) Bestandsaufnahme für die Erstellung des Wege- und Gewässerplanes b) Abwägung bei Planfeststellung

- Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 6. November 1987 - 9 C 43/85 - -

Aus den Gründen:

Eine Verletzung des Abwägungsgebotes, die die Kläger damit begründen, daß die Flurbereinigungsbehörde den Bestand und die Art der zu Eingang der Flurbereinigung vorhandenen Wege und Gewässer nicht umfassend ermittelt und festgestellt

habe, liegt nicht vor. Denn unabhängig davon, daß den Teilnehmern eines Flurbereinigungsverfahrens gegen die Festsetzungen des Wege- und Gewässerplanes kein eigenes Beanstandungsrecht eingeräumt ist (§ 41 Abs. 6 FlurbG), können sie sich nur dann und nur in Verbindung mit ihrem gemäß § 59 FlurbG gegen die Landabfindung gerichteten Rechtsbehelf auf einen Abwägungsfehler bei der Erstellung des Wege- und Gewässerplanes berufen, wenn nicht auszuschließen ist, daß ohne diesen Abwägungsfehler die Abfindung eine andere Gestaltung erfahren hätte. Davon kann hier indessen schon deshalb nicht ausgegangen werden, weil ein Abwägungsmangel, wie die Kläger ihn rügen, nicht gegeben ist. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß entgegen der von den Klägern nicht näher begründeten Behauptung die von der Flurbereinigungsbehörde für die Erstellung des Wege- und Gewässerplanes erforderliche Ermittlung und Feststellung der zu Beginn der Flurbereinigung vorhandenen Wege und Gewässer in hinreichendem Umfang erfolgt sind. Dafür sprechen schon die nach Kenntnis des fachkundig besetzten Senates der Behörde regelmäßig zur Verfügung stehenden Eintragungen und Kartenunterlagen des Grundbuches, des Liegenschaftskatasters und der Vermessungsbehörden über den alten Bestand, die gemäß den §§ 12, 30 und 135 Abs. 1 Satz 2 FlurbG den Flurbereinigungsbehörden zur Verfügung stehen und grundsätzlich Lage, Größe und Eigentümer aus der Wege- und Gewässergrundstücke nachweisen. Zudem wird - jedenfalls in Rheinland-Pfalz - für den Entwurf des Wege- und Gewässerplanes eine sog. orthophotographische (Erst-) Befliegung durchgeführt. Die dabei von dem jeweiligen Flurbereinigungsgebiet gefertigten Gebietskarten mit eingetragenen Höhenlinien, in der Regel im Maßstab 1:2 000, vermitteln einen mit hoher Genauigkeit ausgestatteten Überblick über das gesamte Verfahrensgebiet und bilden zusammen mit den zuvor genannten Unterlagen eine in der Regel für die Erstellung des Wege- und Gewässerplanes ausreichende Bestandsaufnahme, die auch die rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse hinsichtlich der Wege und Gewässer erfaßt.

Da diese Planungsunterlagen noch durch unumgängliche örtliche Erhebungen und Absteckungen ergänzt werden, spricht alles dafür, daß die Behörde das ihr durch § 37 Abs. 1 Satz 1 FlurbG aufgegebene Abwägungsgebot beachtet und hinsichtlich der Wege und Gewässer die erwägungserheblichen Umstände sachgerecht und ausreichend ermittelt hat. Im übrigen könnten sich die Kläger auf den von ihnen behaupteten Planungsfehler auch nur dann berufen, wenn dadurch die nach § 37 Abs. 1 FlurbG gegeneinander abzuwägenden Interessen der Beteiligten in ihrer Gesamtheit, der allgemeinen Landeskultur und Landentwicklung oder des Wohles der Allgemeinheit berührt worden wären und infolgedessen die Gestaltung ihrer Abfindung hätte anders ausfallen können. Davon kann aber keine Rede sein.

Anmerkung:

Wenn auch das Flurbereinigungsgericht in diesem Fall keine besonders hohen Anforderungen auf den Nachweis eines ordnungsgemäßen Abwägungsvorganges gestellt hat, empfiehlt es sich, die in Erwägung gezogenen Planungsalternativen und die der Entscheidung zugrundeliegenden Überlegungen zu dokumentieren.

5. Entzug von Wasserflächen durch den Flurbereinigungsplan

- Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 6. November 1987
- 9 C 117/87 - -

Aus den Gründen:

Die Klägerin kann sich nicht mit Erfolg dagegen wenden, daß dem Einlagebesitz Wasserflächen entzogen und nicht wieder zugeteilt worden sind. Es ist zwar zutreffend, daß diesem Besitzstand Wasserflächen im Umfang von 0,95 a gehörten, die nicht wieder ausgewiesen worden sind. Dadurch hat die Klägerin aber keine Bewirtschaftungsnachteile hinnehmen müssen. Dies gilt auch für ihre Forderung, den Wasserlauf innerhalb der Landabfindung Flur 5 Nr. 97, der der Gemeinde ausgewiesen wurde, in ihr Eigentum zu überführen. Die Klägerin ist nämlich auch ohne diese Eigentumsfläche nach § 24 des Wasserhaushaltsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1986 (BGBl I, S. 1529) in Verbindung mit § 38 Abs. 2 des Landeswassergesetzes vom 4. März 1983 (GVBl S. 31) rechtlich in der Lage, das Weidevieh aus diesen Wasserläufen zu trinken. Denn die Wasserentnahme für diesen Zweck fällt nach den genannten Bestimmungen unter den Gewässeranliegeregebrauch, der den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke zusteht. Tatsächlich wird diese Art der Gewässernutzung aber auch durch den Einsatz von Viehtränken und einem Schlauchanschluß ermöglicht.

Anmerkung:

Die Klägerin hatte Wasserflächen in das Flurbereinigungsverfahren eingebracht, die der Gemeinde zu Eigentum zugewiesen wurden. Sie verlangte die Ausweisung der Gewässer im Anliegereigentum. Das Flurbereinigungsgericht verneinte einen Anspruch auf Wiederausweisung von Wasserflächen. Voraussetzung dafür ist, daß die Tränkemöglichkeit nicht eingeschränkt wird, denn die Möglichkeit der Wasserentnahme stellt einen nach § 44 Abs. 2 FlurbG zu berücksichtigenden Umstand dar (vgl. Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 24. August 1982 - 9 C 22/81 - RdL 1983, S. 17 = RzF § 44 II, S. 135). Für entzogene Wasserflächen muß allerdings grundsätzlich ein angemessener Landausgleich gewährt werden; es geht deshalb nicht an, Wasserflächen - wie oft geschehen - mit 0 (also ohne Wert) zu bewerten.

Aus der Praxis der Spruchstelle

Verhältnis Plan nach § 41 FlurbG - Flurbereinigungsplan

Dieses Verhältnis wird gelegentlich nicht richtig erkannt.

1. a) Es wird manchmal die rechtsirrigte Auffassung vertreten, das Kulturanamt könne zur Behebung von begründeten Widersprüchen gegen den Flurbereinigungsplan mit einer Änderung des Flurbereinigungsplanes nach § 60 FlurbG zugleich den Plan nach § 41 FlurbG ändern (vgl. hierzu Niederschrift über die

Dienstbesprechung mit dem technischen Referenten der oberen Flurbereinigungsbehörden und den leitenden technischen Beamten der Kulturämter am 27. und 28. Februar 1984, übersandt am 22. Juni 1984, - 743-01.50 - TOP 2 zu 2.1.1).

- b) Eine Bezirksregierung als obere Flurbereinigungsbehörde wollte eine für erforderlich gehaltene Änderung des Planes nach § 41 FlurbG bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes zurückstellen, weil abzusehen war, daß der betroffene Teilnehmer hiermit nicht einverstanden war. Bei dieser Verfahrensweise wird übersehen, daß die Rechtmäßigkeit des Flurbereinigungsplanes von der Rechtmäßigkeit des Planes nach § 41 FlurbG abhängt.
- c) In einem anderen Fall hat die Bezirksregierung den Plan nach § 41 FlurbG nach Vorlage des Flurbereinigungsplanes geändert, (aufgrund eines Widerspruchs eines Teilnehmers gegen den Flurbereinigungsplan) diese Änderung auch dem betroffenen Teilnehmer mitgeteilt und über den von diesem dagegen eingelegten Widerspruch entschieden. Diese Handhabung steht mit dem Gesetz nicht in Einklang, da zur Entscheidung über den Widerspruch des Teilnehmers gegen den Flurbereinigungsplan, der auch gegen den Plan nach § 41 FlurbG gerichtet ist, die Spruchstelle für Flurbereinigung berufen ist.
- d) Bei einer Änderung des Planes nach § 41 FlurbG (nach Vorlage des Flurbereinigungsplanes) sind die entsprechenden Verfahrensvorschriften auch dann zu beachten, wenn er bereits Bestandteil des Flurbereinigungsplanes ist.

Andererseits kann eine Änderung des Planes nach § 41 FlurbG, wenn dieser schon Bestandteil des Flurbereinigungsplanes war, nur durch einen Nachtrag zum Flurbereinigungsplan in den Flurbereinigungsplan aufgenommen werden. Die Teilnehmer haben dann die Möglichkeit, diese Regelung - soweit ihre Abfindung davon berührt wird - mit Widerspruch gegen den Flurbereinigungsplan anzufechten.

BUCHBESPRECHUNGEN

- Titel:** Die Verbesserung städtebaulicher Verhältnisse im Interferenzfeld von kommunaler Raumplanung, Dorferneuerung und Flurbereinigung
- Verfasser:** Dipl.-Ing. Rainer Dippold, zur Erlangung der Würde eines Dr.-Ing. von der Technischen Hochschule Darmstadt 1988 genehmigte Dissertation
- Umfang:** 305 Seiten, geheftet, kartonierter Umschlag, Preis unbekannt, Schriftenreihe Nr. D 17
- Vertrieb:** Technische Hochschule Darmstadt, Fachbereich 12 (Vermessungswesen)

Die vorliegende wissenschaftliche Untersuchung stellt das Verflechtungsspektrum der Planungs- und Handlungssysteme Raumplanung, Dorferneuerung und Flurbereinigung dar.

reinigung problemorientiert dar und analysiert es unter planungsrechtlichen Gesichtspunkten.

Nach einer Einführung und Beschreibung der Aufgabenstellung umfaßt die Arbeit folgende Kapitel:

- Zum Verhältnis von raumbedeutsamer Fachplanung und Ortsplanung
- (Flurbereinigungs-) planfeststellung und Städtebaurecht
- Die Berücksichtigung städtebaulicher Belange im Rahmen des Planungsermessens bei der Flurbereinigung
- Abweichung von den städtebaulichen Festsetzungen
- Das bauleitplanerische Erfordernis bei der Dorferneuerung
- Zusammenfassung der Ergebnisse

Ausgangspunkt der Arbeit ist das gemeinsame Verantwortungsspektrum der Planungsträger "Flurbereinigung" und "Ortsplanung" für den ländlichen Wohn-, Arbeits- und Erholungsraum. Beide Planungsträger haben umfangreiche Koordinierungsaufgaben zu erfüllen. Es bleibt dabei nicht aus, daß sich in der Zielformulierung und Zielverfolgung Überschneidungen ergeben.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht daher die Erörterung der Fragen der Abstimmung und Abwägung im Planungsprozeß, sowie der Regelung des Vorrangs im Falle sich widersprechender Planungsabsichten und -entscheidungen.

Unter Einbeziehung umfassender Literaturquellen und rechtlicher Fundstellen werden die in Frage kommenden Einzelheiten besonders des BBauG/BauGB und des FlurbG systematisch ausgewertet. Auch kritische Würdigungen anderer Dissertationen (z.B. RULAND) oder einschlägiger Kommentatoren (z.B. QUADFLIEG oder BIELENBERG) kommen in der Arbeit nicht zu kurz.

Dem besonders spezialisierten Kenner von Baugesetzbuch, Flurbereinigungsrecht und Raumplanungsrecht kann die vorliegende Dissertation Erkenntnisse grundsätzlicher Art im Abstimmungs-/Abwägungsgefüge flächenbezogener Raumplanungen liefern.

Für den Praktiker "vor Ort" ist die Arbeit nicht gedacht. Für ihn sind die Erkenntnisse des Verfassers nicht ohne weiteres ablesbar und auch nicht einfach umzusetzen, es sei denn, er hat sich auch bisher schon ausgiebig mit den vom Verfasser erörterten Problemstellungen auseinandergesetzt und ist dadurch mit der exakten Auslegung der in Frage kommenden Paragraphen des BBauG/BauGB vertraut und erwartet weitergehende Hilfestellungen.

Axel Lorig

- Titel:** Dorfentwicklung - Dorferneuerung
Eine interdisziplinäre Bibliographie des deutschsprachigen Schrifttums
- Bearbeitung:** Matthias Türk
- Herausgeber und Vertrieb:** M. Domrös, E. Gormsen, W. Klaer, J. Stadelbauer
Geographisches Institut der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, 1988, ISBN: 3-88250-031-X
- Umfang:** 191 Seiten, 26,-- DM

Das 31. Heft der Mainzer Geographischen Studien ist eine interdisziplinäre Bibliographie zum Thema Dorfentwicklung - Dorferneuerung.

Sie umfaßt neben einer kurzen Einführung in die Probleme, Aufgaben und Chancen bei der Entwicklung und Erneuerung im ländlichen Raum in der Hauptsache eine detaillierte Zusammenstellung von ca. 2.500 Veröffentlichungen zum Bereich Dorferneuerung/Dorfentwicklung.

In mühevoller Kleinarbeit wurden deutschsprachige Monographien und Aufsätze von 1945 - 87 gesammelt und in einer sowohl länder- als auch fächerübergreifenden Bibliographie zusammengestellt.

Die einzelnen Titel sind alphabetisch nach Verfassern geordnet. Ihre Erschließung wird durch ein Sachregister, Orts- und Gebietsregister sowie ein Personenregister erleichtert.

Dieses Werk - einmalig im gesamten Bundesgebiet - ist ein für alle interessierten Praktiker und Theoretiker wertvoller Beitrag zur Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum.

Dorothee Heidenreich

LITERATURÜBERSICHT

von Axel Lorig und Rudolf Dielmann, Mainz

Recht der Landwirtschaft

- Dippold, R.: Landwirtschaftliche Vorhaben im nicht beplanten Innenbereich, Heft 2, 1988, S. 32
- Hoecht, H.: Vorausbau in der Flurbereinigung, Heft 5, 1988, S. 113
- Alhusen, B.: Ergebnisse der Flächenstillegung in Niedersachsen, Heft 5, 1988, S. 116 f
- Dippold, R.: Konzentrationswirkung der Planfeststellung in der Flurbereinigung, Heft 7, 1988, S. 169 ff

Zeitschrift für Kulturtechnik und Flurbereinigung

- Thomas, J.: Geodätische Untersuchungen zu großflächigen Hangrutschungen in einer Weinbergsflurbereinigung, Heft 1/2, 1988, S. 41
- Mohn, H.: Neues technisches Regelwerk für den Wegebau - ZTV - LW 87, Heft 1/2, 1988, S. 52
- Wohlrab, B.: Wandel der Schwerpunkte in der Landeskultur, Heft 3/4, 1988, S. 65
- Steinaecker, H.C.: Haben Wasser- und Bodenverbände noch eine Zukunft?, Heft 3/4, 1988, S. 71
- Hohn, H.-U.: Rückbau von Wasserläufen, Heft 3/4, 1988, S. 86
- Pfadenhauer, J.: Gedanken zu Flächenstillegungs- und Extensivierungsprogrammen aus ökologischer Sicht, Heft 5/6, 1988, S. 165
- Kaule, C.,
Beutler, A. und Heckes, U.: Wege und wegebegleitende Ökosysteme in der Kulturlandschaft, Heft 2, 1988, S. 86

Zeitschrift für Vermessungswesen

- Magel, H.: Zum Stellenwert der Landschaftsplanung in der Flurbereinigung am Beispiel Bayern, Heft 3, 1988, S. 137
- Stumpf, M.: Überlegungen zur Landentwicklung durch Flurbereinigung in der Volksrepublik China, Heft 4, 1988, S. 166
- Zimmermann, W.: Entwicklungshilfe im Vermessungswesen und in der ländlichen Entwicklung - Integriertes Wirkungsfeld des Geodäten, Heft 4, 1988, S. 177

BDVI - Forum

- Thomas, J.: Katasterphotogrammetrie - ein Anachronismus?, Heft 1, 1988

Vermessungswesen und Raumordnung

- Ellsiepen, H.-P.: Flurbereinigung im rekultivierten Braunkohlentagebau, Heft 2, 1988

Mitteilungsblatt des Deutschen Vereins für Vermessungswesen - Landesverband Bayern -

- Widermann, R.: Landwirtschaftlich-betriebswirtschaftliche Effizienz der Flurbereinigung, Heft 1, 1988

Seminar

- Zillien, F.: Schutz der Bodenflächen, Heft 1, 1988, S. 1
- Zillien, F.: Ländliche Bodenordnung im Interesse und zum Wohl der Allgemeinheit, Heft 1, 1988, S. 11

Wasser und Boden

- Zillien, F. u. Hess, C.-R.: Weinbergsflurbereinigung unter besonderer Berücksichtigung wasserwirtschaftlicher und landespflegerischer Erfordernisse, Heft 3, 1988, S. 129 - 133

Pfälzer Bauer

- Zillien, F.: Innere Kolonisation in der Pfalz, Heft 2, 1988, S. 28
- Zillien, F.: Europäische Kampagne für den ländlichen Raum 1987 - 1988, Heft 2, 1988, S. 29
- Zillien, F.: Flurbereinigung unter veränderten agrar- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen, Heft 13, 1988, S. 24
- Hess, C.-R.: Änderungen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" beschlossen, Heft 23, 1988, S. 38

Rheinische Bauernzeitung

- Zillien, F.: Dorferneuerung - Chancen und Gefahren
- Zillien, F.: Einfluß der Flurbereinigung auf die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe

Der Landbote

- Hess, C.-R.: Ökologische Aspekte in der Dorferneuerung, Heft 12, 1988, S. 35

LÖLF - Mitteilungen

- Hawlitzeck, G. und Kupke, J.: Mulchplatte als Anwuchshilfe für Gehölze, Heft 1, 1988, S. 27

Aus datenschutzrechtlichen Gründen Personaldaten entfernt.

S. 59 bis 63

4. Arbeiten am Polygonpunktfeld

Arbeiten am vorhandenen Polygonpunktfeld sind grundsätzlich Aufgabe der Katasterämter. Welche Arbeiten anfallen können, ist unter Nr. 3.6.2 ausdrücklich dargestellt. Der jeweilige Umfang der nach Nr. 3.6.3 vom Kulturamt mitzuerledigenden Arbeiten wird rechtzeitig miteinander abzustimmen sein.

Bei Anwendung der Luftbildmessung ist besonders zu beachten, daß die Katasterämter bei der Auswahl der Polygonpunkte, die als Paßpunkte dienen sollen, größere Sorgfalt verwenden und gleichzeitig Überlegungen zur äußeren Anpassung anstellen. Ferner ist eindeutig und endgültig festzulegen, mit welchen Koordinaten der Anschlußpunkte die Neuvermessung durchgeführt werden soll; Koordinatenänderungen können vom Kulturamt nur bis zum Beginn der Neuvermessung berücksichtigt werden.

5. Feststellung der Gebietsgrenze

Dieser Abschnitt ist sachlich geändert worden. Zwar obliegen die Grenzfeststellungsarbeiten grundsätzlich den Kulturämtern, jedoch ist es ureigenste Sache der Katasterbehörden, bei nicht einwandfreiem Katasternachweis selbst tätig zu werden; dies gilt auch, wenn die Gebietsgrenze durch ein Gewässer gebildet wird. Die getroffene Regelung soll allerdings nicht ausschließen, daß kurze Teilstücke mit nicht einwandfreiem Katasternachweis zwischen den vom Kulturamt festzustellenden Bereichen der Gebietsgrenze von diesem mitbearbeitet werden können, ebenso umgekehrt.

Wird die Gebietsgrenze von einem Gewässer gebildet, ist insbesondere unter Beachtung der Länge des Grenzzuges, der Geländegestaltung und des Aufwuchses zu entscheiden, ob aus Wirtschaftlichkeitsgründen die Neuaufnahme des Gewässerverlaufes zunächst zurückgestellt und später unter Verwendung der Ergebnisse der Luftbildmessung nachgeholt werden soll. Das Vorgehen ist in diesen Fällen abzustimmen.

Die Grenzfeststellung ist ein Verwaltungsakt mit besonderer Wirkung für die von außen an das Verfahrensgebiet anstoßenden Grundstückseigentümer. Deshalb ist in den vorgenannten besonderen Fällen vorweg eine rechtlich festgestellte Grenze zu schaffen. Dies ist angestammte Aufgabe der Katasterämter und der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (ÖbVI). Ggf. ist als Folge eine Fortführung des alten Bestandes innerhalb und außerhalb der Gebietsgrenze notwendig; dies gilt vornehmlich bei Anliegergewässern.

Für alle nicht unmittelbar vom Kulturamt festgestellten Grenzen ist ein Abmarkungstermin abzuhalten. Die Grenzanerkennung durch den Flurbereinigungsplan ist insofern eingeschränkt worden.

Die Grenzfeststellungsunterlagen sind dem Katasteramt unmittelbar nach Abschluß der Arbeiten zu übergeben. Die ÖbVI reichen die Unterlagen unmittelbar beim Katasteramt ein; eine Prüfung durch das Kulturamt entfällt.

Die Vergabe von Grenzfeststellungen an ÖbVI ist zwischenzeitlich in einem besonderen Rd.Schr. des MLWF geregelt. Dieses Rd.Schr. regelt auch das Antrags- und

Bewilligungsverfahren für die Zuwendungen des ISM an die Teilnehmergemeinschaften, insbesondere für die Bezuschussung der Ausführungskosten (Meßgehilfenlöhne und Abmarkungsmaterial) beim Einsatz von ÖbVI.

Eine wesentliche Erleichterung und Arbeitersparnis in Zweitbereinigungen stellt die unter Nr. 3.7.6 der VV getroffenen Regelung dar, wonach eine generelle Grenzerstellung nicht mehr gefordert ist. Hiernach kann die Grenzfeststellung auf den für die Einschaltung von neuen Grenzpunkten notwendigen Umfang beschränkt werden.

6. Neuvermessung des Verfahrensgebietes

Entgegen der früheren Regelung unterscheidet die neue VV ZusKatFlurb nicht mehr nach den Verfahrensarten sondern unabhängig davon nach der Vermessungsmethode

- Neuvermessung oder
- Fortführung des Katasternachweises.

Damit wird den modernen Erkenntnissen Rechnung getragen, wonach es möglich ist, sowohl eine klassische Flurbereinigung ohne Neuvermessung, als auch ein beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren (bZV) mit geschlossener Neuvermessung durchzuführen. Dazwischen sind selbstverständlich Mischformen wie die blockweise Neueinteilung möglich.

Grundlage für die Arbeitsweise sind die einschlägigen Katasterrichtlinien RiKaDa in ihrer für die Landeskulturverwaltung modifizierten Form der RiPunkt.

Ausdrücklich betont werden muß an dieser Stelle, daß die photogrammetrische Aufnahme das Standardverfahren der LKV für die geschlossene Neuvermessung bleiben wird. Mit der modernsten technischen Ausrüstung ist dieses Verfahren schnell, kostengünstig, automationsgerecht und genau.

Auf eine Besonderheit unter Nr. 3.9.3 sei hier besonders hingewiesen. Entgegen der Regelung des Rißerlasses, wonach das Katasteramt die Rißmaßstäbe bestimmt, ist bei der geschlossenen Neuvermessung eine schriftliche Vereinbarung über die Rißmaßstäbe zu treffen, d.h. das Kulturamt wirkt gleichrangig bei der sachgerechten Abwägung von Wirtschaftlichkeit und Aufwand mit.

7. Bodenordnungsverfahren auf der Grundlage des Katasternachweises

Unter Nr. 3.10 sind erstmals im Hinblick auf die zunehmenden Zweitbereinigungen arbeits- und vermessungstechnische Möglichkeiten eingeräumt, die den Vollzug der politischen Forderungen nach vereinfachten und kostensparenden Verfahrensarten bei der ländlichen Bodenordnung gerecht werden.

Die inzwischen gesammelten Erfahrungen auf diesem Gebiet zeigen aber, daß bei dieser Bearbeitungsmethode ein erhöhter Sachverstand gefordert ist. Als oberster Grundsatz muß gelten: Die Qualität des bisherigen Katasternachweises darf nicht verschlechtert werden.

Der Vermessungsumfang wird wesentlich durch planerische Entscheidungen beeinflusst. Weitestgehende Beibehaltung bestehender Anlagen (z.B. Wege) erspart Vermessungen; ggf. sind Mißformen bei den Abfindungsgrundstücken in Kauf zu nehmen.

Die Katasterverwaltung wünscht, daß im Hinblick auf einen zutreffenden Eigentumsnachweis im Bereich der Gewässer auch die dafür bedeutsamen Veränderungen innerhalb des Verfahrensgebietes miterfaßt und berichtigt werden. Dies gilt insbesondere bei den im Zuge von Notstandsmaßnahmen erfolgten Veränderungen an Gewässern, aber auch an Wegen.

Eine Sicherung und Einmessung vorhandener Polygonpunkte ist auf solche zu beschränken, die als polygonometrische oder polare Anschlußpunkte benutzt werden.

8. Flurstücksnumerierung

In der Vergangenheit sind vielfach - unter Abstimmung mit den Katasterämtern - wegfallende Flurstücksnummern bei der Neunummerierung wiederverwendet worden. Seit Einführung des einheitlichen automatisierten Liegenschaftsbuches (ALB) führt dies zu Problemen bei der Katasterübernahme, da ehemalige Flurstücksnummern als historischer Nachweis gespeichert bleiben. Nr. 3.11 der VV ZusKatFlurb schreibt deshalb vor, die Vergabe neuer Flurstücksnummern mit dem Katasteramt abzustimmen. Das ISM hat den Katasterämtern im Rd.Schr. vom 10. Mai 1988 Hilfen für die Flurstücksnumerierung angeboten. Für die laufenden Bodenordnungsverfahren wurde mit dem ISM am 13. Juni 1988 vereinbart, daß

- die LKV für alle Verfahren vor der Planvorlage - ggf. durch Neunummerierung - sicherstellt, daß die neue Vorschrift beachtet wird,
- die Katasterverwaltung für Verfahren nach dem Besitzübergang durch besondere Vorkehrungen die Übernahme ins ALB ermöglicht, wenn diese Verfahren dort bekannt sind. Die Kulturämter müssen beim Antrag auf Katasterbuchberichtigung besonders darauf hinweisen, wenn eine mögliche Wiederverwendung alter Flurstücksnummern vorliegt.

9. Neuvermessung von Ortslagen

Dieser Abschnitt hat eine grundlegende Änderung erfahren. Die finanzielle Förderung der Neuvermessung von Ortslagen wurde herausgenommen. Es besteht nur noch die Möglichkeit, die Neuvermessung durch Vereinbarung mit Zustimmung der oberen Behörden durch die Katasterverwaltung ausführen zu lassen.

Nach Nr. 4.1 ist also zunächst die Frage zu klären, ob die Einbeziehung der Ortslage oder von Ortsteilen zur Durchführung landeskultureller Maßnahmen dient, dann obliegt die Neuvermessung selbstverständlich den Kulturämtern. Überwiegen allerdings die Zwecke der Katastererneuerung für die Einbeziehung in das Bodenordnungsverfahren, so sollen i.d.R. die Katasterämter die Neuvermessung und die Koordinatenberechnung übernehmen. Für diesen 2. Fall sind die ergänzenden Regelungen der Nr. 4.2 anzuwenden. Zusätzliche Bearbeitungshinweise sind dem fortgeltenden Rd.Schr. des ISM vom 20.7.1988 - 648-05/01 - zu entnehmen.

10. Fortführungsvermessungen im neuen Bestand

Hinsichtlich der Form der Vermessungsunterlagen, die von den Kulturämtern zur Bearbeitung der Fortführungen am neuen Bestand vorzubereiten sind, gab es in der Vergangenheit verschiedentlich Probleme und unterschiedliche Auffassungen. Nunmehr ist klagestellt, daß für Fortführungsvermessungen die beim Kulturamt verfügbaren Vermessungsunterlagen zu nutzen sind. D.h. Abdrucke der Arbeitsrisse genügen, vorausgesetzt diese enthalten alle notwendigen Messungszahlen und Punktnummern.

11. Berichtigung der öffentlichen Bücher

Die zunehmende Zahl der Benutzer und die gestiegenen Anforderungen an das Liegenschaftskataster als Mehrzweckkataster wirken sich in vollem Umfang auch auf die Kulturämter aus, stellt doch der Flurbereinigungsplan vom Eintritt des neuen Rechtszustandes bis zur Katasterberichtigung das amtliche Verzeichnis der Grundstücke nach § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung dar. Damit verbunden ist ein breites Spektrum an Dienstleistungen, das von den Kulturämtern neben deren eigentlichem gesetzlichen Auftrag zu erbringen ist. Daraus folgt weiterhin, daß der Flurbereinigungsplan die in die öffentlichen Bücher aufzunehmenden Festsetzungen zwangsläufig so nachweisen muß, wie es den für die öffentlichen Bücher geltenden Rechtsnormen entspricht.

Zur Erfüllung der vielseitigen und vertraglich festgelegten Leistungen der Vermessungs- und Katasterverwaltung und zur gleichzeitigen Entlastung der Kulturämter sieht die VV ZusKatFlurb vor, gleichzeitig mit dem Ersuchen auf allgemeine Grundbuchberichtigung den Antrag auf vorzeitige Katasterbuchberichtigung zu stellen. Da das Buchwerk des Liegenschaftskatasters nur in einem Guß berichtigt werden kann, ist es erforderlich, auch die Flurstücke mitzuteilen, die vorläufig der Teilnehmergeinschaft zugeteilt bzw. von einem laufenden Rechtsbehelfsverfahren betroffen sind. Diese werden vorläufig ins Buchwerk übernommen und dort entsprechend gekennzeichnet. Durch nachträgliche Berichtigungsanträge muß sichergestellt werden, daß diese Vermerke letztlich sämtlich wieder gelöscht sind. Dies gilt auch, wenn ggf. Teilnehmer ohne Änderung der Landabfindung das Rechtsbehelfsverfahren beenden.

Das Rd.Schr. des ISM vom 27.9.1982 mit den Änderungen vom 26.9.1983 und 27.5.1987 - alle unter dem Aktenzeichen 647-11/6-648-05/01 - wird aufgehoben.

Es ist unbestritten, daß vorstehende Regelung zu einem zusätzlichen verwaltungsmäßigen Aufwand für die Laufendhaltung der Übereinstimmung von Flurbereinigungsplan und öffentlichen Büchern führen wird.

12. Schlußbemerkung

Mit der vorliegenden VV ZusKatFlurb haben sich ISM und MLWF bemüht, für die vielfältigen Schnittstellen der beiden betroffenen Verwaltungen die Weichen für eine gedeihliche Zusammenarbeit zum Wohle der Allgemeinheit zu stellen. Den Praktikern vor Ort ist es vorbehalten, die vorhandenen Ermessensspielräume durch sachliche Vereinbarungen so zu nutzen, daß für den Einzelfall eine jeweils verwaltungswirtschaftliche Lösung zur Zusammenarbeit der beiden Verwaltungen gefunden wird.

Einsatz der Photogrammetrie in der Landeskulturverwaltung Rheinland - Pfalz

**- Neue Richtlinien für die Anwendung der Luftbildmessung
bei Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (RiPhoto) - *)**

von Vermessungsdirektor Axel Lorig, Mainz

1. Kernaussagen der Richtlinien

Die Richtlinien RiPhoto regeln alles photogrammetrisch Erforderliche, soweit es noch nicht in den Richtlinien RiPunkt oder RiMaZ geregelt ist. Die Richtlinien RiPhoto sind ein Bestandteil des zentralen Richtlinienwerkes. Sie sind Nachfolger der VTV Nr. 24 von 1959, enthalten aber darüber hinaus alle neueren photogrammetrischen Entwicklungen.

2. Inhalt der Richtlinien

2.1. Allgemeines

Die Richtlinien gelten für alle Luftbildanwendungen. Dies ist im Kapitel "Zielsetzungen" näher ausgeführt. Zweck der Luftbildanwendungen ist es, zuverlässige, aktuelle und anschauliche Planungsunterlagen bereitzustellen, die Neuvermessung des Vermessungs- und Grenzpunktfeldes entsprechend den Regelungen der RiPunkt zu unterstützen und die Daten zur maschinellen Zeichnung der Karten und Vermessungsrisse ohne wesentlichen Aufwand mit aufzubereiten.

Nach wie vor wird in eine Erstbefliegung und eine Zweitbefliegung unterschieden; hinzugekommen sind Sonderbefliegungen für gezielte, ergänzende Planungsunterlagen.

2.2. Anwendungsbereiche

Die drei wesentlichen Anwendungsbereiche "Planungsunterlagen", "photogrammetrische Katastervermessung" und "Aufbau der Grunddatei" sind in der Richtlinie ausgiebig unter Einschluß von Beispielen erläutert, um jedem Anwender klare Vorstellungen von den Möglichkeiten der Luftbildanwendungen zu vermitteln.

Im Vortrag wurden insbesondere

- Kontaktkopien Luftbild
- Bildreihen von Kontaktabzügen
- Entzerrte Einzelvergrößerungen
- Color-Senkrechtaufnahmen von Ortslagen

*) Kurzfassung des bei der Dienstbesprechung mit den technischen Sachbearbeitern der Bezirksregierungen und den Bürovorstehern I und II der Kulturämter gehaltenen Vortrages.

- Color-Schrägaufnahmen von Ortslagen
- Höhenlinienpläne
- Gefällstufenkarten
- Geländeschrägdarstellungen
- Orthophotos
- Topographische Ergänzungen
- Profile

anhand von Beispielen erläutert. Die Beispiele sind in der Richtlinie in den Anlagen enthalten, teilweise farbig gedruckt.

2.3 Antragsverfahren

Wesentlich ist, daß die Anträge für Befliegungen bis 1. August des Vorjahres bei der Luftbild- und Rechenstelle vorliegen müssen. Dabei soll die Erstbefliegung solche Gebiete enthalten, in denen in den folgenden Jahren Schwerpunkte der Tätigkeiten des Amtes anzunehmen sind. Die Zweitbefliegung (Katasterphotogrammetrie) soll für solche Gebiete beantragt werden, bei denen der Plan nach § 41 FlurbG bis zum 1.3. des Befliegungsjahres abgesteckt, vermarktet und möglichst signalisiert ist. Sonderbefliegungen von Ortslagen sollen nur dann beantragt werden, wenn ein hoher planerischer Nutzen aus dem Befliegungsergebnis abgeleitet werden kann. Die Antragsunterlagen bleiben im wesentlichen wie bisher auch in der Praxis schon gehandhabt. Die Entscheidungen über die Befliegungen trifft die Bezirksregierung. Die Luftbild- und Rechenstelle unterrichtet das Ministerium von den beantragten Befliegungen. Für mehr als 12 Ortslagenanträge in einem Jahr besteht ein Genehmigungsvorbehalt des Ministeriums.

2.4 Vermessungstechnische Vorarbeiten

Hingewiesen wurde auf den Bezug zur neuen Zusammenarbeitsrichtlinie mit der Katasterverwaltung. Die vorbereitenden vermessungstechnischen Arbeiten sind auch bezüglich der Photogrammetrie einvernehmlich geregelt. Es darf erwartet werden, daß sich die Vermessungs- und Katasterverwaltung an diese Richtlinien VVZusKat-Flurb exakt hält, weil nur dann gute Qualität bei der Auswertung der Befliegungsergebnisse erwartet werden kann. Anders ausgedrückt: die Genauigkeit der Vermessungsergebnisse hängt entscheidend von der Qualität der verwendeten Paßpunkte ab, die nun von der Vermessungs- und Katasterverwaltung auszuwählen sind.

2.5 Vorbereitung der Bildflüge

Diese Ziffer der Richtlinie betrifft im wesentlichen die Luftbild- und Rechenstelle. Hier geht es um Ausschreibung der Bildflüge und Inhalt der Angebote.

2.6 Signalisierung

Die Richtlinie enthält unter dieser Ziffer wesentliche, detaillierte Regeln für alle Befliegungen. Die Gegenstände der Signalisierung, die Signalisierungsart und Signalisierungsgrößen sind exakt bestimmt. Sie sind durch ein in der Anlage enthaltenes Muster erläutert. Auch für die örtlichen Signalisierungsarbeiten sind einige Hinweise gegeben. Die Ausarbeitung der Signalisierungskarte ist geregelt. Auch hier dient ein Muster zur besseren Übersicht. Regelungen über den Abschluß der

Signalisierungsarbeiten und die Unterhaltung der Signale ergänzen dieses Kapitel. Wesentlich ist eine völlig neue Regelung, die Unterweisung der ausführenden vermessungstechnischen Sachbearbeiter durch die Luftbild- und Rechenstelle betreffend. Da die Befliegung ein wichtiger, zeitlich gebundener, ohne weiteres nicht wiederholbarer Schritt im Ablauf eines Flurbereinigungsverfahrens ist, erschien es geboten, die in Frage kommenden AVS im Hinblick auf die vorzubereitenden Arbeiten, insbesondere der Signalisierung, eingehend zu unterweisen. Hiermit soll sichergestellt werden, daß keine Pannen auftreten, die ganze Verfahren in ihrem Ablauf verzögern.

2.7 Bildflug

In dem Kapitel 7 geht es um die Aufnahme des zu befliegenden Gebietes, die zu verwendenden Filme, das Freigabeverfahren u.a..

Für die Kulturämter ist wesentlich, daß auch der Abschluß der Befliegungen und ein evtl. Wiederholungsflug geregelt sind.

2.8 Paßpunktbestimmung

Das Kapitel Paßpunktbestimmung enthält Aussagen über die Grundsätze dieser Arbeiten, die Auswahl der Paßpunkte und die örtlichen Vermessungsarbeiten. Auch in Zukunft werden die Paßpunktbestimmungen durch zwei durch die Luftbild- und Rechenstelle zentral eingesetzte Trupps erledigt. Die Berechnungen werden von diesen Truppleitern bei den jeweiligen Kulturämtern mit der in Frage kommenden Punktdiskette ausgeführt.

2.9 Antrag auf Luftbilddauswertung

Das 9. Kapitel enthält eine "Kochrezeptliste", nach der jeder Sachbearbeiter die Antragsunterlagen vollständig zusammenstellen kann.

2.10 Luftbilddauswertung

Das 10. Kapitel enthält eine "Lieferliste". Gemeint ist damit eine detaillierte Aufstellung über die von der Luftbild- und Rechenstelle in jedem Antragsfall auszuliefernden Unterlagen.

2.11 Aufgehobene Vorschriften

In dieser Richtlinie werden erneut 7 frühere Vorschriften aufgehoben. Im Verbund der Richtlinien RiPhoto, RiMaZ und RegRi sind damit insgesamt 63 bisherige Erlasse und vorläufige Richtlinien aufgehoben worden, was ein wesentlicher Beitrag zur Sicherheit in den technischen Arbeitsabläufen ist.

2.12 Inkrafttreten

Die Richtlinien treten mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

3. Abschließende Bewertung der Richtlinie

Die photogrammetrischen Anwendungen sind ein Glied der Automationskette der Flurbereinigung.

Es war notwendig, im Rahmen des vorgesehenen geschlossenen Richtlinienwerkes modernisierte Regelungen über die photogrammetrischen Anwendungen zu treffen. Da Richtlinien besonders während der Ausbildungszeit studiert werden, erschien es wesentlich, klare Überblicke zu geben und dabei für Auszubildende nachvollziehbare Aussagen zu treffen.

Im täglichen Dienstbetrieb bleibt für viele Bedienstete der Landeskulturverwaltung zum ausgiebigen Studium von Richtlinien wenig Zeit. Deshalb sind die Richtlinien so gestaltet, daß vieles im Rahmen eines kurzen Überblicks erfaßt und durch "Abhaklisten" und "Lieferlisten" nachvollzogen und erledigt werden kann.

Die vielen Beispiele und Muster sollen das Verständnis nach dem bekannten Motto "ein Bild zeigt mehr als tausend Worte" vertiefen.

Einsatz der Photogrammetrie in der Landeskulturverwaltung Rheinland - Pfalz

- Vorhandene Gerätesysteme und deren Einsatz - *)
von Vermessungsdirektor Harald Durben, Mainz

Maßgebend für den erfolgreichen Einsatz einer Vermessungsmethode ist die ständige Bereitschaft des Anwenders, moderne Techniken zu übernehmen bzw. an deren weiteren Entwicklung mitzuwirken.

Nachdem in den 50er Jahren in der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz die Luftbildmessung als sehr wirtschaftliche Methode eingeführt wurde, wurde mit dem Stereoplanigraphen C8 der Firma Carl Zeiss bereits in ein Präzisionsgerätesystem 1. Ordnung investiert. Mit diesen Geräten konnte in den folgenden Jahrzehnten, das letzte System wurde im Herbst 1987 ausgesondert, hinreichend genau und wie gesagt sehr wirtschaftlich die Neuvermessung in Rheinland-Pfalz durchgeführt werden. Insgesamt wurden ca. 85% aller Neuvermessungsarbeiten in den Bodenordnungsverfahren nach dem FlurbG durch Luftbildmessung ausgeführt. Verbessert wurde während der gesamten Zeit das Verfahren. Angefangen mit der rein analogen Auswertung wurde letztendlich eine Methode entwickelt, bei der die Automationskette "vom Feld zur Karte" geschlossen wurde (PFI-Auswertung). Diese Methode liefert neben den Koordinaten der Grenz- und Vermessungspunkte gleichzeitig die Daten für verschiedene Folgeberechnungen (z.B. Flächenberechnung) und die maschinelle Zeichnung der Karten und Vermessungsrisse. Für die Erstellung von Orthophotokarten, die heute als Planungsgrundlage im Flurbereinigungsverfahren nicht mehr wegzudenken sind, wurde bereits 1967 ein Orthoprojektor GZ1 von Zeiss beschafft.

*) Kurzfassung des bei der Dienstbesprechung mit den technischen Sachbearbeitern der Bezirksregierungen und den Bürovorstehern I und II der Kulturämter gehaltenen Vortrages.

In den Jahren 1980 und Ende 1987 konnte durch Beschaffung der hochmodernen analytischen Auswertesysteme Planicomp C100 und Planicomp P2 die eingesetzten Stereoplanigraphen C8 ersetzt werden.

Die heute eingesetzten Auswertesysteme sind mit ihren peripheren Geräten in Bild 1 und Bild 2 schematisch dargestellt.

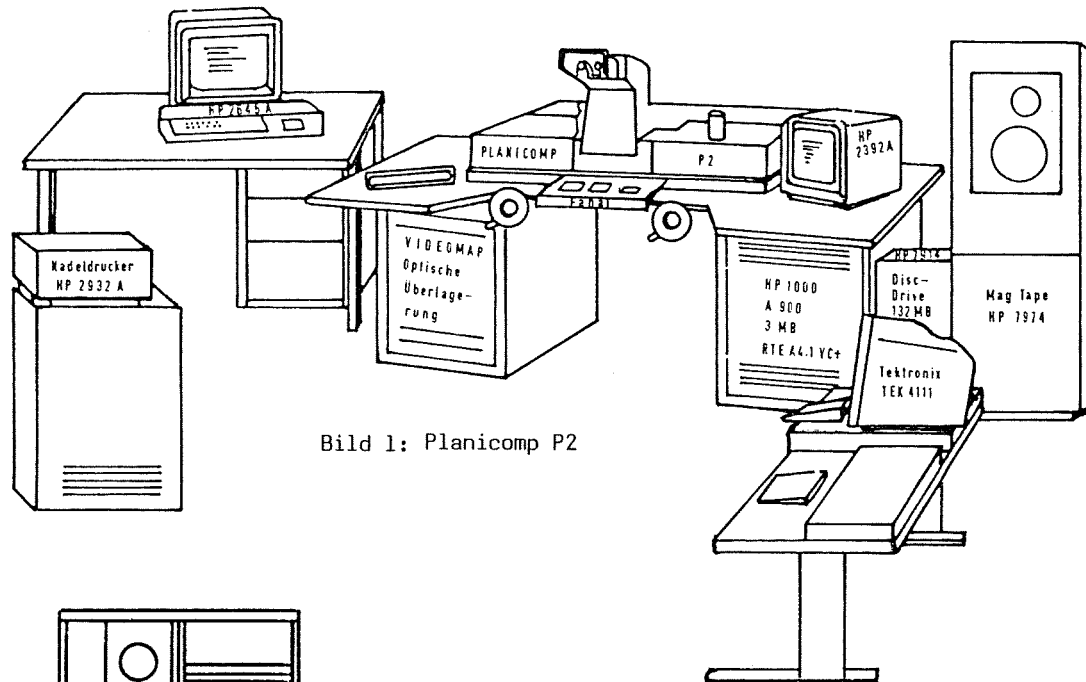


Bild 1: Planicomp P2

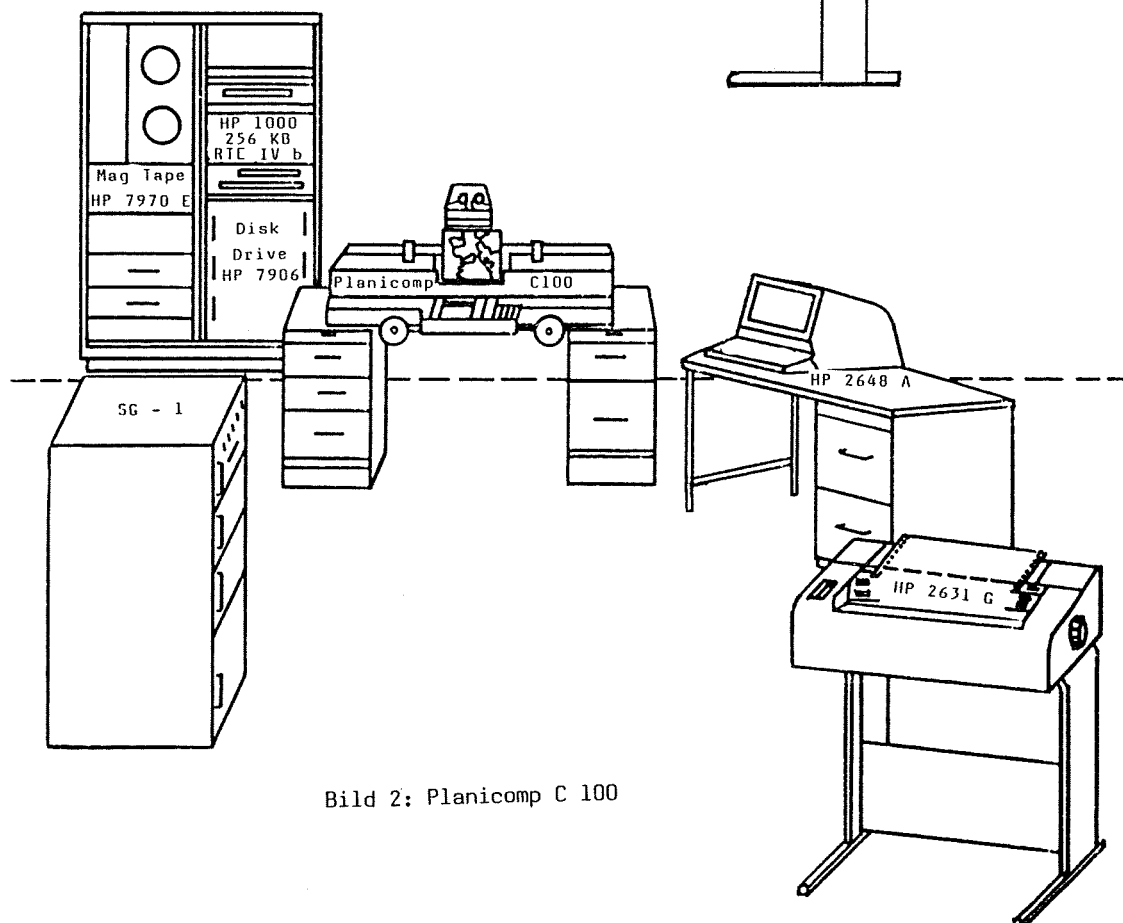


Bild 2: Planicomp C 100

Die Leistungen werden, soweit sie für unsere Verwaltung von Bedeutung sind, im Vergleich zu den bisherigen Analogauswertesystemen in einigen sehr wesentlichen Punkten erläutert:

- Die Genauigkeit entspricht den heutigen Maßstäben und ist mit Sicherheit um den Faktor 5 höher als bei dem C8.
- Routinearbeiten werden durch den angeschlossenen Rechner unterstützt. So lassen sich die Arbeiten zur Modellorientierung in einem Bruchteil der mit Analogauswertegeräten benötigten Zeit ausführen. Dadurch war es möglich, generell den Bildmaßstab 1:3 300 einzuführen.
- Die Messung wird durch den angeschlossenen Rechner unterstützt. Beispielsweise werden unmittelbar nach der Doppel- bzw. Mehrfachmessung die Messwerte auf Messungsfehler geprüft.
- Die rechnerunterstützte Messung digitaler Geländemodelle ermöglicht völlig neue Anwendungen wie z.B. die Ableitung von Geländeschrägdarstellungen und Gefällstufenkarten.

Neben diesen - beiden Systemen gemeinsamen - Merkmalen bietet das neue Auswertesystem Planicomp P2 weitere Vorteile:

- Durch die optische Überlagerung von Karteninhalten mit dem Luftbild wird dem Auswerter unmittelbar bei der Auswertung eine analoge graphische Kontrolle ermöglicht.
- Auf der Basis einer objektorientierten Datenbank steht ein interaktives graphisches System zur Verfügung, mit dem die maschinelle Zeichnung weiter entwickelt werden soll.
- Ein zusätzlicher Prozessor für die Gerätesteuerung entlastet den Arbeitsplatzrechner weitgehend, so daß Parallelanwendungen während der Luftbildauswertung möglich werden.

Beide Geräte sind grundsätzlich für alle in der RiPhoto aufgeführten Luftbildanwendungen geeignet. Aufgrund der weitergehenden Möglichkeiten mit dem Planicomp P2, hier ist besonders die optische Überlagerung mit dem System VIDEO-MAP vorteilhaft, wird dieses Gerät mehr für die Messung von digitalen Geländemodellen eingesetzt und wird das Entwicklungsgerät für neue Anwendungen sein.

Mit diesen beiden modernen Auswertesystemen ist in der Landeskulturverwaltung der Weg bereitet für den Einsatz der Luftbildmessung auf dem Stand der heutigen Technik und darüber hinaus, insbesondere mit dem neuesten Auswertegerät Planicomp P2, für wichtige Weiterentwicklungen.

Stand und Perspektiven der dezentralen Datenverarbeitung in der Landeskulturverwaltung

von Vermessungsdirektor Axel Lorig, Mainz

1. Stand der Dezentralen Datenverarbeitung

Das Mikrocomputersystem VICTOR 9000 hat sich, wie die Auswertung der bei den Kulturämtern geführten Maschinenbücher ergab, im praktischen Einsatz bewährt.

Die Programmierung des Mikrocomputers VICTOR 9000 ist weitgehend abgeschlossen.

Der Schwerpunkt der restlichen Programmierarbeiten für den VICTOR 9000 liegt im Bereich "bautechnische Programme". Außerdem wird ein weiteres Datenerfassungsprogramm für die Automation des bisherigen Erfassungsbeleges 16 erstellt.

Alle anderen laufenden und geplanten Arbeiten der Programmierung im Sektor dezentrale Datenverarbeitung sind bereits auf die noch zu beschaffenden neuen Rechnersysteme ausgerichtet.

2. Entwicklungen

Ein wichtiger Schwerpunkt der derzeit laufenden Arbeiten liegt bei der Erstellung von sogenannten "Verwaltungsprogrammen", mit denen die bisher im Verwaltungsbüro der Kulturämter abgewickelten Arbeiten langfristig durch die Automation unterstützt werden können.

Eine weitere wichtige Arbeit ist die Umstellung und teilweise Neuprogrammierung aller derzeit für den VICTOR 9000 vorliegenden Programme auf einen Nachfolgerechner. Bei den meisten Programmen ist eine einfache Übernahme nicht möglich. Vielmehr sind umfangreiche Arbeiten der Programmierung zu erledigen.

Ausgenommen von dieser Umstellung sind die bautechnischen Programme, da diese auch langfristig auf dem VICTOR 9000 verbleiben sollen.

Hinzu kommen schließlich, allerdings aufgrund der übrigen Arbeiten mit geringerer Priorität, zusätzliche Programme, z.B. für die Waldflurbereinigung.

3. Gerätebeschaffungen

Von der zeitlichen Vorstellung her sind die Programmierarbeiten eng verbunden mit der Beschaffung der neuen Rechenanlagen. Es ist vorgesehen, je einen Rechner für die Verwaltungsbüros in jedem Kulturamt im Herbst 1988 zu installieren;

*) Kurzfassung eines Vortrages bei der Dienstbesprechung mit den technischen Sachbearbeitern der Bezirksregierungen und den Bürovorstehern I und II der Kulturämter.

die Rechner für die beiden Nebenstellen sind im Jahre 1989 eingeplant. Der genaue Zeitpunkt der Installation hängt von den Ergebnissen der Pilotinstallation ab. Die Nachfolgerechner als Ersatz für die VICTOR 9000 sind im Jahre 1989/90 vorgesehen. Der Ablauf ist so gedacht, daß die Pilotprojekte 1989 beginnen. Die allgemeine Einführung sollte dann 1990 möglich sein. Hierzu ist jedoch die entsprechende Bereitstellung von Mitteln im Haushaltsplan noch abzuwarten.

4. Überarbeitung der RiDezDV

Es ergibt sich dann zwangsläufig, daß aufgrund der neuen Rechnersysteme und der neuen Programme eine neue Richtlinie für die dezentrale Datenverarbeitung erstellt werden muß. Diese Richtlinie soll dann im Jahre 1990 die bisherige Richtlinie für die dezentrale Datenverarbeitung ablösen.

5. Fünfte Änderung der RiDezDV

Die bisherige Richtlinie RiDezDV ist bisher fünf mal geändert und ergänzt worden. Der Kern der fünften Änderung liegt in der Neueinführung verschiedener Datenerfassungsprogramme, die den bisherigen Erfassungsbeleg 10 (Flächenpolygone), Erfassungsbeleg 11 (Einzelpunkte) und Erfassungsbeleg 12 (Anschlußpunkte benachbarter Fluren) ergänzen und im Regelfalle ablösen. Zu diesen Erfassungsprogrammen gehört auch ein Programm "Prüfen der Flächenpolygone".

Wichtig in der fünften Änderung der vorbezeichneten Richtlinie sind auch die Programme für die Felddatenerfassung. Hier geht es einerseits um Programme für die Übernahme und Weiterverarbeitung der Daten des Speichermediums "REC 500", andererseits um die mit dem "EPSON HX 20" im Feld gespeicherten Daten.

Die Arbeit mit dem REC 500 ist bisher an drei Tachymetern möglich. Hier ist ein kontinuierlicher Datenfluß vom Tachymeter bis zur Großrechenanlage sichergestellt. Der EPSON HX 20 ergänzt, soweit von den Kulturämtern beschafft und von der Luftbild- und Rechenstelle mit entsprechenden Kassetten ausgerüstet, alle übrigen von den Bezirksregierungen eingesetzten Tachymeter.

Alle Datenerfassungsprogramme haben sich inzwischen in der Praxis bewährt.

Naturgemäß ist in der fünften Änderung und Ergänzung der Richtlinien noch eine Vielzahl anderer Ergänzungen enthalten. Diese Ergänzungen ergaben sich aus Anregungen der Kulturämter, Veränderungen aufgrund der Datenkette und der Beseitigung von Unstimmigkeiten im Programmierverfahren.

6. Schluß

Alle zentralen Erfassungsprogramme werden bei der Luftbild- und Rechenstelle auch weiterhin für eine zunächst unbestimmte und auch unbestimmbare Übergangsphase angeboten. Sollte es also in einzelnen Fällen nicht möglich sein, die entsprechenden Erfassungsbelege dezentral über den VICTOR 9000 zu erfassen, so können sie auch noch über die zentrale Erfassung bei der Luftbild- und Rechenstelle auf der Basis der entsprechenden Erfassungsbelege verarbeitet werden.

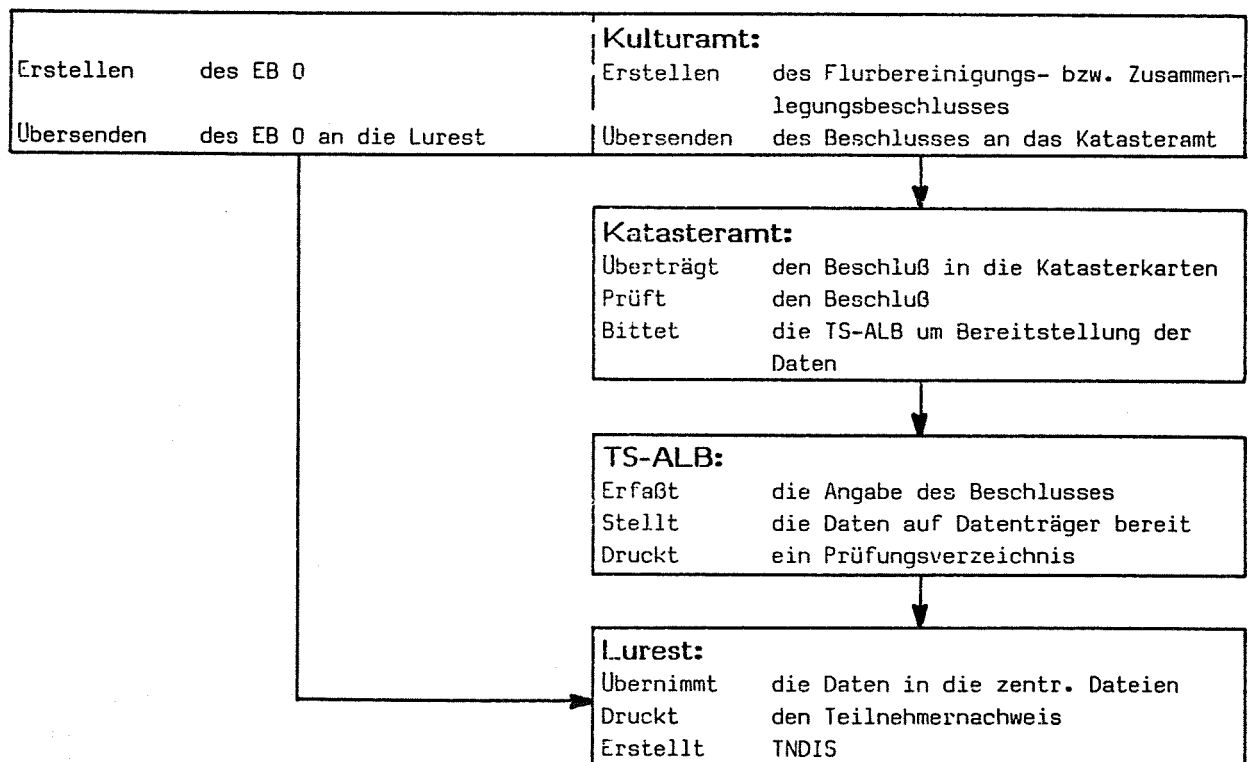
Neuerungen in der zentralen und dezentralen Datenverarbeitung der Landeskulturverwaltung

- Einführung des ALB durch die Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz - *)

von Vermessungsdirektor Harald Durben, Mainz

Die Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz hat, nach Pilotinstallationen bei vier Katasterämtern, die Führung des automatisierten Liegenschaftsbuches vom FOLIKA-Verfahren auf das ALB-Verfahren (ALB) umgestellt. Die Umstellungsarbeiten wurden Anfang 1988 abgeschlossen. Damit sind die Katasterämter über Datenleitung mit dem Landesrechenzentrum verbunden.

Im ALB werden die einzelnen Bestände nicht mehr unter einer Liegenschaftsbuchnummer geführt. Neues Ordnungskennzeichen ist die Grundbuchnummer. Diese wesentliche Änderung des Ordnungskennzeichens bedingte eine erhebliche Anpassung vieler Registerprogramme, die für die Kulturämter aber keine weiteren Auswirkungen haben. Die Arbeiten sind weitgehend abgeschlossen. Für die Übernahme der Katasterangaben ergeben sich gegenüber dem seit Einführung der Registerrichtlinie bewährten Ablauf nur geringfügige Änderungen. Der voraussichtliche Ablauf ist in folgendem Schema dargestellt:



*) Kurzfassung des bei der Dienstbesprechung mit den technischen Sachbearbeitern der Bezirksregierungen und den Bürovorstehern I und II der Kulturämter gehaltenen Vortrages.

Das Übernahmeverfahren wird z.Zt. mit dem Ministerium des Innern und für Sport abgestimmt und wird in einem Rundschreiben geregelt. Bis dahin ist die bereits eingeführte Übergangsregelung maßgebend.

Internationale Grüne Woche 1989 in Berlin

von Vermessungsdirektor Axel Lorig, Mainz

Auch im Jahre 1989 wird bei der Internationalen Grünen Woche in Berlin eine Bund-Länder-Sonderschau "Leben auf dem Lande" veranstaltet. Hierzu haben sich BML, BMBau und die Agrarressorts der Bundesländer aufgrund der guten Ergebnisse und der beachtlichen Resonanz im Jahre 1988 entschlossen.

Im Jahre 1988 wurde die inzwischen schon traditionelle Sonderschau aus der Halle 15.2 erstmalig in einen Teil der wesentlich größeren Halle 17 verlegt. Aus dem früheren "Dorfforum" wurde das Forum "Ländlicher Raum". Diese im Rahmen der Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum vollzogene inhaltliche Wandlung veränderte gleichzeitig den äußeren Rahmen. Aus der vormaligen Ausstellung in "Länderhäuschen" entstanden zwei aufeinander abgestimmte eigenständige Veranstaltungen:

- 1) Die Länderstände mit Ausstellung, Vorführung z.B. handwerklicher Art, Gesprächen zwischen Gemeindevertretern, Politikern und Fachleuten und
- 2) ein als "Land-Show" bezeichnetes Vortrags-, Diskussions- und Vorführforum mit Bühne, Zuschauersitzen, Moderator und durchgehendem Programm während der Öffnungszeiten der IGW.

Durch die Kombination dieser beiden Veranstaltungen werden die in den Länderständen im Ausstellungsbeitrag präsentierten Themen zusätzlich in einer Mischung aus Talk-Show, moderierten Fachvorträgen und themenangepaßter Folklore in der Land-Show aufbereitet.

Die gesamte Vorbereitung und Arbeit in Berlin obliegt im wesentlichen den Bundesländern, die sich jedoch für die Abwicklung und Moderation der Land-Show eines Teams der Agrarsozialen Gesellschaft bedienen.

Im Jahre 1989 ist eine weitere Aufwertung dieser Veranstaltungen zu erwarten, denn erstmalig steht die gesamte Halle 17 für eine integrierte Sonderschau zur Verfügung. Die Sonderschau "Leben auf dem Lande" wird dabei mit der Sonderschau "Bauerngärten" so zusammengefaßt, daß sich beide Veranstaltungen in ihrer Wirkung gegenseitig ergänzen.

Im Forum "Land-Show" wird ein ständiges ARD-Fernsehstudio eingerichtet, damit die Gespräche und Diskussionen eine breite Öffentlichkeit erreichen.

Das Land Rheinland-Pfalz präsentiert 1989 bei der Sonderschau das Thema "Waldflurbereinigung". Der Ausstellungsbeitrag wurde bereits von einer Arbeitsgruppe bestehend aus Ministerium, Bezirksregierungen, Kulturämtern und Luftbild- und Rechenstelle vorbereitet. Die Ausstellungstafeln werden im "Berlin-Design" von der Lurest technisch fertiggestellt. Die Arbeitsgruppe plant auch den Einsatz von Gemeinden in der Land-Show. Es ist vorgesehen, drei Waldflurbereinigungsgemeinden nach Berlin einzuladen, um ihnen dort Gelegenheit zu geben, ihre Waldflurbereinigungsergebnisse vorzustellen.

Die Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz steht seit langem einer jährlichen Fortsetzung dieser Veranstaltungen in Berlin wegen des erheblichen personellen Vorbereitungsaufwandes skeptisch gegenüber. Ein mehrjähriger Turnus wird angestrebt. Die Meinung der Länder ist hierzu jedoch gespalten, mit dem Mehrheits-trend zur jährlichen Fortsetzung.

Die Veranstaltung in Berlin ist die einzige ihrer Art, bei der eine Art "Leistungsschau" und "Standortbestimmung" aller Flurbereinigungsverwaltungen geboten wird. Hier wird die Wandlung der Flurbereinigung für steigende Ansprüche des Naturschutzes, infrastrukturell-raumordnerische Ziele und Dorfentwicklung schlaglichtartig sichtbar. Agrarpolitiker und Fachleute machen sich über die Grenzen ihres Bundeslandes hier - und nur hier - immer wieder anhand der vorgestellten Beispiele mit Möglichkeiten und Ergebnissen der Flurbereinigung vertraut.

Viele sehen in der Sonderschau "Leben auf dem Lande" den einzigen regelmäßigen Kontrapunkt zur "Fressa", wie die IGW in Berlin genannt wird.

Es gibt der Ausstellung Auftrieb, daß 1988 ein erster Landwirtschaftsminister sein IGW-Domizil von der Halle 20 in die Halle 17 verlegte.

Neue Broschüre "Für den ländlichen Raum - Waldflurbereinigung "

von Vermessungsdirektor Axel Lorig, Mainz

Die Bedeutung des Waldes und seine vielfältigen Funktionen sind in den vergangenen Jahren, nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Waldschäden, einer breiten Öffentlichkeit bewußt gemacht worden.

Der Wald kann diese Funktionen ohne eine sachgerechte Pflege nur unzureichend erfüllen. Im Zusammenhang mit den Waldschäden sind Möglichkeiten zu deren Bekämpfung, aber auch Fragen geeigneter Wiederaufforstung aktuell. Hinzugetreten sind verschiedene Denkmodelle über die Neuaufforstung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen im Rahmen der Flächenstillegungen.

Die Bewirtschaftung des Waldes ist auf den vielfach unerschlossenen, kleinparzellierten Standorten des Privatwaldes, die zudem meist heute noch so im Gemenge liegen, daß ein Waldbauer sie nur zu Fuß unter Inanspruchnahme anderer Grundstücke erreichen kann, besonders erschwert. Die Waldflurbereinigung kann hier

Abhilfe schaffen.

Über bisherige Ergebnisse von Waldflurbereinigungen wurde nur selten berichtet, insbesondere nicht in einer durch Bodenordnungsbeispiele belegten Form, die interessierten Waldbauern, Gemeinden und sonstigen Stellen Gelegenheit gibt, sich einmal in Ruhe mit den Zielen, Ergebnissen und dem Kostenaufwand von Waldflurbereinigungsverfahren zu befassen.

Die neue Broschüre "Waldflurbereinigung", die sich in Umfang, Stil und äußerer Aufmachung in die Schriftenreihe der Landeskulturverwaltung "Für den ländlichen Raum" nahtlos einfügt, soll diese Lücke schließen und ein Beitrag zur Aufklärung über Waldflurbereinigung, richtig eingesetzt vielleicht auch ein Beitrag zur Initialzündung bisher ruhender Waldflurbereinigungspotentiale sein.

Die Schrift liegt im Trend der praktischen Arbeit. So sei nur am Rande hingewiesen auf die bekannten Ergebnisse der Untersuchung über die in Rheinland-Pfalz zu bereinigenden Privatwaldflächen und auf eine zur Verbesserung des technischen Verfahrens eingesetzte Arbeitsgruppe "Waldflurbereinigung". Herauszustellen sind die verstärkten Anstrengungen einiger Kulturämter zur Einleitung eigenständiger größerer Waldflurbereinigungsverfahren bzw. von Integralverfahren mit hohem Waldanteil.

Im Hinblick auf die politischen Aktualitätsgrade von einerseits Flächenstillegungen und andererseits Waldschädenbekämpfung kommt der Waldflurbereinigung im Arbeitsplan der Kulturämter ein wesentlich gestiegener Stellenwert zu.

Neue technische Vorschrift für den landwirtschaftlichen Wegebau - ZTV - LW 87

von Bauoberinspektor Rudolf Dielmann, Mainz

Die ZTV-LW 87 (Zusätzliche Technische Vorschriften und Richtlinien für die Befestigung ländlicher Wege) löst die TV-LW 75 ab. Die kulturbautechnischen Sachbearbeiter und Bürovorsteher der Kulturämter und die kulturbautechnischen Sachbearbeiter der Bezirksregierungen - Ref. 53 - wurden im Dezember 1987 in Mainz in die ZTV-LW 87 eingeführt.

Die Einführung der ZTV-LW 87 als verbindliche Vorschrift in der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz kann aber erst nach einer Überarbeitung des Teiles 1.4 des Vergabehandbuches für die Durchführung von Baumaßnahmen der Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz (Bauleistungsbeschreibungen - BLB (FL)) erfolgen. Die Leistungsbeschreibungen in den BLB (FL) müssen von der TV-LW 75 auf die ZTV-LW 87 umgestellt werden. Die Arbeitsgruppe Vergabewesen der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz hat in diesem Jahr mit der Überarbeitung der BLB (FL) begonnen. Außer durch die ZTV-LW 87 war die Überarbeitung insbesondere auch wegen neuer Vorschriften im Bereich des Landschaftsbaues erforderlich. Mit der Herausgabe der überarbeiteten BLB (FL) ist jedoch vor Anfang 1989 nicht zu rechnen. Bis dahin wird weiter nach den TV-LW 75 verfahren.

Die Beschaffung der ZTV-LW 87 durch die Kulturämter oder Bezirksregierungen ist nicht erforderlich.

Wie die bisher in 7.1 - 7.9 in der RLW 75 wiedergegebene TV-LW 75, wurde auch die ZTV-LW 87 vom Deutschen Verband für Wasserwirtschaft und Kulturbau e.V. - DVWK - in einer 4. Ergänzungslieferung unter 7.1 - 7.5 mit Anhang in die RLW 75 übernommen.

Die Ergänzungslieferung wurde zentral vom MLWF beschafft und wird den Kulturämtern und Bezirksregierungen mit den BLB (FL) in ausreichender Anzahl zur Verfügung gestellt.

Aus dem Jahresbericht 1987

von Amtsinspektor Hans Peters, Mainz

Einleitungen

21 Verfahren mit insgesamt 7307 ha, davon 69 ha Rebland

Flurb.	12	3281	69
Zuslg.	9	4026	--

Besitzübergang

34 Verfahren mit insgesamt 10867 ha, davon 835 ha Rebland

Flurb.	30	8770	835
Zuslg.	4	2097	--

Grundbuchberichtigung

26 Verfahren mit insgesamt 7622 ha, davon 490 ha Rebland

Flurb.	24	6686	490
Zuslg.	2	936	--

Katasterberichtigung

25 Verfahren mit insgesamt 8440 ha, davon 893 ha Rebland

Flurb.	22	7819	893
Zuslg.	3	621	--

Schlußfeststellung

18 Verfahren mit insgesamt 10337 ha, davon 440 ha Rebland

Flurb.	16	9666	440
Zuslg.	2	671	--

11. Fußballturnier der Kulturämter des Landes Rheinland-Pfalz

von Vermessungsdirektor Bernhard Scholz, Neustadt

Am 01. Juli 1988 richtete das Kulturamt Neustadt an der Weinstraße das bereits zur Tradition gewordene Fußballturnier der Kulturämter aus. Im städtischen Stadion traten 12 Mannschaften der Flurbereinigungsverwaltung an um sich sportlich zu messen.

Um 10⁰⁰ Uhr begrüßte der Neustädter Kulturamtsvorsteher, Ltd. Regierungsdirektor Primaveßy, die angereisten Gäste - rd. 400 an der Zahl - und eröffnete das Turnier.

Das Eröffnungsspiel wurde zwischen der gastgebenden Mannschaft des Kulturamtes Neustadt und der Mannschaft aus Bad Kreuznach ausgetragen. Nach insgesamt 16 Spielen erreichten die Neustädter Fußballspieler den Turniersieg mit 6 : 4 Toren gegenüber der Mannschaft des Kulturamtes Mayen.

Neben der sportlichen Veranstaltung wurde für interessierte Gäste die Besichtigung des Hambacher Schlosses sowie ein Stadtrundgang angeboten. Hiervon wurde reger Gebrauch gemacht. Auch für das leibliche Wohl war bestens gesorgt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kulturamtes Neustadt haben ihren diesjährigen Betriebsausflug dafür verwendet, die Gäste des Fußballturniers mit Kaffee und Kuchen sowie Getränken und Essen, insbesondere auch mit einer Auswahl gepflegter Pfälzer Weine zu verwöhnen.

Bei der abendlichen Siegerehrung im Festzelt erfolgte die Überreichung der Pokale durch den Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Herrn Prof. Dr. Wolfgang Rumpf, der in Vertretung des Schirmherrs, Staatsminister Dieter Ziegler, den Reigen der Ehrengäste anführte. Als weitere Ehrengäste wurden der Oberbürgermeister der Stadt Neustadt, Herr Ohnesorge, der Leiter der Abteilung Landeskultur, Herr Zillien und sein Vorgänger, Herr Dr. Jestaedt herzlich willkommen geheißen.

Der Turniersieger, die Mannschaft des Kulturamtes Neustadt, erhielt einen von Herrn Minister Ziegler erstmalig gestifteten Wanderpreis in Form einer Miniaturkelter. Der Preis geht dann in den Besitz einer Mannschaft über, wenn diese das Turnier zum zweiten Mal gewinnt.



Allen am Turnier teilnehmenden Mannschaften wurden durch den Herrn Staatssekretär und den Herrn Oberbürgermeister eine Erinnerungsurkunde und ein Weinpräsent überreicht. Daneben sind als Torschützenkönige die Herren Bourger und Brück vom Kulturamt Prüm und als ältester Spieler Herr Junk (62 Jahre) aus Bad Kreuznach besonders geehrt worden.

Der Leiter des Kulturamtes Neustadt beendete den offiziellen Teil des Turniers mit besonderem Dank an den Oberbürgermeister der Stadt Neustadt, der mit seiner Unterstützung zum guten Gelingen des Turniers beigetragen hatte.

Nach der Siegerehrung spielte das Tanzorchester CASI-Skuballa im dicht besetzten Festzelt zum Tanz auf. Bei prächtiger Stimmung nahm das "Familientreffen" der Landeskulturverwaltung seinen Ausklang.

Mit großer Freude wurde die Einladung von Herrn Ltd. Regierungsdirektor Neuser zum 12. Fußballturnier im Jahre 1989 nach Mayen aufgenommen.

KURZINFORMATIONEN

- Nr. 141:** Als das Recht von Natur und Landschaft auf ihre wertgleiche Abfindung bezeichnet RESCHKE die Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen für unvermeidbare Eingriffe. In seinem Aufsatz "Landeskulturelle Hilfen für den Biotopverbund" in ZfKuF 1988, Heft 7/8, S. 193 ff. zeigt er vielfältige Möglichkeiten für den Biotopverbund und die Entwicklung von Netzstrukturen, die sich nach seinen Darlegungen in der Flurbereinigung mit Geschick und Findigkeit, oft sogar unter Verzicht auf hohen Finanzmitteleinsatz vornehmen lassen.
- Nr. 142:** Die Flurbereinigung entwickelt sich nach den Worten von Staatssekretär **Walter Kittel** vom Bundesernährungsministerium "zunehmend von einem agrarpolitischen Instrument zu einem Instrument der integralen Entwicklung des ländlichen Raumes". Sie müsse Lösungen anbieten, die landwirtschaftliche und öffentliche Interessen zu einem bedarfsgerechten Konzept der Landnutzung verbinden, betonte er bei der Eröffnung der Europäischen Fachtagung "Flurbereinigung" in Schmallenberg-Fredenburg. Die durch die hohen Kosten der landwirtschaftlichen Überschußproduktion gekennzeichnete Ausgangslage gebe die Möglichkeit, umweltschützende Beiträge der Land- und Forstwirtschaft zu honorieren und die ökonomischen Zwänge zur Produktionssteigerung zu vermindern. In der Flurbereinigung könnten die Gesichtspunkte des Naturschutzes, der Landschaftspflege und der Ästhetik mehr als bisher zur Geltung gebracht werden.
- Nr. 143:** "Flurbereinigung müßte als Instrument des Interessenausgleiches neu geschaffen werden, wenn sie mit dieser Funktion nicht seit langem Erfolg hätte", meint BATZ in seinem Beitrag "Flurbereinigung und Anforderungen ihrer Partner" in ZfKuF, 1988, Heft 7/8, S. 208 ff. Das Problem der Flurbereinigung sei und bleibe, daß ihre Erfolge um so weniger spektakulär erscheinen, je mehr es ihr gelinge, einen Interessenausgleich zu erreichen. Der unbefangene Betrachter meine dann oft in solchen Fällen, das erreichte Ergebnis sei selbstverständlich. Die Flurbereinigungsverwaltung dürfe ihr Licht daher nicht länger unter den Scheffel stellen.
- Nr. 144:** Prof. Dr. J. Pfadenhauer, Lehrgebiet Geobotanik der TU München hat sich zu den Flächenstillegungs- und Extensivierungsprogrammen aus ökologischer Sicht in ZfKuF wie folgt geäußert:

Mit der Herausnahme einzelner Parzellen aus der landwirtschaftlichen Nutzung durch das Instrument der Flächenstillegung (primär aus betriebswirtschaftlichen Motiven), auch bis zur Summe von insgesamt 10 bis 12 % Flächenanteil, können Teilziele des Naturschutzes nur dann verwirklicht werden, wenn

1. diese in ganz anderer Form und Verteilung als die Wirtschaftsfläche eines landwirtschaftlichen Betriebs gelegt werden,
2. eine Weiterbehandlung sichergestellt ist, die der Optimierung der naturraumbezogenen Entwicklungsziele dient und
3. die umweltverträgliche Bewirtschaftung der verbleibenden Agrarflächen sichergestellt werden kann.

So hängt der Erfolg des Programms davon ab, ob es gelingt, freiwerdende Parzellen oder gar ganze Betriebsflächen hinsichtlich ihrer Lage im Landschaftsraum zu optimieren. Gemeint ist beispielsweise,

- ob sie an naturbetonte Restbiotope angebunden werden können, deren Erweiterung, Arrondierung, gegenseitige Verknüpfung gerade bei intensiver Agrarnutzung in ihrer Umgebung besonders dringlich erscheint,
- ob ihre Größe für die Ansiedlung und das Überdauern bestimmter Lebensgemeinschaften oder Arten mit defizitärer Situation im Naturraum ausreicht,
- ob sie Funktionen zur Stabilisierung des Landschaftshaushalts erfüllen können, etwa durch Ausgestaltung als Pufferstreifen an Gewässern oder um bestehende Schutzgebiete, als Renaturierungsflächen über verrohrten Quellgebieten, als Böschungen und Raine für den Erosionsschutz usw.

Solches läßt sich in der Regel nur durch Flächenumlegung etwa im Rahmen eines Flurbereinigungsverfahrens erreichen.

Nr. 145: Nach DIPPOLD charakterisiert sich die Flurbereinigung zwar durch einen fachlich-segmentarischen Planungsauftrag, wobei agrarische Belange schwerpunktmäßig zu vertreten sind. Jedoch erfordert die sektorale trifinalisierte Aufgabenstellung nach § 1 FlurbG i.V. mit § 37 FlurbG die Integration von zum Teil widerstreitenden Bodennutzungsansprüchen und den Ausgleich heterogener Interessenlagen, so daß man der Flurbereinigung gesamtplanerische Grundstrukturen attestieren kann. Unter dieser Betrachtungsweise hebt sich die Flurbereinigung von anderen raumbedeutsamen Fachplanungen ab.

Nr. 146: Sowohl Weinbergsflurbereinigungen als auch die planmäßige Wiederranlage gerodeter Rebflächen seien notwendig, um die Arbeit in den Weinbergen zu rationalisieren und damit Kosten zu sparen, erklärte Minister Ziegler. Sie stünden keinesfalls im Widerspruch zu dem Ziel, Überschüsse abzubauen. Bis 1996 kann die Förderung uneingeschränkt fortgesetzt werden. Von da an muß als Bedingung staatlicher Hilfen gesichert sein, daß mit der Förderung entweder eine Mengenreduzierung des Ertrags oder eine Qualitätssteigerung ohne Mengenzuwachs verbunden ist. Der Weinbauminister geht davon aus, daß Weinbergsflurbereinigungen und planmäßiger Wiederaufbau in Rheinland-Pfalz unter diesen Bedingungen auch nach 1996 unterstützt werden können.

- Nr. 147:** Die visuelle Verwundbarkeit von Landschaften durch Flurbereinigungsmaßnahmen wurde von Hoisl, Nohl, Zekorn und Zöllner untersucht (vgl. ZfKuF, Heft 7/8, 1988, S. 217 - 226). Danach entfalten die verschiedenartigen Maßnahmen der Flurbereinigung, wie z.B. Wege, Fließgewässer, Durchlässe, Gräben, Hecken oder Biotope unterschiedliche ästhetische Wirkungen auf neutrale Betrachterkreise. Auch die Maßnahmenausprägung (zum Beispiel: Linienführung geschwungen oder gerade; Oberfläche geschottert, bituminiert, betoniert oder als Spurweg befestigt; Profil ohne Bepflanzung, mit Einzelbäumen oder Baumreihen) führt zu deutlich voneinander abgesetzten ästhetischen Urteilsprofilen. Da Laien regelmäßig Flurbereinigungsverfahren weniger nach betriebswirtschaftlichen Ergebnissen, biologisch-ökologischen Wertmaßstäben oder infrastrukturellen Gesichtspunkten beurteilen, sondern schlicht nach dem "Gefallen" hinsichtlich Eigenart, Naturnähe und Vielfalt der Landschaft, sind die Anregungen der o. zitierten Verfasser bedenkenswert. Schließlich erlaubt sich in unserer aufgeklärten Zeit über Flurbereinigung jeder Laie ein "qualifiziertes Urteil".
- Nr. 148:** Als Beitrag zur europäischen Kampagne für den ländlichen Raum gibt die Landesbildstelle eine Diaserie mit dem Titel "Ländliche Siedlungen und Bauformen in der Region Saar-Lothringen-Luxemburg-Westliches Rheinland-Pfalz" heraus. In dieser Reihe werden die Einzelthemen "Geschichtliche Aspekte, äußere Ortsgestaltung, Bauformen, bodenständige Baumaterialien, Gestaltungselemente am Bau und beispielhafte Umnutzung historischer Gebäude im Rahmen der Dorferneuerung" behandelt. Die Diaserie ist geeignet, grundlegende Kenntnisse über Möglichkeit, Sinn und Erforderlichkeit von Maßnahmen der Dorferneuerung zu vermitteln. Sie umfaßt 24 Dias, ein umfangreiches illustriertes Begleitheft und ist über die Landesbildstelle in Koblenz - Ehrenbreitstein zum Subskriptionspreis von 48,-- DM, später für 65,-- DM zu beziehen.
- Nr. 149:** Unter dem Titel "Bürger nah und durchschaubar" berichtete die Staatszeitung Rheinland-Pfalz von Montag, 5. September 1988, Nr. 32 auf Seite 6 über Schwerpunktaktivitäten der CDU-Fraktion. Die Funktion sämtlicher Landesämter müsse überprüft werden. Bestimmte Aufgabenbereiche seien ganz oder teilweise erledigt, auf ihre Erfüllung könne verzichtet werden. Als Beispiel nannte Kutscheid die Wiedergutmachung und die Flurbereinigung. Insgesamt werde eine Straffung des Verwaltungs- und Instanzenweges durch eine Verringerung der Zahl der Sonder- und Fachbehörden angestrebt. Die Staatstätigkeit solle durch Übertragung von Aufgaben an die kommunalen Gebietskörperschaften sowie auch auf private Träger entlastet werden.
- Nr. 150:** In "Hallermanns Literaturübersicht" entstammen etwa 17% der in der Zeitschrift für Vermessungswesen für das Jahr 1987 unter "Ländliche Neuordnung" zusammengestellten Aufsätze den Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz. Unsere Schrift nimmt damit einen beachtlichen Stellenwert ein.